



Infobrief

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik Nr. 15 – November 2014

Inhalt	Seite
EDITORIAL	02
AKTUELLES zum Notstand der Republik	
Zur Ukraine: Wenn die oben nicht können und die unten nicht wollen	03
Schlaglichter auf den drohenden deutschen Krieg	07
Alle hören auf das deutsche Kommando: „This is European spirit at its best.“ Kriegsministerin Ursula von der Leyen	09
Zur Militarisierung der Berichterstattung bürgerlicher Medien und zur Sprache der Bundesregierung	10
WM in Brasilien oder Deutsche Waffen, Deutsches Geld, morden mit in aller Welt	12
Bundeswehr im Inland	14
Alltägliche Militarisierung	25
Alltägliche Militarisierung – bei anderen gelesen	27
Wie die Bundeswehr online Kinder und Jugendliche für den Krieg ködert	31
Brot & Spiele oder Wie die Ermächtigungsregierung Gesetze macht, während alle Fußball schauen	33
Überwachung & Datenschutz	33
AKTIONEN gegen den Notstand der Republik	
Jugendbündnis gegen Krieg und ein Vertreter der SKOJ auf Veranstaltungsrundreise	35
Der Antikriegszug Klassenkampf statt Weltkrieg fährt durch die Republik	37
MATERIAL zum Notstand der Republik	45
Dokumente	Anhang

Aktionszug gegen den Notstand der Republik



Der Jugendaktionsausschuss Notstand der Republik

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress – Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik.

Geheimdienste und Polizeien arbeiten verfassungswidrig zusammen, das BKA ist zur Geheimpolizei ausgebaut, aus dem Bundesgrenzschutz ist die paramilitärische Bundespolizei geworden, statt des Katastrophenschutzes gibt es einen militärischen Heimatschutz, dessen Kommandos in allen Regierungsebenen stationiert sind und sämtliche Hilfsorganisationen unter ihren Befehl zwingen. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft werden militarisiert und auf Krieg vorbereitet.

Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen und richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein. In diesem arbeiten seither Jugendliche aus unterschied-

lichen Organisationen und Gruppen zusammen. Mit Broschüren, Flugblättern und diesem Infobrief, den wir seit 2009 regelmäßig herausgeben, informieren wir über den Notstand der Republik und haben eine ganze Reihe von Aktionen, Demonstrationen und weitere Kongresse dagegen organisiert. Für diese Aktionen konnten wir oft größere Bündnisse schließen oder wir haben uns an Bündnissen beteiligt, außerdem sind wir Teil einer internationalen Aktionseinheit gegen den Krieg.

Mit dem Eintreten der Weltwirtschaftskrise hat sich die Kriegsgefahr verschärft. Dadurch ist die Militarisierung und der Notstand der Republik zu einer sehr konkreten Bedrohung für die Jugend geworden. Aber, so schreiben wir in einer Erklärung:

„Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern!

Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!“

Mach mit!

Du bist herzlich eingeladen im Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik mitzuarbeiten. Über einen Mail-Verteiler informieren wir über Treffen und Aktionen des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik. Gerne kommen wir auch in Gruppen oder Gremien, um über den Notstand der Republik zu referieren. Für regelmäßige Informationen kann unser

Infobrief abonniert werden. Die darin enthaltenen Artikel können verbreitet werden, bzw. wir drucken auch gerne Artikel, Flugblätter und Aktionsberichte ab, die im thematischen Zusammenhang mit dem Kampf gegen diesen Staatsumbau und die Kriegsvorbereitung stehen.

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.org • Mail: info@Jugendkongress-NdR.org
Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser

AKTUELLES zum Notstand der Republik

Zur Ukraine:

"Wenn die oben nicht können und die unten nicht wollen."*

* Boris Litwinow, Mitglied der KP in Donezk und der Führung der Donezker Volksrepublik.

Rückkehr des Kapitalismus = Not und Elend

Der Bürgerkrieg in der Ukraine vernichtet heute den Rest, was 23 Jahre nach der Auflösung der Sowjetunion und der Selbstständigkeit der Ukraine noch nicht von der neuen Bourgeoisie bis zum Verschleiß ausgeplündert, ans Ausland verschербelt, der Verrottung überlassen oder zerstört wurde.



Die Leute sterben zu tausenden im Bürgerkrieg an Bomben und Granaten oder fliehen zu hunderttausenden davor aus ihren Häusern, Dörfern und Städten. Doch schon vor dem Bürgerkrieg flohen über 7 Mio. Menschen nach 1991 aus der Ukraine, um in anderen Ländern Arbeit und ein besseres Leben zu finden, während die daheimgebliebenen im Schnitt 10 Jahre früher als zuvor starben – wegen fehlender Ar-

beit, schlechterer Ernährung und Gesundheitsversorgung.

Noch 1990 war die Ukraine, damals noch als Teil der Sowjetunion, für sich alleine gerechnet, die an 14. Stelle der größten Volkswirtschaften der Welt.

Bereits vor dem Bürgerkrieg ist sie auf die 44. Stelle abgesackt. Es ist also kein Zufall, dass heute nach einem halben Jahr Bürgerkrieg einzig die 4 Panzerschmieden laufen wie geschmiert – rund um die Uhr werden dort im 3-Schicht-Betrieb Panzer gegen die eigene Bevölkerung gebaut. Mehrere 10.000 mittlere und kleinere Betriebe sind zerstört oder nicht betriebsfähig. Von 95 staatlichen Schächten im Donbass arbeiten zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur 24 unter normalen Bedingungen. Die gesamte Kohleförderung der Ukraine ist in diesem Jahr um über 2/3 gefallen. Von 70.000 auf 20.000 Tonnen täglich. Statt die Kohle ins Ausland verkaufen zu können muss Kohle aus dem Ausland eingekauft werden.

Heute ist die Ukraine ohne Hilfe von außen nicht mehr lebensfähig.

Not und Elend – das ist das Ergebnis der Niederlage des Sozialismus auch in der Ukraine. Keine neue Blüte hat der vorläufige Sieg des Kapitalismus gebracht.

Die Oligarchen = die neue Bourgeoisie

Eine neue Bourgeoisie ist in den ehemals sozialistischen und volksdemokratischen Ländern Osteuropas an die Macht gekommen. In der Ukraine heißen sie Poroschenko, Tymoschenko usw. Von der alten Bourgeoisie im Westen werden sie Oligarchen genannt.

Und tatsächlich unterscheiden sie sich von dieser alten Bourgeoisie im Westen. Warum?

1917 hatten Bauern und Arbeiter in Russland sowie in der Ukraine Schluss gemacht mit Leibeigenschaft und Ausbeutung in den Fabriken und den Zar, die Popen, die Bank- und Fabrikherren zum Teufel gejagt. Sie übernahmen selber das Land und die Fabriken. Jeder kann es nachlesen. Natürlich dachten die alten Herren nicht daran, friedlich abzutreten, ge-

schweige denn selbst zu arbeiten. Aus aller Herren Länder holten sie sich Hilfe ihrer Klassengenossen, der Herren von Banken und Fabriken in den USA, in Großbritannien, Frankreich etc.

Mehrere Jahre dauerte dieser offene Krieg gegen die junge Arbeiter- und Bauernmacht und brachte Elend und Verwüstung über das Land. Doch all dies half ihnen nicht. Das Volk siegte. So auch in der Ukraine, die 1922 ein Teil der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken wurde.

So zu ihren eigenen Herren geworden bauten die Arbeiter und Bauern nicht nur ihr Land wieder auf sondern schufen die Grundlagen dafür in Zukunft nicht mehr abhängig sein zu müssen von anderen kapitalistischen Ländern. Mussten sie zu Anfang noch mit

Schubkarre und Schaufel ihre Fabriken bauen, von Hand die Ernte einbringen und das Korn dreschen, wo in den entwickelten kapitalistischen Ländern wie den USA längst Lastwagen, Bagger, Traktor und Mähdrescher die Arbeit erledigten, so machten sie sich rasch daran, eigene Fabriken zur Herstellung von Maschinen, Lastwagen etc. zu bauen. Mit neuen Maschinen, neuer Technik und als ihre eigenen Herren, die nicht mehr für den Profit Einzelner arbeiteten, sondern für die Bedürfnisse des gesamten Volkes begann in den 30er Jahren die Produktion in der Sowjetunion in Riesensprüngen zu wachsen.¹ Ja, in 15-20 Jahren machte sich die Sowjetunion daran nicht nur das Land nach dem 1. Weltkrieg und dem Bürgerkrieg wieder aufzubauen, sondern eine Industrie und Landwirtschaft zu schaffen, wozu die alten kapitalistischen Länder ein ganzes Jahrhundert oder mehr gebraucht hatten – und das aus eigener Kraft und immer im Kampf gegen die alten Kräfte. Ja, hier herrschte die Befreiung der Arbeiter und Bauern und

saßen in der kommunistischen Partei, im Staatsapparat und in der Leitung der Betriebe selbst. Die Errungenschaften bei der Kollektivierung der Landwirtschaft wurden nach und nach wieder aufgehoben. Die zentrale Leitung und Verfügung wurde wieder zu Gunsten dutzender dezentraler Pläne, zu Gunsten einzelner Unternehmungen ersetzt, die in Konkurrenz zueinander standen. Schritt für Schritt wurde die unter ungeheuren Opfern geschaffene und gegen die deutschen Barbarei verteidigte bzw. anschließend wieder aufgebaute Grundlagenindustrie zu Gunsten der Produktion von Konsumgütern vernachlässigt und noch vieles mehr! Und so konnte den Arbeitern die einmal errungene Macht und einmal gewonnenes gesellschaftliches Eigentum wieder entzogen werden. Es waren diese Kräfte aus dem Partei- und Staatsapparat, aus der Leitung der Betriebe, die sich auf die verschiedenste Art und Weise die Betriebe nach der Auflösung der Sowjetunion aneigneten. Das ging manchmal schneller. Manchmal langsamer. Manches



hatte einen legalen Anstrich, mancher Konkurrent wurde umgebracht. In ihrer Mehrzahl waren die Betriebe zu groß für die kapitalistische Ausbeutung und mussten zerschlagen, die Arbeiter entlassen werden oder sie waren ohne den Schutze des Staates der kapitalistischen Konkurrenz nicht gewachsen und wurden im Laufe der Jahre geschlossen.

Das Ergebnis: Eine kleine neue Bourgeoisie, die nichts hat als den Raub der Ressourcen und die Nutzung der alten Maschinen und Fabriken bis diese nicht mehr konkurrenzfähig betrieben werden können. Der neuen Bourgeoisie

für die Kapitalisten die Diktatur des Proletariats! Selbst die Barbarei der deutschen Besatzung im 2. Weltkrieg schaffte es nicht die alten Herren wieder an die Macht zu bringen. Von außen war der Diktatur des Proletariats also nicht beizukommen.

Die Zerschlagung der Sowjetunion begann von innen heraus und nicht erst 1991. Die Auflösung der Sowjetunion 1991 und damit die Selbständigkeit der Ukraine war nicht der Anfang, sondern das Ende dieser Entwicklung.

Schon lange vor 1991 hatten sich die Kräfte durchgesetzt, die behaupteten, man habe den Kommunismus schon erreicht und brauche nicht mehr täglich den Kampf darum führen, was der kapitalistische Weg und was der sozialistische Weg sei. Diese Kräfte

gelang es zwar, das gesellschaftliche Eigentum in ihren privaten Besitz zu bringen. Aber ihr fehlten die Mittel bzw. sie wollten die notwendigen Investitionen zur Erneuerung der Maschinen und Fabriken nicht aufbringen. Lieber schafften sie ihren Raub ins Ausland, in Sicherheit vor ihrem eigenen Volk. Deswegen sind längst schon die ehemaligen Staaten der Sowjetunion nicht mehr in der Lage selbstständig in ausreichendem Maße Ausrüstung und Maschinen herzustellen, um die Ausbeutung der Rohstoffe auch in Zukunft sicherzustellen. Immer mehr sind sie zur Aufrechterhaltung ihres Raubes an ihrer eigenen Bevölkerung auf die Hilfe der alten Kapitalisten im Westen angewiesen. Immer schärfer wurde dabei der Kampf unter der neuen Bourgeoisie selbst. Immer mehr wurde in diesem Kampf der alte Staatsapparat zersetzt. Besonders in der Ukraine. So sind die faschistischen Einheiten dort ein Ergebnis dieser Kämpfe untereinander und sind infolgedessen heute auch die aggressivsten Kräfte im Bürgerkrieg gegen das eigene Volk gerade im Osten.

¹ Genau das ist das Geheimnis der sogenannten Stachanow Bewegung, die ab Mitte der 30er Jahre innerhalb der kürzesten Zeit oftmals eine Vervielfachung in weiten Teilen der Produktion erreichte. Der Bergbauarbeiter Stachanow hatte dazu im August 1935 den Anstoß gegeben indem er die Abläufe in seiner Schicht den neuen Bohrhämmern so anpasste, dass er das 14fache der bis dahin geltenden Norm an Kohle förderte.

Der Wettlauf des Westens

Es ist also kein Wunder, dass sich die westlichen Monopole in ihrem Kampf um die Aufteilung der Ukraine und im Vormarsch gegen die neue Bourgeoisie Russlands immer offener auf die faschistischen Einheiten in der Ukraine stützen können. Verschärft wird dies durch die anhaltende Konkurrenz in der Hauptseite zwischen der BRD und der USA bei diesem Wettlauf.

In der Ukraine führte dies schließlich im Februar 2014 zum Sturz des damaligen Präsidenten Janukowitsch, der eher mit der neuen Bourgeoisie Russlands verbunden war. Ziel der neuen Machthaber in der Ukraine: Die sofortige und vollständige Integration der gesamten Ukraine in den Westen, unter anderem durch die rasche Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der EU.¹ Die Bedingungen dieses Abkommens bedeuten dabei eine weitere Verschärfung der Situation für die Mehrheit des Volkes, z.B. durch weitere Privatisierungen, Schließung von "unrentablen" Betrieben, Senkung der Löhne, Erhöhung der Steuern und Preise für den täglichen Bedarf und zur Energieversorgung in den Haushalten...

Die wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen zu Russland sollten soweit wie möglich zerschlagen werden. Deswegen auch der sofortige Versuch zur Abschaffung des Russischen als zweiter Amtssprache.

Die Folgen sind bekannt: Weder die neue Bourgeoisie Russlands, noch die mit ihr verbundenen Teile in der Ukraine, wollten sich ihre Geschäftsgrundlage zerstören lassen und betrieben daher die Lostrennung der Krim und Anschluss an Russland und unterstützen die sogenannten Volksrepubliken von Donezk und Lugansk.

Doch auch Teile der Bevölkerung vor allem im Osten konnten und wollten den Terror der faschistischen

Banden und die wachsende Verelendung nicht weiter ertragen. Daher finden sich unter den Kämpfern und Führern auf Seiten der Volksrepubliken genauso großrussische Nationalisten wie Kommunisten.



Deutsche Fallschirmjäger in die Ukraine

Anfang Oktober wurde bekannt, dass Deutschland einen Einsatz von 200 bewaffneten Fallschirmjägern vorbereitet – angeblich im Rahmen der OSZE. Als dies öffentlich wurde, gab es sogar von der Kiewer Regierung zuerst Protest, dass die Fallschirmjäger nicht bewaffnet sein dürften und auch die OSZE hat nochmal betont, dass ihre Einsätze nie bewaffnet seien.

Zur Erinnerung – schon einmal, im April 2014, hat die Bundesregierung, nach der Festnahme deutscher Offiziere im Kampfgebiet versucht seine Einmischung mit der OSZE-Flagge zu tarnen.

Kurz danach kam übrigens die Meldung, dass einer dieser Fallschirmjäger gerade fahnenflüchtig sei und auf Seiten der Rebellen in der Ostukraine kämpfe. Neben dem relativ hohen Anteil an DDRlern in der Bundeswehr ist auch der Anteil derjenigen hoch, deren Eltern oder sie selber noch aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion als sogenannte Russlanddeutsche in den 90ern nach Deutschland gekommen sind.

¹ Unterzeichnet sind mittlerweile sowohl der politische (21. März 2014) als auch wirtschaftliche Teil (27. Juni 2014) dieses Abkommens. Die Umsetzung des wirtschaftlichen Teils wurde aber auf Ende 2015 verschoben – angeblich aus Rücksicht auf Russland. Im Gegenzug wurde übrigens durch die BRD bislang die Aufnahme der Ukraine in die NATO verhindert.

Wessen Welt ist die Welt? oder Wofür kämpfen wir eigentlich?

Die letzten zwei Jahrzehnte haben gerade in der Ukraine bewiesen, dass die versprochene kapitalistische Entwicklung nur Elend für das Volk und den Ruin des gesamten Landes bringt. Ergebnis ist eine nur aus Zeiten der deutschen faschistischen Besatzung gekannte Barbarei. Zugleich gilt: Auch wenn auf Seiten der Volksbewegung von Kommunisten bis Zaren-

verehrn und Vertretern der neuen Bourgeoisie Russlands, also den Vertretern der Konterrevolution, die unterschiedlichsten Kräfte gegen die Kiewer Junta kämpfen: Die Sache des ukrainischen Volkes wird nur gut ausgehen, wenn die ukrainische Arbeiterklasse sie selbst in die Hand nimmt. Denn auch die neue

Bourgeoisie Russland wird keine neue Blüte des Kapitalismus mehr bringen.

So und nur so kann die Antwort auf den dringenden und verzweifelten Ruf sein, der in der ukrainischen Bevölkerung immer lauter hörbar wird.

„Wofür kämpfen wir eigentlich?“ Und keine Wahl wird daran etwas ändern.

(Wuide)



Fragen einfacher freiwilliger Milizionäre an die Führer der DNR (Donezker Volksrepublik) und LC (Lugansker Volksrepublik)¹

Soldaten, ehemalige Arbeiter und Landarbeiter wollen nicht nach Hause zurückkehren, um für neue Herren zu erniedrigenden Bedingungen als Leiharbeiter zu arbeiten. Aber eine solche Entwicklung wird bereits beobachtet.

Die Besitzer von Unternehmen sind in die neue Machtstruktur eingebettet. Viele Individuen, die die neue Regierung repräsentieren, sind abweisend und arrogant gegenüber einfachen Milizionären, fahren in teuren Autos herum, kleiden sich mit teuren Anzügen, erfreuen sich teurer Waffen und Telefone, stellen auf jede Weise ihre materielle und moralische Überlegenheit zur Schau, demonstrieren aber in Wirklichkeit geistigen Verfall und Betrug an den Interessen des Volkes.

Zugleich befinden wir uns in einem totalen Informationsvakuum, wir freiwillige Milizionäre, die wir kamen, um unsere Heimat mit der Hoffnung zu verteidigen, eine neue Nation aufzubauen, eine gerechtere Gesellschaft. So stellen sich viele Fragen, zu denen wir keine Antworten erhalten – nicht aus den Zeitungen, im Fernsehen, im Internet, noch von den Offizieren. Folglich sind 90% der Milizionäre und Zivilisten desorientiert; und eine Entwicklung der Demoralisierung, Erniedrigung und Frustration hat eingesetzt, gepaart mit pseudo-patriotischen Anklängen. Ich wiederhole, wir sind desorientiert und können in diesem Krieg nicht unterscheiden, wer Freund oder Feind. Heute sitzen wir in Gräben, aber sobald der Feind gewinnt, glaubt mir, wir haben genug Mut und Kraft, euch diese Fragen ins Gesicht zu stellen. Hier ein Beispiel häufig gestellter Fragen:

[...]

3. Welche ist die zukünftige Eigentumsform unserer wichtigsten Vermögen – unserer Fabriken, Werke, Minen, landwirtschaftlicher Flächen, Transportinfrastruktur, Energieversorgung ... ? Letztendlich ist es das, was den Grad des Auskommens, des Zugang zu Sozialhilfe und sozialer Sicherheit der Bürger der Donezker Volksrepublik bestimmt.

[...]

¹ Zu finden unter www.borotba.su (Questions of ordinary militia volunteers to leaders of the DNR and LC), eigene Übersetzung durch Joachim F.

Schlaglichter auf den drohenden deutschen Krieg

„Aufwuchsfähigkeit“ der Bundeswehr zum Millionenheer

Wie der „Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)“¹ zeigt, umfasst der Personalbestand der Bundeswehr gegenwärtig 202 Generale, 37.632 übrige Offiziere und 107.511 Unteroffiziere gegenüber 42.835 Mannschaften. Dass (Unter-)Offiziere zum Führen da sind und Untergebene brauchen, ist klar. Was folgt daraus? Eine Armee, die über 145.345 Befehlsgeber verfügt, rechnet damit, Millionen Soldaten führen zu müssen. Das verbirgt sich also hinter der Aussetzung der Wehrpflicht bzw. der Einführung einer Berufs- und Söldnerarmee: Ein vergleichsweise kleiner Teil von Offizieren und Unteroffizieren wird zu Spezialisten im Kriegshandwerk ausgebildet – nicht mehr belästigt durch gegebenenfalls von demokratischem Geist durchtriebene Wehrpflichtige und bei voller Konzentration des Budgets, ohne Kosten für die Wehrpflichtigen-Ausbildung begleichen zu müssen. Und wenn nötig, werden wieder Hunderttausende und Millionen im Schnellverfahren kriegsverwendungsfähig gemacht und an die Front geschickt. So haben sie es schon mal betrieben, als die auf 100.000 Mann begrenzte Reichswehr der Weimarer Republik zur Millionenarmee der Faschisten gemacht wurde.

Militarisierung des Parlaments

Wie der Feldprediger Gauck auf der Nato-„Sicherheitskonferenz“ zu berichten wusste, hat der Deutsche Bundestag „seit 1994 ungefähr 240 Mal über Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr beraten“². Gegenwärtig finden im Plenum des Bundestages jährlich ca. 110 Sitzungstage statt. Seit 1994 wären das 2.310 Sitzungstage, von denen sich 240 mit illegalen Auslandseinsätzen der Armee beschäftigten, also fast jeder 10. Sitzungstag.



Prioritätensetzung

Der Bundeshaushalt 2015 sieht Ausgaben für das Kriegsministerium in Höhe von 32.254.930 € vor. Das ist in etwa so viel, wie die Bundesministerien für Gesundheit, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für Bildung und Forschung zusammen erhalten sollen (32.982.110 €).³ Der Entwurf des Bundeshaushalts 2014 sah im Einzelplan 14 („Verteidigungsetat“) für das laufende Jahr u.a. folgende Anschaffungen vor:

60 Mio. Euro für Sanitätsgerät sowie Sanitätsverbrauchsmaterial, 25 Mio. Euro für Bekleidung, 188 Mio. Euro für Fernmeldematerial, 120 Mio. Euro für Fahrzeuge, 200 Mio. Euro für Kampffahrzeuge, 330 Mio. Euro für Munition, 570 Mio. Euro für Schiffe, Boote, schwimmendes und sonstiges Marinegerät, 320 Mio. Euro für Flugzeuge, Flugkörper und sonstiges flugtechnisches Gerät, 155 Mio. Euro für den Kampfhubschrauber Tiger, 117 Mio. Euro für den Hubschrauber NH-90, 920 Mio. Euro für das Kampfflugzeug Eurofighter, 950 Mio. Euro für das Transportflugzeug A400M und 487 Mio. Euro für den Schützenpanzer Puma.⁴

Damit ließe sich in den Bereichen Gesundheit, Jugend oder Soziales auch einiges anfangen. Bei den 1,747 Milliarden Dollar, die 2013 weltweit für Rüstung und Militär ausgegeben wurden, befindet sich die BRD übrigens auf Platz 7.⁵

¹ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/007/1800700.pdf>.

² Vgl. Joachim Gauck, Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen, Rede auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz, München, 31.01.2014 [<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html>].

³ http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2014/03/2014-03-12-PM8-bundeshaushalt-anl3.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

⁴ Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014), Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 09.08.2013, Drucksache 17/14300.

⁵ <http://politik-im-spiegel.de/1-747-milliarden-dollar/>.

Auslandseinsätze der Bundeswehr

3.617 deutsche Soldaten befinden sich derzeit in vom Grundgesetz nicht gedeckten Auslandseinsätzen (Stand: 29. September 2014). Seit 1960 war die Bundeswehr an mindestens 189 Einsätzen weltweit beteiligt (nicht mitgerechnet die Ausbildungshilfe für andere Armeen und die Tätigkeit in Stäben von Nato etc.).¹ Bei Auslandseinsätzen kamen bis Juni 2013 insgesamt 103 deutsche Soldatinnen und Soldaten ums Leben.² Die Zahl der von deutschen Soldaten getöteten Kombattanten und Zivilisten wird nicht erfasst.



Kosten der Auslandseinsätze für den Steuerzahler

„Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben den Steuerzahler seit 1992 bis zum Stichtag 30. Juni 2013 mehr als 17 Milliarden Euro gekostet. Wie die Bundesregierung Anfang August in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke mitteilte, beliefen sich die sogenannten einsatzbedingten Zusatzausgaben zwischen 1992 und Ende Juni 2013 auf insgesamt 17.052,5 Milliarden Euro. Die Linke-Fraktion hatte nach den Kosten für die Auslandseinsätze der Bundeswehr seit 1990 gefragt und dafür 44 Missionen aufgelistet, darunter auch zivile Hilfeinsätze. Die Regierung konnte im Nachhinein bestimmte Ausgaben und Ausgabenplanungen nicht mehr ermitteln. Das vorgelegte Zahlenmaterial bezieht sich daher auf die Jahre ab 1992, steht aber für den Bereich ‚Planung‘ erst ab 1998 vollständig zur Verfügung. In diesen einsatzbedingten Zusatzausgaben sind nicht die Personalkosten, wohl aber gezahlte Auslandsverwendungszuschläge enthalten.

Wie aus der Aufstellung des Verteidigungsministeriums hervorgeht, summieren sich die einsatzbedingten Zusatzausgaben allein für den ISAF-Einsatz in

Afghanistan seit 2002 (bis Stichtag 30. Juni 2013) auf rund 7,64 Milliarden Euro. Der KFOR-Einsatz im Kosovo schlägt seit 1999 mit knapp 3,3 Milliarden Euro zu Buche – einschließlich der ‚Befähigung für die Einsätze KFOR, SFOR und EUFOR‘ sind es rund 5,1 Milliarden Euro an einsatzbedingten Zusatzausgaben. Die Beteiligung der Bundeswehr an der Anti-Piraterie-Operation Atalanta am Horn von Afrika (seit 2008) hat bislang etwa 291 Millionen Euro gekostet, der UNIFIL-Einsatz vor der libanesischen Küste (seit 2006) etwa 330,8 Millionen Euro [...].

Auch in Deutschland hat es bereits eine, wenn auch nur kurzzeitige Debatte über die „tatsächlichen“ Kosten der Auslandseinsätze der Bundeswehr gegeben. Auslöser dafür war eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zum Afghanistankrieg, veröffentlicht im Mai 2010. Die Ökonomen des DIW hatten für 2010 und die Jahre davor ermittelt, dass sich die Staatsausgaben der

deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan in einem realistischen Sicherheitsszenario bislang wohl auf 18 bis 31 Milliarden Euro belaufen könnten, wobei die jährlichen Kosten (ohne Einbeziehung der Zinskosten) fast zwei Milliarden Euro betragen müssten. Dies liege weit über dem, was die in der Vergangenheit von der Regierung veröffentlichten Zahlen aufzeigten, so ein Fazit der Studienarbeit.

Die DIW schlussfolgert auch: „Außerdem belaufen sich die sonstigen wirtschaftlichen Kosten des realistischen Szenarios auf sechs bis 15 Milliarden Euro. Dieser Betrag umfasst die Kosten für die Finanzierung des Einsatzes sowie allgemeine gesellschaftliche Kosten. Kosten, die nicht im Haushalt enthalten sind, stellen somit einen weiteren wichtigen Aspekt bei der Beurteilung der Gesamtkosten für die deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan dar.“

Alles in allem gelangte die Untersuchung der deutschen Wirtschaftsforscher 2010 zu dem Ergebnis, dass es eine „große Diskrepanz“ zwischen den Annahmen beziehungsweise offiziellen Zahlen des Verteidigungsministeriums und den eigenen Schätzungen zu den Gesamtkosten des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr gibt. Nach Analysen und Berechnungen der DIW scheinen diese Kosten etwa drei Mal höher zu sein als das offizielle Budget der Bundesregierung für diese Auslandsmission.“³

(Julian)

¹ Wegweiser zur Geschichte. Auslandseinsätze der Bundeswehr. Herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt 2010.

² http://de.wikipedia.org/wiki/Auslandseins%C3%A4tze_der_Bundeswehr.

³ <http://www.bundeswehr-journal.de/2013/kosten-der-auslands-einsaetze-lasten-der-kriege/>; BT-Drucksache 17/14491, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/144/1714491.pdf>.

Alle hören auf das deutsche Kommando:

"This is European spirit at its best."

Kriegsministerin Ursula von der Leyen

„Das ist im wahrsten Sinne europäischer Geist“. So sprach die deutsche Kriegsministerin in ihrer Rede am 12. Juni in Stadtallendorf, einer kleinen Stadt in Hessen, anlässlich der vollständigen Eingliederung der niederländischen 11. Luchtmobielen Brigade (11. Luftbewegliche Brigade) in die deutsche „Division Schnelle Kräfte“ (DSK) in ihrem bestem englisch.¹ Schritt für Schritt kommt der deutsche Imperialismus damit voran bereits zu Friedenszeiten, Teile der Armeen benachbarter Länder ständig und vollständig unter sein Kommando zu stellen. Und der Divisions-sprecher sagt es dabei noch deutlicher: „Das ist keine Kooperation mehr, sondern die volle Integration eines niederländischen Kampfverbandes in die Struktur der Bundeswehr“.²



So wie es sich gehört, wird das Fahnenband der niederländischen Einheit an die Fahne der kommandierenden Armee angebracht: der Fahne des deutschen Imperialismus.

Hier geht es nicht um Kooperation, wie sie z.B. bereits seit fast 20 Jahren im deutsch-niederländischen Korps besteht und in der abwechselnd das niederländische Heer und die Bundeswehr das Kommando führen. Auch nicht darum einfach Kommandostrukturen zu schaffen, die bei Bedarf Einheiten für konkrete Einsätze zugeordnet bekommen. Auch nicht darum einen zeitweisen gemeinsamen Auslandseinsatz innerhalb der Nato-Strukturen durchzuführen.

Tatsächlich wurde am 12. Juni eine der kampfstärksten und einsatzerfahrensten Einheiten der niederländischen Armee in die Bundeswehr eingegliedert. Sprich ein Teil der nationalen Armee eines souverä-

nen Staates wird vollständig in die Armee eines anderen integriert. 2100 niederländische Berufssoldaten werden künftig in der 9100 Mann starken „Division Schnelle Kräfte“ des deutschen Heeres dienen. Das ist nahezu jeder zehnte Soldat der niederländischen Landstreitkräfte.

Angekündigt wurde das Ganze im Mai 2013 als „Smarte Militärkooperation mit den Niederlanden“.³ Technisch mit der Umsetzung begonnen am 1. Januar 2014 und Vollzug gemeldet im Juni. Ein Jahr Umsetzungszeit. Die Integration der 11. Luftbeweglichen Brigade ist dabei nur einer von Dutzenden weiteren gemeinsamen Integrationszielen, die vom Ausbau der gemeinsamen Übungen, bis zur gemeinsamen Beschaffung von Drohnen und Schiffen etc. reicht. Aber sie macht deutlich, dass es hier nicht um gleichberechtigte Kooperation geht, sondern um die zeitnah angestrebte auch offizielle Kontrolle von weiten Teilen der niederländischen Armee durch die deutsche Bundeswehr.

Solche bilateralen Vereinbarungen, parallel und unabhängig von bestehenden Bündnisstrukturen versucht die BRD übrigens derzeit auch mit anderen Nachbarstaaten umzusetzen. Eine ähnliche Ankündigung für eine „vertiefte Zusammenarbeit“ gab es vor der Erklärung für das niederländische Heer auch im Mai letzten Jahres auch für die polnische Marine.⁴



Deutscher Orden für
Gefolgstreue

Auch bei dieser „vertieften Zusammenarbeit“ ist man seitens des deutschen Imperialismus mit der Unterordnung der polnischen Marine offensichtlich zufrieden. Und so bekam der stellvertretende polnische Generalstabschef Vizeadmiral Waldemar Gluszko im März durch Kriegsministerin Leyen „für sein Engagement im Bereich der militärischen Kooperation zwischen Deutschland und Polen das Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold“.⁵

(Wuide)

¹ Zu finden unter www.bmvg.de: „Rede der Ministerin Ursula von der Leyen in Stadtallendorf“.

² Zu finden unter www.uni-muenster.de/NiederlandeNet: „Deutsch-niederländische Militärkooperation“.

³ Zu finden unter www.bmvg.de: „Smarte Militärkooperation mit den Niederlanden“.

⁴ Zu finden unter www.bmvg.de: „Unterzeichnung einer Deutsch-Polnischen Absichtserklärung“.

⁵ Zu finden unter www.bmvg.de: „Vertrauensvolle Kooperation: Ministerin von der Leyen besucht ihren polnischen Amtskollegen“.

Zur Militarisierung der Berichterstattung bürgerlicher Medien und der Sprache der Bundesregierung

„Worte können sein wie winzige Arsendosen: sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da...“

Diese Sätze schrieb Victor Klemperer (ein Dresdner jüdischer Professor, der den Faschismus durch den Bombenangriff vom 13. Februar 1945 überlebte) in „LTI – Notizbuch eines Philologen“ (1947). Das ist ein Büchlein, in dem er die „Sprache des 3. Reiches“ (Lingua Tertii Imperii) analysierte, ein Büchlein, das laut Klappentext eines „der lebendigsten Lehrbücher zur Ideologie des Faschismus“ ist – eine Einschätzung, die ich teile.

Ich gehe noch weiter: Die Feststellungen zur Funktionsweise und der Wirkung von Worten und damit von Sprache, zu denen Klemperer kommt, sind meines Erachtens auch auf heute übertragbar.

ren als ein „Sondereinsatzkommando des guten Geschmacks“.

Weitere Beispiele: Bei den Nachrichten – ob nun per Internet oder in traditioneller Papierform – häufen sich schon seit längerer Zeit Formulierungen wie „Comeback für Kalten Krieg“ (aol homepage 05.09.) oder „Warum Putin mit einem brutalen Feldzug ein neues Imperium erschaffen will“ (Stern-Titelblatt 37/2014) oder „Putins neues Reich und wie der Westen dagegen aufrüstet“ (Titelseite von „Die Zeit“, 37/2014).

Oder in der Thüringer Allgemeinen Zeitung vom 02.09., wo der folgende dpa-Beitrag veröffentlicht wurde: „Der Kremlchef geht eher als Dämon um, der den Frieden in der Welt bedroht.“¹



Grund genug, sich etwas ausführlicher „Die Welt“ und einen ihrer Chefkomentatoren Jacques Schäfer, anzugucken. Der Grundtenor nimmt da beständig an Schärfe zu und damit auch die Deutlichkeit seiner Sprache/seiner Wortwahl. Als Beleg hier einige Auszüge aus seinem Artikel „Schluss mit Leisetreterei. Die Nato – das sind wir!“ vom 06.09.: „Deutschland muss begreifen, dass es seine Abschreckung erhöhen muss. Mehr Geld für die Bundeswehr ist nötig [...]. Es ist nicht nur eine deutsche Aufgabe, sondern auch eine deutsche Pflicht, die Abschreckungskraft der Nato zu erhöhen – und das nicht mit kräftigen Worten und scheinheiligem Daumendrücken, sondern

Wir reden berichten schon seit Jahren davon, dass die Militarisierung in allen Bereichen der größer gewordenen BRD-Gesellschaft präsent ist. Diese Militarisierung hat meines Erachtens schon längst auch die Sprache erfasst. Dass dabei den sogenannten Massenmedien wie Fernsehen, Internet und Zeitungen eine große Bedeutung zukommt, liegt auf der Hand. Hier ein Beispiel aus einem eigentlich unpolitischen Bereich, ich bin nämlich gelegentlicher Gucker von Kochsendungen auf RTL2, namentlich „Die Kochprofis“: In den Zwischenkommentaren fällt beispielsweise auf, dass diese Kochprofis in „Krisengebiete“ fah-

mit Taten [...]. Wie wäre es, wenn Berlin und Warschau die deutsch-polnische Brigade zu einer eindrucksvollen Kampftruppe umwandeln?“

Sehen wir uns außerdem Auszüge seiner „Meinung“ vier Tage zuvor an. Überschrift: „Gegen Putin muss die NATO eine harte Antwort finden“: „Schon lange hat es sich ausgegorbatschowitzt! [...] Heute stellen wir fest – ein neues Zeitalter der Superlative ist angebro-

¹ Bei der Recherche für diese Niederschrift habe ich aber auch folgenden Artikel vom 28.08. mit dem Titel „Der dritte Weltkrieg findet doch schon statt“ gefunden: www.welt.de/politik/ausland/article131699544/der-dritte-weltkrieg-findet-doch-schon-statt.html

chen! Europa steht in einer der schwersten Krisen seit Beginn des Kalten Krieges und die westliche Verteidigung vor einer der größten Herausforderungen [...]. Agierend, nicht reagierend muss die westliche Politik werden.“

Nachfolgend noch eine Auswahl weiterer Artikelüberschriften, die wohlgemerkt mit „Meinung“ überschrieben sind:

28.08. „Putin führt einen niederträchtigen Krieg“

06.08. „Vergesst Gaza! Europas Naher Osten ist die Ukraine“

22.04. „Deutschland verabschiedet sich langsam vom Westen“

03.04. „Berlins Außenpolitik– im Reich der Illusionen“

Es ist häufig die Rede davon, dass die Medien hierzulande „frei und unabhängig“ seien und die „4. Gewalt“ in diesem BRD-Staat darstellen würden. Tatsache ist, dass nicht Nachrichtenverbreitung das Hauptgeschäft von Zeitungen ist, sondern das sie hauptsächlich vom Anzeigengeschäft leben. Man braucht ja nur die genannten Publikationen durchzublättern, wessen Werbung (=Anzeigen) einem da alles entgegenspringt. Man kann also ohne Übertreibung sagen, dass sie Sprachrohre derer sind, von deren Anzeige/Werbung sie sich ernähren.

Bei alledem haben sie aber auch die Funktion, jenen Rückhalt zu verschaffen, die sich für eine entsprechende Politik stark machen (siehe bspw. den „Welt“-Artikel vom 07.08. „Joachim Gauck, der deutsche Glücksfall“, welcher in dem Satz gipfelt „...So mag der Ossi Gauck der größte Wessi werden. Land und Leuten tut er gut.“).

Fassen wir an dieser Stelle zusammen: Medien-Sprachrohre sind sowohl Multiplikatoren als auch Meinungsmacher der Großen Koalition-Regierungsvertreter und ihrer politischen, ökonomischen und militärischen Helfer. Da haben sie auch deshalb leichteres Spiel, weil die Sprache deutscher Spitzenpolitiker mittlerweile sehr eindeutig geworden ist. „Die Zeit“ vom 02.02. veröffentlichte bspw. „Zitate aus drei Tagen Münchner Sicherheitskonferenz“, die den Grundtenor der diesjährigen Veranstaltung widerspiegeln. Ich habe an dieser Stelle nur einige ausgewählt.

Gauck: „Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen [...]. Die Bundesrepublik muss bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr über Jahrzehnte von anderen gewährt wurde.“

Von der Leyen: „Wenn wir über Mittel und Fähigkeiten verfügen, dann haben wir auch eine Verantwortung, uns zu engagieren.“

Steinmeier: „Deutschland ist eigentlich zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren [...]. Die Besucher der Münchner Sicherheitskonferenz in diesem Jahr erleben, dass die Zahl der Konflikte weltweit immer größer wird, und diejenigen, die politisch gelöst werden, geringer.“

In Gänze ist das unter <http://www.zeit.de/news/2014-02/02/international-zitate-aus-drei-tagen-muenchner-sicherheitskonferenz-02160008> zu finden. Allerdings lohnt es schon, sich diese Reden komplett durchzulesen.

Die von Gauck findet man bspw. unter

<http://www.bundespraesident.de/DE/Bundespraesident-Joachim-Gauck/Reden-und-Interviews/Reden/reden-node.html>



Der Ton der Herrschenden und die Aussagen der Regierenden in diesem Land machen immer deutlicher: Der Krieg liegt in der Luft und es wird ein Krieg sein, in dem der deutsche Imperialismus eine maßgebliche Rolle spielt.

Wenn eine Katja Kipping als Chefin der Links-Partei im Zusammenhang der diesjährigen Gauck-1.September-Rede („Wir werden Politik, Wirtschaft und Verteidigungsbereitschaft den neuen Umständen anpassen...“) in Gdansk von „Säbelrasseln“ redet und

dieses Interview selbst vom Deutschlandfunk mit „Gaucks Ton war militärisch“ überschrieben wird, dann sind wohl definitiv die Zeiten vorbei, in denen dieser größer gewordene BRD-Staat seine Ambitionen und kriegesischen Einsätze mit „friedens erzwingenden Maßnahmen“ verschleierte. Aber auch hier ist die Wortwahl zu beachten: Diese Missionen dienen angeblich immer humanen Zwecken, im Dienste von Demokratie und Menschlichkeit, wobei immer die freiheitliche Grundordnung bewahrt und das Völkerrecht geschützt werden soll. Putin dagegen – um bei diesem aktuellen Beispiel zu bleiben – ist der „Dämon“ oder „scharfsinnige Kalkulator“, dessen „Machtgier gezügelt“ werden muss, wozu „Deutschland [...] seine Abschreckung erhöhen muss“.

Also: Hören wir immer genau hin, nutzen wir diese O-Töne, um Ziele und Hintergründe der deutschen Kriegspropaganda zu entlarven, bei allen, die da immer noch Illusionen haben. Soll keiner mehr sagen, er hätte es nicht gewusst und nicht gewollt, wenn der nächste Krieg vor der Tür steht. Damit es endlich hierzulande mehr Widerstand gegen diesen deutschen Kriegskurs nach außen und nach innen gibt.

(Marina)

Fußball-WM in Brasilien

oder

Deutsche Waffen, Deutsches Geld, morden mit in aller Welt

Es ist Sommer und alle sind in Feierlaune. Da kommen sieben deutsche Polizisten in den Nachrichten vor, die zur Fußball-WM nach Brasilien fahren. Wer vor dem Fernseher diese Nachricht aufnimmt, kann doch eigentlich kaum etwas dagegen haben – schließlich sind die Polizisten zwar im Einsatz vor Ort, haben aber angeblich weder exekutive Befugnisse (dürfen also nicht eingreifen) noch sind sie bewaffnet. Nur zur „Beratung der örtlichen Polizei und Sicherheitskräfte“ (Polizei NRW) seien die Sieben vor Ort. 2006 war „die Welt zu Gast bei Freunden“, jetzt sind die „Freunde zu Gast“ in der Welt.



Wie kann es da sein, dass da jemand sagt: „Wir sind hier sicher...“ (Lukas Podolski auf seinem offiziellen Instagram-Account¹, zusammen mit der CIPE Mata Atlantica, einem Sondereinsatzkommando mit brutalem Ruf.) Nur sieben deutsche Polizisten vor Ort? Keine Exekutiv-Befugnisse für die deutsche Polizei? Kein Problem! Die „taz“ schrieb dazu:

„Um ihre Spezialeinheiten auf die Weltmeisterschaft 2014 vorzubereiten, die kommende Woche beginnt, schickte Brasilien im Jahr 2013 ein Gruppe von Elitepolizisten für zwei Wochen nach Deutschland, um sich in Niedersachsen von SEK-Beamten schulen zu lassen. (...) Anfang November 2013 kamen dann zehn brasilianische Beamte der Spezialeinheiten „BOPE“ und „DOE“ für gut zwei Wochen nach Deutschland – und übten hier am Beispiel eines Bundesligaspiels verschiedene Einsatztaktiken. Geiselnahmen, Bus- und Flugzeuginterventionen. Außerdem gab es Schießtraining und Schulungen zur Selbstverteidigung. Bei den Einheiten handelt es sich um Eliteeinheiten der brasilianischen Polizei. (...) Die „BOPE“ interveniert unter anderem, wenn es zu schweren bewaffneten Auseinandersetzungen in den Armenvierteln der großen Metropolen kommt. Bereits das Wappen der „Einheit für besondere Operationen“ spricht eine deutliche Sprache: Es besteht aus einem Totenkopf, durch dessen Schädeldecke ein Messer gerammt ist. Im Hintergrund sind zwei gekreuzte Pistolen zu sehen.“²

Unbewaffnet?

Warum sollte man auch Waffen brauchen? Schließlich sind doch die „Freunde“ längst vor Ort: VW, Blohm+Voss, Siemens, ... deutsche Firmen. Und nun? Die Liste ist beliebig erweiterbar. Wie wäre es etwa noch mit Krauss-Maffei-Wegmann (KMW), Walther und Heckler & Koch?

Aber der Reihe nach:

„Eine blutige Tradition“ bescheinigt Jürgen Grässlin, Sprecher der „Aktion Aufschrei“ den deutschen Kleinwaffen bei brasilianischen Menschenrechtsverletzungen: die brasilianischen Militärpolizei ist vor allem mit Waffen der Waffenschmieden von Walther und Heckler & Koch.

34 gebrauchte Panzer des Typs Gepard 1A2, gefertigt von Krauss-Maffei-Wegmann, Blohm+Voss und Siemens, kaufte das brasilianische Heer aus den Beständen der Bundeswehr. Kostenpunkt: etwa 40 Millionen Dollar. Wie die Zeitung *Folha de São Paulo* berichtete, ging der Kauf der deutschen Luftabwehr-Panzer auf eine Anforderung bzw. Empfehlung der FIFA (!) zurück, dem Weltfußballverband. Gelernt ist eben gelernt und Deal ist Deal. Panzer zur Aufstandsbekämpfung, wie auch von der Bundeswehr

¹ <http://instagram.com/p/pHiH6RuJ4G/?modal=true>

² taz, „Brasilianische Spezialeinheit bei der WM – Mit dem LKA im Trainingslager“, 8.6.2014.

z.B. bei den Protesten von Heiligendamm 2008 eingesetzt.

Seit 2009 werden im brasilianischen Werk von KMW außerdem 200 gebrauchte Leopard-Panzer für das brasilianische Heer überarbeitet. *„Dieser Schritt ist ein klares Bekenntnis zu Brasilien.“* jubelte dazu der KMW-Geschäftsführer Frank Haun.¹



Volkswagen produziert bereits seit den 50er Jahren vor Ort, unter dem Namen „VW do Brasil“. Die brasilianische Militärdiktatur (1964–1985) war für den Konzern kein Hinderungsgrund, mit der Regierung dort weiter zusammen zu arbeiten. Und heute? Es läuft eine aktuellen Kampagne zur „Verschönerung“ der Favelas für die Fußball Weltmeisterschaft und die Olympischen Spiele in zwei Jahren. Dabei wurden bis Sommer diesen Jahres u.a. 200.000 – 250.000 Menschen (die Quellen widersprechen sich) enteignet und umgesiedelt, bzw. sind davon bedroht – für Olympia 2016 wird Brasiliens Hauptstadt Rio de Janeiro noch weiter ausgebaut werden. Dazu meldet die Wolfsburger Allgemeine Zeitung:

*„Als im Sommer 2013 hunderttausende Brasilianer auf die Straßen gingen und gegen Korruption und die hohen Kosten der Fußball-WM in ihrem Land demonstrierten, forderte Pelé ein Ende der Proteste. Die Fußball-Ikone rief stattdessen zur Unterstützung der Nationalmannschaft auf. „Vergessen wir dieses ganze Chaos, das in Brasilien geschieht, und denken wir daran, dass das brasilianische Team unser Land, unser Blut ist“, sagte Pelé im Fernsehen – und zog mit seiner Äußerung den Ärger vieler seiner Landsleute auf sich.“*²

Pelé ist der offizielle Markenbotschafter von VW do Brasil. Distanziert hat sich VW trotz der Aufforderung der Kritischen Aktionäre nicht.

¹ Wie ein Journalist auf seinem Blogg mit Nachrichten aus der portugiesisch-sprachigen Welt in dem Artikel „Mit aller Macht. Wie deutsche Firmen von Brasilien profitieren und dabei den öffentlichen Frieden gefährden“ veröffentlichte: lusofon.wordpress.com/

² Wolfsburger Allgemeine Zeitung, „Wirbel um Pelé: Protest gegen VW-Botschafter“, 3.1.2014.

Ein weiteres Thema der Hauptversammlung von VW waren an diesem Tag die Wasserwerfer, welche VW gebaut und gegen die aktuellen Proteste in Brasilien eingesetzt werden *„Die brasilianische Zeitung 'Extra' schrieb über das schwarze Gefährt: 'Die Türken, die in Istanbul auf die Straße gingen, kennen die Kraft seines Wasserstrahls sehr gut'. Der LKW mit Wassertank, Gefechtssitz und Hochdruckwasserwerfer hat in Brasilien den Spitznamen Brucutu erhalten, was mit Grobian übersetzt fast noch freundlich klingt.“*³

Die WM in Brasilien und wie die BRD und das deutsche Kapital diese für ihre Interessen nutzte ist nur eines von wenigen Beispielen, wie die BRD in die Politik anderer Staaten eingreift und warum die deutschen Monopole so groß geworden sind. „Krieg und Leichen die letzte Hoffnung der Reichen“ heißt eine der Montagen von John Heartfield. Auch dies wäre eine mögliche Überschrift für diesen Artikel gewesen. Der Notstand der Republik, das Equipment und das Know-how für die Niederschlagung von Aufständen wird exportiert. Der deutsche Gewaltenapparat ist längst zum echten Problem für andere Völker geworden.



Ein zweiter Gewinn für die BRD? Bei all den Erfahrungen, welche der brasilianische Gewaltenapparat jetzt macht, ist die BRD mit dabei. Erfahrung bei Aufstandsbekämpfung und „Befriedung“ der Bevölkerung in großem Stil. Eine gute Vorbereitung für das, was da kommen mag.

Auch das ist ein Grund für uns, die internationale Antikriegsaktion Klassenkampf statt Weltkrieg zu unterstützen. Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Hoch die internationale Solidarität der Völker!

(Marlene)

³ lusofon.wordpress.com/

Bundeswehr im Inland:

Militärischer „Heimatschutz“ und „Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte“ in Krisenzeiten – eine Armee für den Bürgerkrieg?

Lehren aus dem Faschismus ad acta gelegt

Seit der Befreiung vom Hitlerfaschismus und der teuer erkämpften Erkenntnis, dass der deutsche Militarismus mit allen Mitteln bekämpft werden muss, damit von deutschem Boden aus kein III. Weltkrieg ausgeht, ist die größer gewordene Bundesrepublik Deutschland wieder an einem Punkt angelangt, an dem die Zeichen auf Krieg stehen. Anstatt konsequenter Entnazifizierung, Demokratisierung und Bekämpfung von Militarismus und Krieg wurden in der BRD in den letzten Jahrzehnten bürgerlich-demokratische Freiheitsrechte immer weiter eingeschränkt und die Grundpfeiler einer bürgerlichen Demokratie sowie die Lehren aus Faschismus und Krieg ständig in Frage gestellt.



Wir haben uns kampflos eine sogenannte Sicherheitsarchitektur aufdrücken lassen, die selbst in ihren geringsten Ansätzen allen Beschlüssen der Siegermächte des letzten Weltkrieges und der Idee einer auf Friedenserhalt ausgerichteten Demokratie widerspricht: Es hieß „nie wieder Geheime Staats-polizei“ – heute hat das Bundeskriminalamt wieder polizeiliche und geheimdienstliche Befugnisse; „nie wieder Zusammenarbeit und Verzahnung von Polizeien, Geheimdiensten und Militär“ aufgrund von Gestapo und Reichssicherheitshauptamt – heute ist dieses Trennungsgebot faktisch abgeschafft, diese Teile des

Gewaltenapparates sitzen täglich im gemeinsamen Terrorismus- und Extremismusabwehrzentrum und anderswo zusammen; „nie wieder eine zentrale Polizei des Bundes“ – wir haben wieder eine Bundespolizei; „nie wieder Wehrmacht“ – die Bundeswehr war schnell wieder aufgebaut; „nie wieder deutsche Militärgerichtsbarkeit“ – wieder eingeführt vor zwei Jahren; „nie wieder deutscher Generalstab“ – heute hat die Bundeswehr wieder einen von den zivilen Entscheidungsträgern abgekoppelten militärischen Oberbefehlshaber und einen Generalstab in Potsdam („Einsatzführungskommando“); „nie wieder Ermächtigungs- und Notstandsgesetze“ – seit den Notstandsgesetzen der 1960er Jahren können bei Feststellen des Verteidigungsfalls oder Inneren Notstands demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt und Kriegsrecht eingeführt werden; „nie wieder Krieg von deutschem Boden aus“ – ein Verweis auf die Bombardierung Jugoslawiens durch deutsche Tornados und die 15 Jahre währende Besatzung des Kosovo genügt; und es hieß: „nie wieder Soldaten gegen Demokraten“, nie wieder Soldaten im Inland – dieser Aspekt soll hier beleuchtet werden.

„Ruhe an der Heimatfront“

Bei Verabschiedung der Notstandsgesetze sagte der damalige CSU-Innenminister Lücke: „Notstandsgesetze sind nicht für den Zeitpunkt geschaffen, wenn die Sonne der Konjunktur scheint, sondern wenn es in der Wirtschaft hagelt“, wenn also die wirtschaftliche und soziale Lage zu inneren Unruhen führen könnte.

Wann, wenn nicht heute könnte man von so einem Hagel in der Wirtschaft sprechen? Dabei ist 45 Jahre später die Feststellung des Inneren Notstands gar nicht mehr nötig, weil ein großer Teil der in den Notstandsgesetzen getroffenen Regelungen längst anderweitig umgesetzt wurde – wir sozusagen im ständigen Notstand leben. Schäuble etwa war schon 2006 der Meinung, dass mit dem 11. September stillschweigend der Verteidigungsfall eingetreten sei und seither Kriegsvölkerrecht gelte.

Auch wenn es derzeit keine nennenswerten Anzeichen dafür gibt, dass sich Teile der Bevölkerung gegen die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wenden könnten, sind die Maßnahmen für genau diesen Fall längst ergriffen und ein Unterdrückungsapparat aufgebaut, der jeglichen Widerstand im Keim ersticken soll – für den Fall, dass

die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung zunimmt, dass sie den ökonomischen und sozialen Druck der Weltwirtschaftskrise, der mittlerweile auch bei uns angekommen ist, nicht mehr erträgt und der Unmut sich in Streikwellen und Großdemonstrationen Bahn bricht, wie sie in Europa längst an der Tagesordnung sind. Für eine solche Situation und um bei größeren kriegerischen Auseinandersetzungen für „Ruhe an der Heimatfront“ zu sorgen, bereitet sich die Bundesrepublik Deutschland auch auf den bewaffneten Einsatz der Armee im Inland, also gegen das eigene Volk, gegen Demonstrationen oder Streiks vor. Dass derartige militärische Konflikte näher sind, als es scheint, zeigen nicht nur die Umstrukturierung und Umrüstung der Bundeswehr zur weltweit einsetzbaren Angriffs- und Besatzungsarmee (und das erklärtermaßen als Instrument zur Durchsetzung deutscher Wirtschaftsinteressen¹), sondern auch die offenen Drohungen führender deutscher Politiker.

Bundeswehr im Inland: Vom Ausnahme- zum Regelfall

„Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“, hat einmal ein deutscher Kaiser gesagt und seine Armee auf demonstrierende Arbeiter schießen lassen. Über die Rolle von Armee und Freikorps in der Bürgerlichen Revolution 1848, bei der Niederschlagung der Novemberrevolution oder der Bayerischen Räterepublik, im Kapp-Putsch oder während des deutschen Faschismus soll hier nicht gesprochen werden. Nur so viel: Der Einsatz der Armee im Inneren hat in Deutschland eine traurige und blutige Tradition des Mordes und der Demokratiefeindlichkeit und ist deswegen im Grundgesetz zunächst zu Recht verboten worden – bzw. war bei dessen Verabschiedung 1949 ja noch überhaupt keine deutsche Armee vorgesehen. Seit Einführung der Notstandsverfassung ist er

laut Grundgesetz nur in sehr begrenzten Ausnahmefällen erlaubt.

Solche Ausnahmefälle sollten sich im Rahmen der Amtshilfe durch die Armee für andere Behörden bei „besonders schweren Unglücksfällen“ oder „Naturkatastrophen“ ergeben. Diese Amtshilfe war aber bisher gerade der Hebel, mit dem der Einsatz der Bundeswehr im Inneren zum Normalzustand wurde: bei Papstbesuchen, der Vogelgrippe, Hochwassern, Stürmen, Sport-, religiösen und sonstigen Großveranstaltungen oder dem Oktoberfest. Bei der Nato-Sicherheitskonferenz in München übernimmt die Bundeswehr beispielsweise das Hausrecht im Hotel Bayerischer Hof, vor dem die Gegendemonstration stattfindet. 2008 wurden zu diesem Anlass 420 Soldaten eingesetzt. Ein Sprecher des Innenministeriums sagte der Süddeutschen Zeitung: „Die Soldaten würden jedoch bei einem sicherheitsrelevanten Vorfall eingreifen und dabei gegebenenfalls von ihren Dienstwaffen Gebrauch machen.“



Mittlerweile fühlen sich auch private Organisationen und Unternehmen eingeladen, auf die Unterstützungsleistungen und Logistik der Bundeswehr zurückzugreifen. Und damit nicht genug: Im Dezember 2013 fragte etwa das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge um Unterstützung durch Soldaten bei der Bearbeitung von Asylanträgen an: Überprüfen von Dokumenten und Personalien, das Nehmen von Fingerabdrücken im Rahmen der erkennungsdienstlichen Behandlung, die Kontrolle vorgelegter Dokumente usw.² Das Landeskommando Thüringen der Bundeswehr unterstützte die Polizeidirektion Nordhausen im Mai 2012 nicht nur bei der „Absicherung“ des Landesparteitags der NPD, sondern half auch, eine Demonstration der Nazipartei zu schützen. Im Juni letzten Jahres schließlich kam die Polizeidirektion Suhl in den Genuss der von Seiten des Landeskommandos gewährten „Amtshilfe“: Die Truppe versorgte die 1.100 zum Schutz des „Thüringentags der nationalen Jugend“ eingesetzten Polizisten bereitwillig mit „Marschverpflegung“.³

¹ „Deutschland hat aufgrund seiner immer engeren Verflechtung in der Weltwirtschaft besonderes Interesse an internationaler Stabilität und ungehindertem Warenaustausch. Wie viele andere Länder ist es in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig [...]“ Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr. 2006, S. 26

[<http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/sicherheitspolitik/angebote/dokumente/weissbuch>]. In den 2011 verabschiedeten „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ werden als mögliche Kriegsgründe und weltweite Einsatzszenarien für die Bundeswehr u.a. genannt: kriminelle Netzwerke, Klima- und Umweltkatastrophen, Migrationsentwicklungen, Verknappung oder Engpässe bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen, Seuchen und Epidemien, „Migrationsbewegungen“ und „zerfallende und scheiternde Staaten“. Und wieder: „Deutsche Sicherheitsinteressen ergeben sich aus unserer Geschichte, der geographischen Lage in der Mitte Europas, den internationalen politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen des Landes und der Ressourcenabhängigkeit als Hochtechnologie-standort und rohstoffarme Exportnation.“ Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Verteidigungspolitische Richtlinien 2011 [http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/LYsxEOAgDATf4gdIb-cv1MYBzCqBMDgQ8ftSONtssUsrddQ3iDdk9YImWnaM4XXhauq9pPLybB65wRdDf6QzZ2R47PxdqtcTHGAXIU_q72byv9tgQFK91xGj6tRgx1/].

² Vgl. Neues Deutschland v. 06.12.2013.

³ Peer Heinelt: Geprobter Bürgerkrieg. In: Junge Welt v. 03.04.2013.

Was es mit der Amtshilfe aber wirklich auf sich hat, hat sich deutlich während des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm gezeigt: Hier wurde auf Tage die Verfassung außer Kraft gesetzt und in großem Maßstab das Ineinandergreifen der verschiedenen Teile des Gewaltapparats geprobt. Ein ganzer Landstrich wurde in ein Heerlager verwandelt, nicht nur innerhalb des Zauns 12 Kilometer um den Versammlungsort, sondern in einer bis zu 100 km tiefen Zone. Die Bevölkerung in dieser Sperrzone wurde faktisch kaserniert, ihre Bewegungsfreiheit abgeschafft. Absolute Willkür bereits im Vorfeld: Haus- und Arbeitsplatzdurchsuchungen, Entnahme von Geruchsproben, Bruch des Postgeheimnisses, Aufhebung des Demonstrationsrechts, Schnellgerichte u.v.m. Das Neue dabei war, dass die Bundeswehr in Zusammenarbeit mit Bundes- und Landespolizei einen großangelegten militärischen Einsatz durchführte. Eingesetzt waren Tornados der Luftwaffe, Transall-Transportflugzeuge, Hubschrauber, Abfangjäger Phantom, Kriegsschiffe der Marine, Panzerspähwagen, der Sanitätsdienst der Bundeswehr und eine Aufstandsbekämpfungseinheit der Feldjäger, die sonst im Kosovo ihren Dienst tut und mit Maschinengewehren bewaffnet war. Die Bundeswehr übernahm das Kommando über das zivile Krankenhaus in Bad Doberan und kommandierte dort das zivile medizinische Personal. Sie bewachte das Tagungsgelände und saß in allen Führungs- und Krisenstäben mit am Tisch. Tornados wurden zur Überwachung der Demonstranten eingesetzt und flogen rechtswidrige Kampfeinsatzübungen über den Protest-Camps. Die Polizei konnte sich dann fröhlich aus den Überwachungsfotos bedienen. Bei diesem Einsatz der Bundeswehr wurden Parlament und Kriegsministerium umgangen, die Militärführung ordnete eigenständig, in Absprache mit der Polizei, den Einsatz von Tornados und das Unterfliegen der gesetzlichen Mindesthöhe an.



Heiligendamm war die größte militärische Operation in der BRD seit 1945: Offiziell waren 2.450 Soldaten

eingesetzt. Von der Amtshilfe war dieser Einsatz jedoch schon nicht mehr gedeckt, da die Bundeswehr hierbei nur solche Mittel einsetzen hätte dürfen, die auch der Polizei zur Verfügung stehen – Tornados und Panzer gehören wohl nicht dazu...

„Zivil-Militärische Zusammenarbeit“ ist Kriegsvorbereitung

Geltendes Recht scheint, wo keine demokratische Bewegung es einfordert und verteidigt, immer weniger wert zu sein. Darin waren sich die Regierungen der letzten Jahre stets einig. Der Tenor ist, dass zwischen innerer und äußerer Sicherheit und den dafür jeweils einsetzbaren Instrumenten heutzutage nicht mehr zu unterscheiden sei. Innere Unruhen oder Unglücksfälle seien genauso wie der Angriff durch ein Nachbarland zu behandeln. Merkel sagte dazu im Februar 2005: „Die Grenzen von innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen zunehmend. Internationale Einsätze unter Beteiligung Deutschlands und Heimatschutz sowie Einsätze der Bundeswehr im Innern sind deshalb zwei Seiten ein und derselben Medaille.“¹

Seit Jahren nimmt folgerichtig der Einfluss der Bundeswehr auf das zivile Leben und zivile Entscheidungsträger unter dem Schlagwort der „Zivil-Militärischen Zusammenarbeit“ (kurz: ZMZ) immer weiter zu. Dahinter verbirgt sich u.a. die Verwicklung ziviler Hilfs- und Rettungskräfte sowie humanitärer Organisationen in militärische Operationen. So gibt es mittlerweile Abkommen zwischen dem Deutschen Roten Kreuz und dem Malteser Hilfsdienst mit der Bundeswehr, in denen sich diese verpflichten, der Armee in Kriegsregionen zu folgen und die Kampfhandlungen medizinisch und logistisch zu unterstützen. Mitglieder ziviler Rettungsdienste können dadurch auch zum Auslandseinsatz zwangsverpflichtet werden. Dies führt schon dazu, dass zivile Organisationen etwa in Afghanistan als Kombattanten wahrgenommen und zur Zielscheibe von Anschlägen werden. Auch das Technische Hilfswerk hat ein Kooperationsprotokoll mit der Bundeswehr unterzeichnet und ist fest in die Auslandseinsätze eingebunden. Das verwundert allerdings weniger: Das THW geht aus Freikorps-einheiten hervor, die nach dem Ersten Weltkrieg Streikbrecherdienste zur Aufrechterhaltung der Produktion in bestreikten Betrieben verrichteten. Die Vorgängerorganisation des THW, Technische Nothilfe, nahm im Zweiten Weltkrieg an der Verfolgung des Widerstands in den besetzten Gebieten und im „Reich“ etwa durch Sprengung von Kellern der Edelweiß-Piraten in Köln teil.

¹ Merkel, Angela: Koordinaten der Außen- und Sicherheitspolitik. Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 12.02.2005.

„Zivil-Militärische Zusammenarbeit“ ist laut Nato-Definition „integrierter Bestandteil des militärischen Einsatzkonzeptes und soll die Auftragserfüllung [der Armee] begünstigen“. Es ist also ein militärisches Instrument, ein Instrument für den Krieg. Die ZMZ-Strukturen werden aber explizit nicht nur für Einsätze im Ausland geschaffen, sondern eben auch, um sie im Inland nutzbar zu machen. Und hierfür werden zunehmend die Reservisten, also gediente, aber derzeit nicht aktive Soldaten herangezogen – unter dem Schlagwort „Heimatschutz“.

Militärischer „Heimatschutz“

In der „Konzeption der Reserve“ aus dem Jahr 2012, einem Papier der Bundeswehr, heißt es etwa: „Alle verfügbaren Kräfte einschließlich Reservisten werden im Bedarfsfall zur Wahrnehmung von Aufgaben im Heimatschutz herangezogen. Dies kann den Einsatz von Kräften über den im Frieden ausgeplanten Umfang hinaus erfordern. Heimatschutz ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Der Beitrag der Bundeswehr zum Heimatschutz umfasst alle Fähigkeiten der Bundeswehr zum Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger auf deutschem Hoheitsgebiet.“ Für den hier beschriebenen Einsatz im Inland wurden ab 2006 – ohne Beschluss des Bundestags – eigene „Heimatschutz“-Strukturen aufgebaut. In knapp 500 sogenannten Verbindungskommandos in aller Landkreisen, kreisfreien Städten, auf Bezirks- und Landesebene sitzen zusammengenommen etwa 5.500 Offiziere und Reservisten in Rathäusern, Feuerwehroleitstellen und anderen zivilen Einrichtungen. In nicht näher bestimmten „Katastrophenfällen“ oder bei „terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen“ sollen sie militärische Lagebilder erstellen, die zivilen Rettungskräfte koordinieren und mit schwerem Gerät im Inland eingesetzt werden. Die Bundeswehr bekam damit direkten Zugriff auf die rund 3,5 Millionen Freiwilligen – meist Jugendliche – in zivilen Rettungsdiensten wie Feuerwehr, Rotes Kreuz, ASB, Malteser Hilfsdienst, DLRG, Johanniter usw. Im „Krisenfall“ (Naturkatastrophen, Papstbesuche etc.) sitzt seither die Armee am Tisch der örtlichen Krisenstäbe und entwirft taktische Einsatzpläne für bis dato zivile Helfer. Diese Freiwilligenorganisationen werden laufend in Übungen mit der Bundeswehr eingebunden, die zum Teil von der Armee geplant und befehligt werden. So hatte bei einer groß angelegten Übung von Bevölkerungsschutz, Polizei und Nachrichtendiensten als „letztem großen Test vor der Fußball-WM“ 2006 das Streitkräfteunterstützungskommando in Köln-Wahn die Führung inne.¹ Zur WM waren dann hunderte Soldaten eingesetzt und mindestens 1.700 in Alarm-

bereitschaft. In der Bilanz des Verteidigungsministeriums hieß es: „mit dem Bereithalten von Kräften über die technische Amtshilfe hinaus und deren möglichen Einsatz, galt es außerdem eine Führungsstruktur zu implementieren, die in der Lage war schnell zu reagieren, eng abgestimmt mit den Verantwortlichen der Länder zu handeln und auch unter den chaotischen Bedingungen eines Großschadensereignisses ein für die politische Leitung jederzeit transparentes Lagebild zu generieren.“

Zusätzlich zu den Verbindungskommandos entstanden 19 über das Bundesgebiet verteilte „Stützpunkte“ für „Zivil-Militärische Zusammenarbeit“, auf denen nicht nur Einheiten zur Abwehr von Angriffen mit atomaren, biologischen und chemischen Waffen, sondern auch mit Räumpanzern ausgestattete Pioniertruppen stationiert sind.

Der Stellvertreter des Landeskommandos Hessen, Oberst Volker Stein, erklärte am 31.10.2007 in einem BILD-Interview unter dem Titel „Oberst Volker Stein – so räume ich Frankfurt auf!“: „Ich bin nicht als Masochist geboren – lieber Täter als Opfer. Ich benutze nicht nur das Florett, sondern auch mal den Säbel, und wenn das nichts hilft, habe ich auch noch eine Panzerhaubitze 2000 zu meiner Verfügung.“² Solche Leute sind das, die da das Zivilleben durchdringen.



In einem Papier der CDU/CSU mit dem Titel „Landesverteidigung und Heimatschutz als Teil des Gesamtkonzepts Sicherheit“ wurde 2004 noch der Einsatz von bis zu 250.000 Soldaten im Inneren Deutschlands gefordert. Die jetzigen Strukturen werden dem zwar nicht gerecht, allerdings können alle

¹ Sander, Ulrich: Bundeswehr im Innern. Über die Rückkehr zum preußisch-deutschen Militärstaat. In: Magazin für antifaschistische Politik und Kultur, Ausgabe Mai / Juni 2006.

² Bundeswehr-Reserve-Oberst Volker Stein, Stellvertretender Vorsitzender des Evangelischen Regionalverbands Frankfurt, Chef der Frankfurt-FDP und Dezernent für Sicherheit und Ordnung in Frankfurt am Main. BILD 31.10.2007. Wie eine Panzerhaubitze 2000 in städtischem Umfeld aussieht, kann man sich hier anschauen: <http://www.youtube.com/watch?v=1DXru4vkMjQ>.

Reservisten jederzeit in den Heimatschutz abkommandiert werden, und das sind derzeit immerhin ca. 8 Millionen Personen. Dazu kommen die etwa 3,5 Millionen Zivilisten in Hilfs- und Rettungsdiensten, die unter das Kommando der Armee in Form des „Heimatschutzes“ gestellt werden können.



„Regionale Sicherungs- & Unterstützungskräfte“

Zusätzlich zu den flächendeckenden Verbindungskommandos wurden im letzten Jahr – wiederum ohne Parlamentsbeschluss – ca. 25 Kompanien von sogenannten „Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräften“ (RSUKr) aufgebaut, die im Inland eingesetzt werden. Hierfür ist zunächst eine Sollstärke von etwa 3.200 Reservisten vorgesehen, die mittlerweile erreicht ist. „Dann werden wir sehen, was genau benötigt wird. Daraus kann sich ein Ausbau auf Kompanie- oder Bataillonsstärke entwickeln“, so Oberst a.D. Kiesewetter, Vorsitzender des Reservistenverbandes.

Die RSUKr dienen erklärtermaßen einem „kurzfristigen Aufwuchs“ der aktiven Truppenteile¹ und jeder wehrrechtlich verfügbare Reservist kann in die RSUKr beordert werden. „Die RSU-Kräfte sollen die aktive Truppe unterstützen. Im Einsatz werden sie in

ihre ‚Pateneinheiten‘ eingegliedert und arbeiten dann Seite an Seite mit den aktiven Soldaten zusammen.“² Offiziell ist die vorrangige Aufgabe, Objektschutz zu betreiben, „die aktive Truppe“ im Rahmen des Heimatschutzes zu unterstützen und sonstige, nicht näher definierte Unterstützungsleistungen zu erbringen. Diese Kompanien sind standardmäßig mit dem Gewehr G36 und der Pistole P8 ausgerüstet, woran sie auch geübt werden. Die Bundesregierung gibt aber zu: „Für die Erfüllung des Sicherungsauftrags können die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte nach Aktivierung im Bedarfsfall zusätzlich mit weiteren Handwaffen ausgestattet werden. Eine entsprechende Ausbildung an diesen Waffen ist daher ergänzend vorgesehen.“³ Und die Reservistenzeitung „loyal“ (Mai 2012) führt aus, worin der Auftrag der RSUKr besteht: „Statt sich wie bisher in Feuerbekämpfung, ABC-Schutz oder Flugabwehr zu üben, steht für die RSU-Kräfte wieder der klassisch-militärische Auftrag im Mittelpunkt. [...] Erst in zweiter Linie spielen die unterstützenden Hilfeleistungen im Rahmen der Katastrophenhilfe eine Rolle.“⁴

In der Geschichte des deutschen Militarismus ist die Zusammenfassung von gedienten Soldaten in militärischen Einheiten und die „Aufrechterhaltung ihrer Einsatzfähigkeit“ nichts Neues. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts mordeten solche Trupps als „Freikorps“ gegen die Arbeiterbewegung, gegen Novemberrevolution, Kriegsgegner und Demokraten. Darüber dass die RSUKr heute in auffälliger räumlicher Nähe zu Großbetrieben errichtet werden (z.B. Audi Ingolstadt, BMW München, Daimler Bremen), möge sich jeder selbst eine Meinung bilden.

Ein Generalstab für den Armee-Einsatz im Inland

Im letzten Jahr wurde als Quasi-Generalstab für den Einsatz der Streitkräfte im Inneren und die ZMZ das „Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr“ mit Sitz in Berlin installiert. Es übernimmt, wie es heißt, den militärischen Anteil des Katastrophenschutzes und befehligt etwa 20.000 Soldaten und zivile Mitarbeiter, darunter rund 10.000 Reservisten. Es wurde befugt, unabhängig von der Feststellung des

¹ Der Kompaniechef der zuletzt aufgestellten RSU in Berlin äußert als Aufgabe seines Verbindungszuges: „Er ist die Schnittstelle für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit. Bei geplanten Großvorhaben – Veranstaltungen wie beispielsweise die Fußball-WM – werden Dienstposten in den zivilen Behörden und Stäben eingerichtet und mit unseren Reservisten besetzt. Um die Besetzung sicherzustellen, halten wir in diesem Zug feste Verbindungselemente vor. Sie sind im Krisenfall die militärischen Kräfte in den zivilen Stellen und erfüllen dort eine Doppelfunktion. Zum einen sind sie Berater und informieren über die Fähigkeiten der Bundeswehr. Zum anderen sind sie die Kräfte des Kommandeurs für Standortaufgaben an der zivilen Basis. Wenn Sie so wollen ‚seine Augen und Ohren in der Fläche‘, sei es in der Senatsinnenverwaltung oder auch im Krisenstab der Feuerwehr.“ Streitkräftebasis, http://www.kommando.streitkraeftebasis.de/portal/a/kdoskb/!ut/p/c4/HYvBDoLwEET_aLcVLniT1INXL4IXU9oNboCWLLUmXo-3ODN5i5fBO5Ygm3m0iWOWm3bYOz4Ob9im4TH5CBtJZkdgxT05w0HpCjx98LZfPYGLgdLORCFx4Sg2RYE1Spp38xlpBthjr7RpVa3-0WXf5lyZrtaNNpf2iuuynH5rxEL2/

² http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP3i5EyrpHK9pPKUvL3ikqLUzJLsosTUtJJUvaLU4tSiMiBdXB0PEytNTUotSsrJTM7WL8h2VAQAuvxoAg!!/

³ BT-Drucksache 17/13384, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713384.pdf>; „Laut einem Online-Bericht der Mittelbayerischen Zeitung vom 28. Oktober 2013 haben ‚erstmalig in ganz Deutschland‘ die mit Reservisten aufgestellten ‚Sicherungs- und Unterstützungskompanien eine Woche lang auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr‘ geübt. Trainiert worden sei dabei auch das Scharfschießen mit dem Sturmgewehr G36, dem Maschinengewehr und der Panzerfaust. Übungsszenario sei gewesen, ‚dass Deutschland durch Unwetter und Überschwemmungen verwüstet war.‘ „Die Bundeswehr musste her“, weil sich „Plünderungen und Übergriffe häuften.““ <http://www.bundeswehr-monitoring.de/einsaetze-inland/reservisteneinheiten-ueben-einsaetze-gegen-pluenderer-14028.html>.

⁴ loyal 5/2012.

Katastrophenfalles durch die zuständigen zivilen Behörden, eine Stufe des militärischen Katastrophenalarms auszulösen. Seinen Pressestellen obliegt „die Koordination und Begleitung der Medien, die den Einsatz der Bundeswehr dokumentieren und in der Öffentlichkeit darstellen“¹ – dieser (psychologische) Aspekt sei kaum hoch genug einzuschätzen.

Als Leitmotiv des Kommandos wurde ausgegeben: „Beraten-Bereitstellen-Führen“. Oder anders: „Fürs Erste beraten – zum Zweiten bereitstellen – als Drittes führen“ – also das Führen ziviler Krisenstäbe durch die Bundeswehr.

Soldaten gegen Streiks und Demonstrationen?

Die Behauptung, die Bundeswehr könne gegen streikende Arbeiter oder gegen Demonstranten eingesetzt werden, könnte übertrieben wirken. Überlegungen in diese Richtung sind aber nichts Neues. Die Linksfraktion im Bundestag fragte 2009 nach: „Beabsichtigt die Bundesregierung, Maßnahmen zu ergreifen, die ausschließen, dass die ZMZ-Strukturen zur Unterstützung polizeilicher Repressivmaßnahmen gegen Streikende und/oder Demonstrantinnen und Demonstranten herangezogen werden um eine Wiederholung von Szenarien wie anlässlich des G8-Gipfels 2007 zu verhindern, und wenn ja, welche Maßnahmen sind geplant oder bereits eingeleitet?“ Die Antwort der Regierung lautete schlicht: „Nein.“ Nächste Frage. „Inwiefern ist ausgeschlossen, dass beispielsweise Streiks im Transport-, Energie- oder Sani-tätssektor oder bei der Müllabfuhr als Begründungen für ein Tätigwerden der ZMZ-Strukturen herangezogen werden können?“ Antwort: „Die Prüfung der Voraussetzungen für eine Unterstützung der Bundeswehr im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben ist dem jeweiligen konkreten Einzelfall vorbehalten.“²

In den 1960er Jahren wurde bereits die gewaltsame Niederschlagung von Streiks und Demonstrationen geprobt. So etwa in Hessen 1965 die Auflösung von Streikversammlungen durch den Bundesgrenzschutz (der aufgebaut wurde, weil es noch keine deutsche Armee geben durfte) oder bei dem Manöver „Vergeltungsschlag“ (März 1968), bei dem Reservisten mit Maschinengewehren und Panzerfäusten den Einsatz gegen die Außerparlamentarische Opposition simulierten.³ Beim Manöver „Schwarzwälder Kirsch“ übte man die Partisanenbekämpfung,⁴ die Übung „Römer-

kastell“ im Mai 1973 nahm an, dass „organisierte Arbeitergruppen“ in den Kasseler Henschel-Werken die Arbeit niederlegten. Dagegen sollte zur Unterstützung der Polizei und des Werkschutzes mit Kampftruppen vorgegangen werden. Der Feind wurde von Soldaten in Blaumann markiert.

Bei einem Manöver 1967 war die Lagebeschreibung folgendermaßen: „Die Deutsche Mark verliert ständig an Kaufkraft, die Lebensmittelpreise steigen rapide. Die bis dahin friedlichen Demonstrationen für höhere Löhne und stabile Preise [...] arten in blutigen Straßenkämpfen aus. Die Polizei war überfordert. [...] Es werden Schützenpanzer gegen Demonstranten eingesetzt.“⁵ 1969 übten Bundeswehreinheiten bei Hannover die Niederschlagung eines Streiks und die Erstürmung einer Fabrik, während nur einen Steinwurf entfernt Hanomag-Arbeiter gegen die Stilllegung ihres Betriebes demonstrierten.⁶ Bei einer Stabsübung 1966, bei der Streiks in Wolfsburg und „wehrkraftzer-setzende Friedensdemonstrationen“ simuliert wurden, war auch eine Delegation des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zugegen. Das Raketenbataillon 22 in Schwalmstadt ging bei einer Übung von folgender Lage aus: „Arbeiter haben im süddeutschen Raum die Macht ergriffen und ein ‚Rotland‘ geschaffen. In anderen Teilen Deutschlands (‚Blauland‘) kommt es zu Demonstrationen. Vergeblich bemüht sich die Polizei eine Demonstration vor einer Kaserne aufzulösen. Daraufhin greifen bewaffnete Bundeswehrsoldaten ein.“⁷



Ganz allgemein übte die Bundeswehr seit Mitte 1967 unter der Annahme, dass die Notstandsgesetze vom Bundestag bereits erlassen worden seien 1. den Einsatz einer Bundeswehreinheit zusammen mit Polizei und BGS gegen „Banden“ (vgl. „Partisanen-Bekämpfung“ im Zweiten Weltkrieg), 2. den Einsatz von Beweissicherungstrupps in zivil, die sich z.B. unter Demonstranten mischen und „Rädelsführer“ festzustellen hatten, 3. den taktisch richtigen Einsatz ei-

¹ Wiermann, Hans-Werner: Den Herausforderungen gewachsen. Das Kommando territoriale Aufgaben der Bundeswehr. In: Europäische Sicherheit & Technik, September 2013, S. 36.

² BT-Drucksache 16/13970.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/139/1613970.pdf>.

³ Sander, Ulrich: Bundeswehr im Innern. Über die Rückkehr zum preußisch-deutschen Militärstaat. In: Magazin für antifaschistische Politik und Kultur, Ausgabe Mai / Juni 2006.

⁴ Kirchbach, Hans-Detlev: Der Putsch? Bundeswehrein-satz im Innern, <http://www.trend.infopartisan.net/trd0200/t020200.html>.

⁵ Blätter für internationale und deutsche Politik, 11/1970. S. 1154.

⁶ Vgl. Flugblatt des AK „BW und KD“ v. 22.10.72; „Schulkampf“ (Neues Rotes Forum) Nr. 12, S. 5.

⁷ Bund Deutscher Pfadfinder/Bund Demokratischer Jugend (Hrsg.): Ich verweigere den Gehorsam! Als Antimilitarist in der Bundeswehr. Mainz 1981, S. 8.

nes Panzergrenadierzuges mit Schützenpanzerwagen gegen Demonstranten“.¹

Die Feldjägerschule Sonthofen hat 1973 in einem vertraulichen Rundschreiben an verschiedene Behörden Bildmaterial über Demonstranten, Kriegsdienstverweigerer und Maidemonstrationen sowie über Flugblattverteiler angefordert, um derartige „Übungen“ so realistisch wie möglich durchführen zu können.² 1973 wurde eine Kompanie des Jägerbataillons 501 bei Arbeitskämpfen bei Daimler-Benz und Bosch in Sindelfingen eingesetzt, indem sie die Fabrik besetzte und bewachte.

Derzeit richtet sich der offizielle Sprachgebrauch der Verfechter eines Streitkräfteeinsatzes im Inland nicht gegen Streiks und Demonstrationen, stattdessen werden die Bedrohungen des „internationalen Terrorismus“ oder „kritischer Infrastrukturen“ ins Feld geführt. Laut Definition der Europäischen Union gelten aber unter anderem solche „vorsätzlichen Handlungen, die [...] zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten führen können“, als Terrorismus (inkl. deren Androhung). In einem „Basisschutzkonzept – Schutz kritischer Infrastrukturen / Empfehlungen für Unternehmen“, herausgegeben vom Bundesinnenministerium, wird das „Schalten und Abschalten von Einrichtungen“ durch so genannte „Innentäter“, also Mitarbeiter des Unternehmens beispielsweise bei einem Streik, als terroristischer Akt bezeichnet!



Unter sogenannten „kritischen Infrastrukturen“ werden Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen verstanden, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische u.a. wirtschaftliche Folgen eintreten würden.³

¹ Vgl. Marxistische Blätter, 4/1968.

² Vgl. Die Tat, Nr. 40, 6.10.1973.

³ In Deutschland zählen zur „kritischen Infrastruktur“: Transport und Verkehr (Luftfahrt, Bahn, Nahverkehr, Straße, Wasserwege), Energie (Elekttrizität, Atomkraftwerke, Mineralöl, Gas), Gefahrenstoffe (Chemie- und

Dass die Kriege der Zukunft sich nicht nur gegen reguläre Armeen anderer Länder, sondern natürlich auch gegen die aufbegehrende Bevölkerung unterentwickelt gehaltener Länder oder im eigenen Land richten werden, zeigt auch ein aktuelles Großprojekt der Bundeswehr: Nördlich von Magdeburg auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes Altmark wird für mindestens 100 Millionen Euro ein Gefechtsübungszentrum gebaut, in welchem die Soldaten „einsatznah“ mit Originalwaffen den Häuserkampf trainieren können. Dafür wird eine ganze Stadt aus dem Boden gestampft, die den Namen „Schnöggersburg“ tragen soll.⁴

520 Gebäude, Straßen, eine Kanalisation, ein 22 Meter breiter Fluss, ein Industriegebiet, ein U-Bahntunnel, ausgedehnte Waldgebiete und natürlich ein Elendsviertel entstehen dort. Nicht nur Armeen der Nato-Staaten sollen dort die Aufstandsbekämpfung üben, sondern auch Polizeieinheiten in Verbindung mit der Bundeswehr. Der ehemalige Kommandeur des Übungsplatzes bat zur Begründung des Bauprojekts, sich in die Lage eines Panzergrenadierzugführers zu versetzen, der mit Schützenpanzern durch Magdeburg fährt. Der muss in einer solchen dicht bebauten Stadt fürchten, aus hohen Häusern, der Kanalisation und durch Sprengfallen angegriffen zu werden. Magdeburg, nicht Kabul!

Und auch wenn wir heute noch nicht ganz so weit sind, sind die Grundlagen dafür längst geschaffen. Im August 2011 hat das Bundesverfassungsgericht verkündet, dass aus seiner Sicht das Militär auch mit schwerem Kriegsgerät im Inland eingesetzt werden kann. Damit hat das Gericht nicht nur seine Kompetenzen weit überschritten, indem es als Ersatzgesetzgeber auftrat, sondern auch die Kriegstreiber und Militaristen von der Leine gelassen.⁵ Heribert Prantl schrieb in der Süddeutschen Zeitung: „Gewiss: nur in Ausnahmefällen. Gewiss: nur als letztes Mittel, nur

Biostoffe, Rüstungsgüter), IT und Telekommunikation, Finanz-, Geld- und Versicherungswesen, Versorgung (Notfall- und Rettungswesen, Wasserversorgung, Entsorgung, Gesundheit) und Sonstiges (Medien, Forschungseinrichtungen, Kulturgut...). Man fragt sich: Was nicht?

⁴ Vgl. http://www.deutschlandradio.de/bundeswehr-baut-gigantische-uebungsstadt.331.de.html?dram:article_id=209768.

⁵ Die einzige abweichende Haltung eines Verfassungsrichters war die folgende: „Im Schatten eines Arsenal militärischer Waffen kann freie Meinungsäußerung schwerlich gedeihen. Wie ist beispielsweise zu verhindern, dass im Zusammenhang mit regierungskritischen Großdemonstrationen – wie etwa im Juni 2007 aus Anlass des „G8-Gipfels“ in Heiligendamm – schon wegen befürchteter Aggressivität einzelner teilnehmender Gruppen „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in Kürze“ eintretende massive Gewalttätigkeiten mit „katastrophalen Schadensfolgen“ angenommen werden und deswegen bewaffnete Einheiten der Bundeswehr aufziehen? Der bloße Hinweis des Plenums, dass Gefahren, die „aus oder von einer demonstrierenden Menschenmenge drohen“, nicht genügen sollen, kann in diesen Fällen die selbst definierten Einsatzvoraussetzungen kaum wirksam suspendieren. Eine Begründung lässt sich auch schwerlich finden; denn wenn – bildlich gesprochen – das Öffnen einer Tür verboten ist, dann kann es nicht erlaubt sein, sie auch nur einen Spalt weit zu öffnen.“ Bundesverfassungsgericht, - 2 PBvU 1/11 -, https://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/up20120703_2pbvu000111.html.

als Ultima Ratio – wie es so schön heißt, wenn Juristen erlauben, was sie eigentlich nicht erlauben dürfen. Gewiss: nicht zum Einsatz bei Großdemonstrationen. Man kennt solche Gewissheiten. Das Gewisse ist einige Zeit später schon nicht mehr gewiss. Es mag sein, dass das Bundesverfassungsgericht einer Politik, die Bundeswehreinsätze im Inneren seit zwanzig Jahren vergeblich gefordert hat, nur den kleinen Finger reichen wollte. Man weiß, wie so etwas weitergeht.“¹

Die aktuellen Übungen der Heimatschutzeinheiten, von Reservistenkameradschaften und regulären Truppenteilen zeigen deutlich, wie so etwas weitergeht: Im bayerischen Schwarzenbach wurde im Oktober 2009 ein Terrorangriff auf einen Bundeswehrstützpunkt im Inland simuliert. Reservisten mit Sturmgewehren schlugen die Angreifer unter hohen Verlusten zurück – deren Behandlung oblag den zivilen Rettungskräften, die Gewehr bei Fuß standen (Feuerwehr, Bergwacht...)²

Auf dem Übungsplatz in Münchsmünster bei Ingolstadt wurde 2012 das Zusammenwirken von Bundeswehr und zivilen Rettungsdiensten geübt – „unter anderem Sprengungen von Gewässerverschlüssen mit der Feuerwehr Kehlheim“ und der Ortsverband Kehlheim des Technischen Hilfswerks „beübte die Truppe durch einen Seilsteg und dem Aufbau der Ausleuchtung einer Übergangsstelle“³. „Schlagfertig: Heeressoldaten und Polizisten üben Nahkampf“ lautet eine Überschrift auf der Internetseite www.deutschesheer.de. Soldaten des Luftlandeabtaillons und der Beweissicherungs- und Festnahmeinheit der Polizei üben zusammen Festnahmetechniken. Hierbei wird die gezielte Verhaftung einzelner Führer in Demonstrationen trainiert. „Wir sind sehr froh solch eine Zusammenarbeit zustande bekom-

men zu haben. Der Blick über den Tellerrand und der Vergleich mit der Bundeswehr hilft uns unsere eigene Technik zu verfeinern“, so Polizeioberkommissar Dirk Anton.⁴

In einem großangelegten Manöver vom 30. September bis zum 10. Oktober 2013 auf dem Truppenübungsplatz Bergen und Munster probte die Bundeswehr den Einmarsch in ein fremdes Land und den Einsatz gegen einen Volksaufstand. Insgesamt 3.500 Soldaten und 700 Land- und Luftfahrzeuge nahmen an der sogenannten „Informationslehrübung“ teil. Dort wurde eigens eine deutsche Kleinstadt nachgebaut, um den Einsatz so realistisch wie möglich zu gestalten. Das dem Manöver zugrunde liegende Szenario sah den Einmarsch deutscher Truppen in den fiktiven Staat „Obsidia“ vor – mit dem Ziel, dort aktive Aufständische zu bekämpfen.⁵ Ein Luftwaffenoffizier lobte die Übung wegen ihrer Praxisnähe mit den Worten: „Man entwickelt ein besseres Verständnis, wenn man die Materie spürt, wenn man sie sieht, man muss den Pulverdampf riechen und den Lärm hören.“⁶

Deutlich beschreibt auch der folgende Bericht zu dieser Übung, wie die Bundeswehr mit „asymmetrischen Bedrohungen“ wie „Menschenmengen“ umzugehen gedenkt:

„Menschenmengen im Griff: Eine aufgebrachte Menschenmenge mit Transparenten und lauten Sprechchören nähert sich den Besuchern. Im Gleichschritt platzieren sich Feldjäger wie eine grüne Wand zwischen Demonstranten und Zuschauern und verhindern so Übergriffe. Die Crowd Riot Control (CRC) Kräfte sind mit Schild, Schlagstock und Schutzanzug ausgestattet. Dabei sind auch ein Greiftrupp und ein Hundeführer mit Diensthund. Die Durchsetzungsfähigkeit der Feldjägerkräfte wird durch den Wasserwerfer Yak deutlich erhöht. Durch das entschlossene und konsequente Vorgehen aller Kräfte ist auch diese Lage schnell unter Kontrolle. Kampfstark und feuergewaltig Es wird wieder lauter und die Besucher ahnen schon, was da kommt. Ein Geschützzug mit Panzerhaubitzen 2000 geht in der Nähe in Stellung. Diese können Ziele bis zu einer Entfernung von 40 Kilometern wirkungsvoll bekämpfen. Ergänzt wird diese Feuerkraft durch das Mittlere Artillerie Raketensystem MARS 2 mit einer Reichweite von bis zu 80 Kilometern. Nach der entsprechenden Feuervorbereitung durch die Artillerie treten nun die Panzertruppen mit ihren Kampfpanzern Leopard 2A6 und dem Schützenpanzer Marder 1A3 an – professionell, stark und feuergewaltig.“⁷ In einem anderen Bericht zur selben Übung: „Unter den hämmernden Salven aus den 20-Millimeter-Bordmaschinenkanonen der Schützenpanzer Marder, dem kreuzenden Feuer der

¹ Süddeutsche Zeitung, 17.08.2012, [http://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehreinsaetze-im-inland-
karlsruhe-faellt-katastrophen-entscheidung-1.1443401](http://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehreinsaetze-im-inland-karlsruhe-faellt-katastrophen-entscheidung-1.1443401)

² An der Kriegsübung „Schneller Adler“ (November 2006) nahmen 2.500 Soldaten teil. Geprobt wurde explizit die Niederschlagung einer Aufstandsbewegung in einem fiktiven mitteleuropäischen Staat. Die Soldaten hatten die Aufgabe, das konspirative Führertreffen der Aufständischen anzugreifen und alle zu töten oder gefangen zu nehmen. (www.german-foreign-policy.com, 23.11.06). Bei dem Manöver „Hoher Franke II“ 2009 in der Nähe des bayerischen Ortes Schwarzenbach am Wald waren die Soldaten mit „Flugblätter verteilenden Friedensaktivisten“ konfrontiert, die die Übungsteilnehmer zur Desertion aufriefen. Zum Nachdenken kamen die Bundeswehrangehörigen allerdings nicht – laut Frankenpost wurden sie gleich im Anschluß an den Auftritt der agitierenden Antimilitaristen in „Feuergefechte im Wald“ verwickelt. Daraufhin habe die Bundeswehr die „zivilen Hilfsorganisationen“ Technisches Hilfswerk (THW), Rotes Kreuz, Bergwacht und Freiwillige Feuerwehr um Unterstützung gebeten. Ihren Höhepunkt erreichte die Übung laut Frankenpost mit einem Feuerüberfall auf den Radarturm der Luftwaffenstellung [...]. „Während das THW die Verletzten von den umliegenden Dächern barg, mußte im Inneren des Turmes die Bergwacht Verletzte von der ersten Etage des Turmes aus rund 25 Metern Höhe abseilen.“ Peer Heinelt: Geprobter Bürgerkrieg. In: Junge Welt v. 03.04.2013; [http://www.frankenpost.de/lokal/naila/naila/Fast-echte-Schuesse-und-
Flammen;art2443,1106937](http://www.frankenpost.de/lokal/naila/naila/Fast-echte-Schuesse-und-Flammen;art2443,1106937).

³ <http://www.deutschesheer.de/>

⁴ www.deutschesheer.de, 12.11.2012.

⁵ <http://www.mmnews.de/index.php/politik/15462-bundeswehr-probt>.

⁶ <http://www.bundeswehr.de>

⁷ <http://www.bundeswehr.de>

Maschinengewehre und dem Flankenschutz durch die Kampfpanzer Leopard 2, wird in Heidedorf nunmehr Haus für Haus freigekämpft.“¹

**Karl Liebknecht:
Gegen den inneren und äußeren Militarismus**

„[...] die Bedeutung des inneren Militarismus nimmt mit der Fortentwicklung des Kapitalismus schnell zu. Die wachsenden Klassegegensätze, das stets fortschreitende Klassenbewußtsein des Proletariats, das immer mehr die übergroße Mehrheit des Volkes bildet, die stets heftiger werdenden wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen zwischen den herrschenden Klassen und dem Proletariat, nötigen die herrschenden Klassen immer mehr, ihre oligarchische Herrschaft auf das Gewaltmittel des Militarismus zu stützen [...]. Der äußere wie der innere Militarismus ist ein Werkzeug in den Händen der herrschenden Klassen für die Interessen der herrschenden Klassen. Er ist die festeste Schutzwehr und das wirksamste Unterdrückungs- und Ausbeutungsinstrument der herrschenden Klassen. Er gibt diesen die Möglichkeit, auch gegen den Willen der großen Mehrheit des Volkes wenigstens für geraume Zeit ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, und ist ein Hindernis der friedlich- organischen Fortentwicklung der Gesellschaft. Er ist eine immer unerträglichere wirtschaftliche, politische und moralische Last für die Masse des Volkes und eine Gefährdung des Völkerfriedens [...]. [Das Proletariat] verfolgt das Ziel, den Militarismus nach außen und innen für die herrschenden Klassen und gegen das Proletariat untauglich zu machen. [...] unermüdliche Aufklärung über das wahre Wesen des Militarismus und seiner Helfershelfer; unablässige Brandmarkung der militaristischen Schädlichkeiten und Ausschreitungen; Propaganda für alle zur Abschwächung des Militarismus geeigneten Maßregeln (Schiedsgerichte, Abrüstung, Volksheer) und Erziehung des Proletariats im Geiste des Sozialismus zum proletarischen Klassenstolz, zur internationalen proletarischen Solidarität und zum Bewußtsein, daß der Soldat, wenn er den bunten Rock anzieht, den Bürger nicht auszieht [...]. Die Erziehung der Jugend in diesem Geiste ist eine der wichtigsten Aufgaben der. kämpfenden internationalen Proletariats. Die selbständige Jugendbewegung

des Proletariats wiederum ist das wertvollste Mittel zu dieser Erziehung.“²

(Julian)

SCHLAGLICHTER

„Amtshilfe“ der Bundeswehr im 1. Halbjahr 2014

Im 1. Halbjahr 2014 wurden 65 Anträge auf „Amtshilfe“ von Seiten der Bundeswehr gestellt. Darunter beispielsweise die folgenden:

Bereitstellung von Betten für die „Unterbringung“ von Flüchtlingen in Arnsberg, Nutzungsüberlassung von Bundeswehr-Liegenschaften für das Bundespolizeipräsidium München für die Zeit des G7-Gipfels in Bayern, das Bundespresseamt erfragte mehrmals „Kenntnisse Verkehrsinfrastruktur“ im Raum Garmisch-Partenkirchen und Mittenwald bei der Bundeswehr (ein Zusammenhang mit dem G7-Gipfel ist offensichtlich), das Bundesinnenministerium setzte Soldaten „zur Unterstützung des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ ein, sprich Soldaten bearbeiten Asylanträge. Zusätzlich zur Amtshilfe fanden 11 „Unterstützungsleistungen für Veranstaltungen Dritter“ statt – darunter die Bereitstellung von Verpflegung, Feldküche und Lastkraftwagen bei der Kinderbetreuung während eines Wandertags durch das Panzerbataillon 701.³



¹

http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/NYuxDoMwDET_KIYsqN2gLB26dKGwIEMsFDUkkXHK0o9vMvROesu7gwlyPX7shmKDRwcvGFd7XU61nIYUviWRc3QoTMdsiGfhFCBUI55sAZPUijkxWZujBJYxcDiiknM2ShrYKzqvqub6p_6e7np9jE1Wvf37glx39sf6pnxig!!/

² Quelle: Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften. Band 3. Februar bis Dezember 1910. Berlin 1960, S. 467-482.

³ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Stattgefundene und geplante Amtshilfe- und Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Inland (Stand: zweites Quartal 2014)“. BT-Drucksache 18/2149.

Unterstützung des Bundes für die Münchner Sicherheitskonferenz 2014

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dağdelen, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE (BT-Drucksache 18/277)

„Die Bundeswehr unterstützt die Vorbereitung und Durchführung der 50. Münchner Sicherheitskonferenz 2014 im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Hierzu werden voraussichtlich ca. 330 Angehörige der Bundeswehr eingesetzt. Dies entspricht dem Unterstützungsumfang im Jahr 2013 [...]. Das Personal wird voraussichtlich im Zeitraum vom 30. Januar bis zum 2. Februar 2014 in folgenden Bereichen eingesetzt: Flughafen München, Tagungsort Bayerischer Hof, Pressezentrum der HypoVereinsbank [...]. Für den Einsatz der Bundeswehr werden Kosten in Höhe der Kosten für die 49. Münchner Sicherheitskonferenz 2013 erwartet [...]. Für den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der 49. Münchner Sicherheitskonferenz sind an Personalkosten bzw. -ausgaben ca. 560 000 Euro sowie an Sachausgaben ca. 66 000 Euro angefallen. Im Haushaltsjahr 2013 wurden als Projektförderung Mittel in Höhe von bis zu 350 000 Euro zur Verfügung gestellt. Für das Haushaltsjahr 2014 sind wiederum bis zu 350 000 Euro vorgesehen [...]. Die Gesamtkosten für die 50. Münchner Sicherheitskonferenz werden von der Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz gGmbH mit insgesamt 1,147 Mio. Euro angegeben [...]. Das Polizeipräsidium München beantragte im Rahmen der Amtshilfe Unterstützung bei der Überwachung des während der 50. Münchner Sicherheitskonferenz eingerichteten Flugbeschränkungsgebietes. Angefragt wurde hierzu die Bereitstellung eines Arbeitsplatzes für eine Einsatzkraft der Polizei im Nationalen Lage- und Führungszentrum für Sicherheit im Luftraum in Uedem sowie Unterstützung durch zwei Soldatinnen bzw. Soldaten beim Auswerten des Luftlagebildes und Heranführen eingesetzter Polizeihubschrauber an langsam fliegende Luftfahrzeuge, die in das Flugbeschränkungsgebiet einfliegen. Das Polizeipräsidium München beantragte weiterhin im Rahmen der Amtshilfe Unterkunft und Verpflegung für 300 Einsatzkräfte der Polizei sowie Abstellflächen für bis zu 125 Kraftfahrzeuge der Polizei im Raum München.“



Bundeswehrübung „Standhafter Bär“

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Frank Tempel, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE (BT-Drucksache 18/1363).

Vorbemerkung der Fragesteller:

Die Bundeswehr will ab diesem Jahr alle zwei Jahre eine Übung mit dem Titel „Standhafter Bär“ durchführen. Es handelt sich dabei um eine „Bundesländer übergreifende Übungsserie des Kommandos Territoriale Aufgaben“ („Standhafter Bär“ – Eine Übungsreihe für die Landeskommandos“, www.kommando.streitkraeftebasis.de vom 28. Februar 2014), das seine Übungsleitung im Gefechtssimulationszentrum des Heeres in Wildflecken einrichten soll. Dabei seien Fähigkeiten „wie zum Beispiel Planung, Koordination und Praxis im Katastrophenschutz, territoriale Aufgaben und bei der Unterstützung durch zivile Dienststellen“ gefordert.

Antwort der Bundesregierung

„Die Übung findet als computergestützte Simulationsübung vom 9. bis 11. November 2014 statt. Ihr vorgeschaltet ist eine Phase zur Vorbereitung von Januar 2014 bis September 2014. Die Übung dient der Verbesserung der internen Verfahren der Bundeswehr zur Unterstützung von zivilen, mit Aufgaben des Katastrophenschutzes befassten Behörden auf Ebene der Länder und Kommunen mit dem Szenario einer angenommenen Hochwasserkatastrophe. An der computergestützten Übung sollen real bis zu 500 Soldatinnen und Soldaten teilnehmen, im simulierten Szenario werden ca. 15 000 Soldatinnen und Soldaten angenommen. Reservistendienstleistende sind in den Lagezentren der übenden Landeskommandos als Personalverstärkung und im Rahmen der Übungssteuerung zur Unterstützung vorgesehen. Angaben über die Anzahl der im Verlauf der Übung teilnehmenden Reservistendienstleistenden liegen der Bundesregierung derzeit noch nicht vor. Die

Kreis- und Bezirksverbindungskommandos der Bundeswehr sind im Rahmen der Übungsvorbereitung und -steuerung beteiligt. Die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSU-Kompanien) sind innerhalb der Computersimulation wie alle anderen Kräfte der Bundeswehr für angefragte Hilfeleistungen verfügbar. In der Simulation werden auch Kräfte des Technischen Hilfswerks und kommunaler Feuerwehren und Rettungsdienste abgebildet sein.“



Vorbereitende Planungen für den G7-Gipfel im Jahr 2015 auf Schloss Elmau in Bayern

Zur Vorbereitung des G7-Gipfels fanden bis zum 21. August 23 Treffen zwischen BKA, Auswärtigem Amt, Bundespolizei, Bundeskanzleramt, Bundesinnenministerium und Verfassungsschutz unter Beteiligung der Bundeswehr und der bayerischen Polizei zur Erörterung verschiedener Fragen statt. Diskutiert wurde u.a. über „Unterstützungsmöglichkeiten durch die BW im Rahmen des G7-Gipfels“, „Gewährleistung der Medienberichterstattung zum Gipfel unter Berücksichtigung der erforderlichen Sicherheit“, „gegenseitige Unterrichtung bei relevanten Erkenntnissen“, „Erörterung von Durchsuchungsmaßnahmen in der Sicherheitszone des BKA“... Hier werden ein weiteres Mal der Bruch des Trennungsgebots und der Einsatz der Bundeswehr im Inland organisiert.¹

Die Bundesregierung gibt weiter bekannt:

„Im Rahmen einer wöchentlichen Lagebesprechung des Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrums-Links (GETZ-Links) wird die Thematik G7-Gipfel 2015 seit Juli 2014 als fester Tagesordnungspunkt ‚Veranstaltungen/Ereignisse i. Z. m. dem G7-Gipfel 2015 in Deutschland‘ in der Tagesordnung aufgerufen. Darüber hinaus wird seit März 2014 im GETZ ein Analyseprojekt bezüglich der Strategien der gewaltbereiten linken Szene bei Großveranstaltungen von bundesweiter und/oder internationaler

Bedeutung im Hinblick auf den G7-Gipfel 2015 in Deutschland durchgeführt.“

„Der Standortälteste (StOÄ) München prüft, einen existierenden Militärischen Bereich in München zum Militärischen Sicherheitsbereich zu erklären. Gegenwärtig prüft der StOÄ Mittenwald, ob ein existierender Militärischer Bereich zu einem Militärischen Sicherheitsbereich erklärt werden soll. In Absprache mit dem Freistaat Bayern erfolgen zurzeit keine Planungen hinsichtlich Sicherheitsmaßnahmen durch die Bundeswehr.“ „Das Landeskommando Bayern plant für seinen Stab eine Urlaubssperre von Mitte Mai bis 7. Juni 2015. Für Mitarbeiter der Abteilung SG des BKA ist für den Zeitraum unmittelbar vor bzw. während des G7-Gipfels eine Urlaubssperre geplant. Die BPOL hat urlaubsbeschränkende Maßnahmen für unmittelbar vom Einsatz betroffene Kräfte und die Alltagsorganisation festgelegt.“

Beim Tag der offenen Tür werden Aufständische vertrieben

„Mehr als 10.000 Besucher des Tages der offenen Tür der Gebirgsjägerbrigade 23 in Bad Reichenhall haben sich einem Online-Bericht der deutschen Landstreitkräfte vom 3. Juli 2014 zufolge über ‚die Fähigkeiten der Soldaten, ihre Erfahrungen aus den Auslandseinsätzen und die moderne Ausrüstung‘ informiert. Die Gebirgsjäger hätten ihr Können vor allem während einer dynamischen Waffenschau gezeigt, bei der ‚Aufständische‘ aus einem besetzten Gebäude ‚zu vertreiben‘ waren.“²

(Julian)



¹ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Andrej Hunko, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. BT-Drucksache 18/2289.

² <http://www.bundeswehr-monitoring.de/militarisierung/beim-tag-der-offenen-tuer-werden-aufstaendische-vertrieben-14610.html>. Quelle: deutschesheer.de: Tag der offenen Tür in Bad Reichenhall, Version vom 03.07.2014, abgerufen am 07.07.2014 unter <http://www.deutschesheer.de>, Aktuelles/Nachrichten und Berichte.

Alltägliche Militarisierung

Einsätze der Jugendoffiziere 2013¹

Anlage 4

Einsatzstatistik der Jugendoffiziere 2013

*Veranstaltungen der Zielgruppe Multiplikatoren sind in der Regel gemischte Veranstaltungen, so dass eine detaillierte Festlegung einzelner Einsätze auf eine Zielgruppe nicht möglich ist.

Art der Veranstaltungen	Vorträge		Podiumsdiskussionen		Seminare (ein- und mehrtägige Veranstaltungen)		Besuche bei der Truppe		Informationsveranstaltungen über die Arbeit der Jugendoffiziere		Großveranstaltungen		Summe	
Zielgruppe: Schüler und Studenten	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer
Hauptschule Klasse 9	83	2.195	0	0	13	386	16	412	0	0	4	32	116	3.025
Hauptschule Klasse 10	96	2.516	0	0	23	704	16	514	0	0	5	45	140	3.779
Realschule Klasse 9	118	2.561	0	0	19	561	39	1.263	0	0	6	47	182	4.432
Realschule Klasse 10	713	18.796	0	0	94	3.394	75	2.902	1	32	7	61	890	25.185
Gymnasium Klasse 9	79	1.990	2	41	17	586	11	285	0	0	3	12	112	2.914
Gymnasium Klasse 10	361	9.358	3	107	95	3.662	34	1.306	4	76	6	77	503	14.586
Gymnasium Klasse 11	319	8.010	6	188	153	5.050	24	772	11	86	8	88	521	14.194
Gymnasium Klasse 12	642	18.418	5	153	162	5.131	17	554	4	86	8	101	838	24.443
Gymnasium Klasse 13	168	4.961	1	40	52	2.051	7	149	4	30	5	45	237	7.276
Berufsbildende Schule	387	8.809	1	70	72	2.503	23	759	2	2	4	32	489	12.175
Universität/Hochschule	49	984	5	83	58	1.497	7	77	23	288	5	40	147	2.969
sonstige Schulen	101	2.347	3	280	56	1.775	19	507	1	4	3	80	183	4.993
Summe	3.116	80.945	26	962	814	27.300	288	9.500	50	604	64	660	4.358	119.971
Zielgruppe: Multiplikatoren	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer
Lehrer	208*	4.395	16*	81	378*	2.790	68*	697	857*	866	135*	364	1.662*	9.193
Referendare		982		6		1.418		10		48		74		2.538
Schulleitung/Schulbehörden		251		9		174		30		234		43		742
Politik		545		76		548		152		334		185		1.860
Medien		32		12		35		24		62		89		274
Bundeswehr/Reservisten		586		32		457		307		805		563		2.774
Sonstige Multiplikatoren		2.010		580		2.220		592		2.435		7.111		14.996
Summe	208	8.801	16	796	378	7.642	68	1.812	857	4.784	135	8.429	1.662	32.377
Gesamt	3.324	89.746	42	1.758	1.192	34.942	356	11.312	907	5.388	199	9.089	6.020	152.348

Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode

– 15 –

Drucksache 18/1259

Kriegsspiel für die Masse

In den Jahren 2010 bis 2013 führte die Bundeswehr 1.191 Veranstaltungen mit dem Kriegsspiel „Politik und Internationale Sicherheit“ (Pol&IS) durch, das jungen Menschen die Normalität von Kriegen (inkl. Kernwaffeneinsatz) zur Durchsetzung „nationaler Interessen“ demonstrieren soll. Daran nahmen in diesem Zeitraum 34.632 Schüler teil, 34.632 Jugendliche, für die der Krieg ein Stück selbstverständlicher geworden ist.²

	Jahr	Gesamt	Schüler teilgenommen insgesamt	davon Hauptschule	davon Realschule	davon Gymnasium
Pol&IS-Veranstaltungen	2010	374	11.459	-	-	-
Pol&IS-Veranstaltungen	2011	291	7.927	-	-	-
Pol&IS-Veranstaltungen	2012	278	7.327	-	-	-
Pol&IS-Veranstaltungen	2013	248	7.919	30	334	7.555

Umfang von Werbemaßnahmen der Bundeswehr im Jahr 2013

Aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Christine Buchholz, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE geht hervor:³

¹ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Özcan Mutlu, Agnieszka Brugger, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Bundeswehr und Schule“ (BT-Drucksache 18/1088).

² BT-Drucksache 18/1259.

³ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Christine Buchholz, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. BT-Drucksache 18/1018.

Kosten für die Personalwerbung 2013:

„Insgesamt sind Kosten in Höhe von rund 20,680 Mio. Euro entstanden.“

Werbeträger	Ausgaben in Euro (ca.)
Print	4.200.000
Radio	4.000.000
TV	7.500.000
Kino	80.000
Internet	3.700.000
Out-of-home-Werbung	1.200.000

Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit 2013:

Veranstaltungen bzw. Formate	Ausgaben in Euro (ca.)
Tag der offenen Tür der Bundesregierung	20.000
Tag der Deutschen Einheit	92.000
Informationsbroschüren	114.000
Zentrale Sicherheitspolitische Seminare	110.000
Informationsmaterialien	67.000
Besucherdienst BMVG	36.000
Auftritte bei Fach- und Verbrauchermessen	376.000
Organisationsbereiche Bundeswehr	334.000
Landeskommandos	407.000
Bewegbildproduktion	240.000
Banner Hauswand 2. Dienstsitz BMVG	15.000
Weitere Maßnahmen	224.000

Geplante Kosten der Öffentlichkeitsarbeit 2014:

Veranstaltungen bzw. Formate	Ausgaben in Euro (ca.)
Tag der offenen Tür der Bundesregierung	20.000
Tag der Deutschen Einheit	85.000
Informationsbroschüren	130.000
Zentrale Sicherheitspolitische Seminare	158.000
Informationsmaterialien	143.000
Besucherdienst BMVG	37.000
Auftritte bei Fach- und Verbrauchermessen	370.000
Organisationsbereiche Bundeswehr	456.000
Landeskommandos	414.000
Bewegbildproduktion	285.000
Banner Hauswand 2. Dienstsitz BMVG	15.000
Weitere Maßnahmen	215.000

Veranstaltungen im Rahmen des „Jugendmarketings“:

Veranstaltung	Teilnehmer	Kosten (gerundet)
Bw-Beachen in Warendorf	540	450.000
Bw-Klettern in Mittenwald	30	5.000
Jugendpressekonferenz in Mannheim und Dresden	250	320.000
Discovery Day in München, Hamburg und Hamburg	90	4.500
Treff on tour in Kiel	30	300.000
Community-Treffen in Berlin und Bückeburg	250	320.000

Auftritte auf Messen:

„Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit hat die Bundeswehr an acht Fach- und Verbrauchermessen teilgenommen. Darüber hinaus erfolgte die Teilnahme an zwei Veranstaltungen der Bundesregierung (Tag der offenen Tür und Tag der Deutschen Einheit). Insgesamt entstanden für die vorgenannten zehn Veranstaltungsformate Ausgaben in Höhe von ca. 488 000 Euro [...]. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wurden bei den vorgenannten acht Fach- und Verbrauchermessen nach Angaben der jeweiligen Messeleitungen ca. 789 000 Personen erreicht. In den beiden vorgenannten Regierungsveranstaltungen wurden ca. 505 000 Personen erreicht.“

Nachwuchswerbung:

„Im Rahmen der Nachwuchswerbung hat die Bundeswehr an rund 1 500 Veranstaltungen teilgenommen. Dabei sind Ausgaben in Höhe von insgesamt ca. 3,8 Mio. Euro entstanden.“

Homepage:

„Im Jahr 2013 wurden rund 570 000 Zugriffe auf www.treff.bundeswehr.de und ca. 4,3 Millionen Zugriffe auf www.bundeswehr-karriere.de gezählt.“

Auflagenhöhe der kostenlosen Zeitschrift „infopost“ 2013:

„Die Auflage betrug im Jahr 2013 rund 480 000 Exemplare. Dafür wurden aus dem Titel Nachwuchswerbung Haushaltsmittel in Höhe von rund 87 000 Euro verausgabt.“

Musikkorps:

„Im Jahr 2013 fanden 736 Einsätze von Musikkorps der Bundeswehr außerhalb militärischer Liegenschaften durch das Zentrum Militärmusik statt. Hierzu wurden Fuhrparkkosten von 481 000 Euro in Anspruch genommen.“

Gelöbnisse:

„Im Jahr 2013 wurden außerhalb militärischer Liegenschaften insgesamt 93 feierliche Gelöbnisse und Große Zapfenstriche durchgeführt.“

Nachwuchswerbung 2013:

„Haushaltsmittel von insgesamt 29,985 Mio. Euro [...]. In dieser Summe sind Haushaltsmittel für das Jugendmarketing von rund 2,1 Mio. Euro enthalten. Außer den aufgeführten Positionen (Frage 7 und 11) wurden sie für Onlinemarketing (knapp 700 000 Euro) und Printmarketing (rund 650 000 Euro) verwendet. Weiterhin sind in den Gesamtkosten ca. 3 Mio. Euro enthalten, [...] für Girls'-Day, Truppenbesuche, Videospots, Informationsmaterial, Werbeextras, Big Band der Bundeswehr, Domänenunterhalt für Internet, Sport-Kooperationen.“

Geplante Gesamtkosten im Rahmen der Personalwerbung für das Jahr 2014:

Maßnahme	Budget in Euro (ca.)
Kampagne Arbeitgeber Bundeswehr	4.000.000
Kampagne Freiwilliger Wehrdienst	5.500.000
Kampagne Laufbahnen von Fachkräften	5.000.000
Kampagne Führungs- und Schlüsselpersonen	1.800.000
Regionale und lokale Maßnahmen, einschließlich Truppenbesuche und Praktika	2.800.000
Überregionale und regionale Messe- und Ausstellungsaktivitäten	3.900.000
Ansprache/Interaktion in elektronischen Medien	1.200.000
Informationsmaterialien und Werbeextras zur Kontaktpflege	1.000.000
Jugendmarketing	2.050.000
Unterstützung von Dienststellen und Truppenteilen bei eigenen personalwerblichen Maßnahmen	500.000
Personalwerbliche Studien	50.000
Sonstige personalwerbliche Maßnahmen	2.200.000

Öffentliche Auftritte der Bundeswehr 2014

Die Bundeswehr führt(e) im Jahr 2014 folgende öffentliche Auftritte durch (ohne Jugendoffiziere):¹

Messe- und Ausstellungsbeteiligungen der Bundeswehr	549
Vorträge/Veranstaltungen von Karriereberatern	567
Truppenbesuche von Schülern	171
Vorträge/Veranstaltungen der Karriereberatung in Jobcentern bzw. Berufsinformationszentren	559
Auftritte der Musikkorps der Bundeswehr außerhalb militärischer Liegenschaften	671
Feierliche Gelöbnisse, Zapfenstreiche und andere Zeremonien außerhalb militärischer Liegenschaften	135
Weitere personalwerbliche Maßnahmen außerhalb militärischer Liegenschaften	264
Weitere Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit außerhalb militärischer Liegenschaften	35
Auftritte des KarriereTreffs der Bundeswehr	25
Beteiligungen von Gliederungen des Reservistenverbandes an Messen, Ausstellungen, Volksfesten, Auftritten auf öffentlichen Plätzen und in Schulen (nur 4. Quartal 2014)	374

(Julian)

Alltägliche Militarisierung – bei anderen gelesen

Wir dokumentieren ausgewählte Meldungen zur alltäglichen Militarisierung von www.bundeswehr-monitoring.de, einem Projekt der Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e. V.

Bundeswehr startet dreiwöchige TV-Werbekampagne

Die Bundeswehr will mit einer dreiwöchigen „Kampagne mit TV-Spots“ in den öffentlich-rechtlichen und den privaten Fernsehsendern für sich als Arbeitgeber werben. In dem Online-Eigenbeitrag vom 27. Juni 2014 werden zwei Starttermine genannt, der 30. Juni und der 1. Juli. „Im besonderen Fokus“ der Werbekampagne der Nachwuchsgewinnung stünden die aktuellen Schulabgänger. Ihnen würden „die vielfältigen und abwechslungsreichen Berufsangebote – mit allen Vorteilen und Herausforderungen – für eine militärische oder zivile Karriere“ aufgezeigt. (<http://www.bundeswehr-monitoring.de/militarisierung/bundeswehr-startet-dreiwöchige-tv-werbekampagne-14600.html>)

¹ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan van Aken, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE „Öffentliche Auftritte der Bundeswehr im ersten Quartal 2014“, „Öffentliche Auftritte der Bundeswehr im zweiten Quartal 2014“, „Öffentliche Auftritte der Bundeswehr im dritten Quartal 2014“, „Öffentliche Auftritte der Bundeswehr im vierten Quartal 2014“ (BT-Drucksache 18/141, 18/831, 18/1881, 18/2525).

Sind so kleine Hände

Die Bundeswehr sei „an vielen Standorten fest in der Gemeinde verwurzelt und damit Teil des öffentlichen Lebens“, teilt die Bundesregierung am 31. Juli 2014 in der Vorbemerkung zu ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag mit, die sich mit Fragen zu „Aktivitäten der Bundeswehr im Bereich der frühkindlichen Förderung und Bildung in Kindertageseinrichtungen“ befasst. Setze die Bundeswehr auch eine „Vielzahl von Maßnahmen um, die zur Steigerung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Bundeswehr als Arbeitgeber“ beitragen, so gehörten doch „ausdrücklich keine Maßnahmen in Kindertagesstätten (Kitas)“ dazu.



Die Vorbemerkung der Fragesteller führt allerdings Beispiele von Aktivitäten der Bundeswehr auf, „um bereits mit Kindern im Kita-Alter in Erstkontakt treten zu können“, darunter Spenden an Kindereinrichtungen und die Existenz sogenannter „Partnerkitas“. So biete der Sanitätsdienst der Bundeswehr „einer Partnerkita eine jährliche Schatzsuche in der Untertageanlage der Harz-Kaserne Blankenburg an“. Der als Beleg von den Fragestellern benannte Link ist zwar nicht mehr erreichbar, aber ein Bericht von 2011 über die „jährliche Schatzsuche“ ist auf der Website sanitaetsdienst-bundeswehr.de zu finden. Weiter ver-

weisen die Fragesteller darauf, dass die Kita Stachel-Bär der Evangelischen Militärkirchengemeinde Augustdorf auf ihrer Homepage über einen „Truppenbesuch bei der Bundeswehrkaserne vor Ort“ berichtet. Darin ist wörtlich zu lesen: „Sehr beeindruckend waren die Panzer auf und in denen die Kinder klettern durften.“

Die genannten Beispiele kommentiert das Verteidigungsministerium (BMVg) wie folgt: „Diese Maßnahmen stehen in keinem Zusammenhang mit Personalwerbung und Personalgewinnung im Kindergartenalter.“ Auch lägen ihm keine Informationen vor, dass Spenden der Bundeswehr, „sei es in monetärer oder sächlicher Form, an Kitas geflossen“ seien. Zwar gäbe es „im Bereich einzelner Standorte Initiativen“, bei denen für einen wohltätigen Zweck gesammelt würde, was in „einzelnen Fällen“ auch Kitas zugutekommen könne. Doch dafür bestünde weder eine Berichtspflicht noch würden derartige Maßnahmen von Bundesregierung oder BMVg initiiert, organisiert oder genehmigt.

Alle konkreten Fragen zu Zielen von „Maßnahmen“ der Bundeswehr in Kitas, zu etwaigen Werbe- und Personalgewinnungsmaßnahmen, zu deren möglicher Rechtsgrundlage werden vom BMVg verneinend beantwortet. Auch „Veranstaltungen oder Maßnahmen auf militärischem Gelände der Bundeswehr für Kinder im Kindergartenalter“ würden von der Personalgewinnungsorganisation der Bundeswehr nicht durchgeführt. Die Bundeswehr unterstütze lediglich „Maßnahmen im Rahmen einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf/Dienst, basierend auf dem Instrument der betrieblichen Kinderbetreuung“, und zwar aus „Fürsorgegründen“.¹

<http://www.bundeswehr-monitoring.de/militarisierung/sind-so-kleine-haende-14702.html>

Bundeswehr zeigt einem Kindergarten ihre Kaserne und Panzer

Die Mittelbayerische Zeitung berichtet am 13. Dezember 2013 über den Besuch der Nordgaukaserne der Bundeswehr in Cham durch einen Kindergarten. Deren Leiterin habe die Einladung des stellvertretenden Kommandeurs des Fernmeldebataillons 4 ange-

¹ Quelle: Bundestag: Aktivitäten der Bundeswehr im Bereich der frühkindlichen Förderung und Bildung in Kindertageseinrichtungen, Antwort der Bundesregierung vom 31.07.2014 auf die Kleine Anfrage von Abgeordneten und der Fraktion Die Linke, Drucksache 18/2269. militaerkirche.lippische-landeskirche.de: Besuch in der Kaserne, Version ohne Datum, abgerufen am 12.08.2014 unter <http://www.militaerkirche.lippische-landeskirche.de>, dort auf der Startseite. lr-online.de: Spende von Bundeswehr für Kita Dubro, Version vom 17.06.2014, 02:42 Uhr, abgerufen am 12.08.2014 unter <http://www.lr-online.de/regionen/herzberg/Spende-von-Bundeswehr-fuer-Kita-Dubro;art1056,4638901>. sanitaetsdienst-bundeswehr.de: Schatz in Blankenburg gefunden, Version vom 01.10.2011, abgerufen am 12.08.2014 unter <http://www.sanitaetsdienst-bundeswehr.de>, dort Startseite/Über uns.

nommen, um mit den Kindern und ihren Erzieherinnen herauszufinden: „Was machen eigentlich Soldaten in der heutigen Zeit und wie geht es wohl in einer Kaserne so zu?“ Nach Besichtigung der Großküche, „dort gibt es Suppenkellen, die den Kindern prima als Helm passen würden“, und einer Unterkunftsstube sei es „zu den Panzern“ gegangen, der Höhepunkt des kleinkindlichen Ausflugs. Diese seien ihnen zunächst noch in der Werkstatt, anschließend auf dem Exerzierplatz gezeigt worden. Die Vorführung eines fahrenden Kettenpanzers habe „die jungen Gäste (...) schwer beeindruckt.“ Und da der Sport „im Soldatenleben und in der Rekrutenausbildung eine wichtige Rolle“ spiele, hätten „die Knirpse“ auch noch „ein Geschicklichkeitslauf“ in der Sporthalle unter „militärischer Anleitung“ absolviert. Als Abschluss habe es für die Kinder eine Ehrenurkunde gegeben.¹
<http://www.bundeswehr-monitoring.de/militarisierung/bundeswehr-zeigt-einem-kindergarten-ihre-kaserne-und-panzer-14168.html>

Bahn will Fachkräftebedarf durch Bundeswehr decken

Über eine am 9. Juli 2014 unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Deutschen Bahn AG und der Bundeswehr zur „bundesweite(n) Zusammenarbeit bei der Personalgewinnung“ informiert der Konzern in einer Pressemitteilung. Die Kooperation stelle „die bereits seit 2011 in Süddeutschland bestehende erfolgreiche Partnerschaft mit der DB-Tochter DB Netz AG auf eine neue bundesweite Basis.“ Die Bahn erhoffe sich, „in Zeiten des erhöhten Fachkräftebedarfs offene Stellen“ mit aus der Bundeswehr ausscheidende Soldaten „noch besser besetzen zu können“.²
<http://www.bundeswehr-monitoring.de/militarisierung/bahn-will-fachkraeftebedarf-durch-bundeswehr-decken-14632.html>

Bundeswehr führt Schülern Einsatz gegen Fußballfans vor

Die Bundeswehr berichtet auf ihrer Website kommando.streitkraeftebasis.de am 1. August 2014, wie die General-Dr.-Speidel-Kaserne in Bruchsal auf Initiative von Jugendoffizieren aus Karlsruhe und Mannheim bei einem „Tag der Schulen“ zum „Abenteuerspielplatz“ geworden sei. Die teilnehmenden 300 Schülerinnen und Schüler hätten dabei ihre „Leben-im-Felde-Fähigkeiten“ erprobt und neben vielem

anderen eine „Crowd and Riot Control“-Übung vorgeführt bekommen.

Schüler_innen einer 9. Klasse, die vom Berichtersteller begleitet wurden, hätten unter anderem das Tragen von Schutzwesten und eines „gefechtsmäßig gepackten“ Rucksacks ausprobiert und seien in „Alarmposten“, also Unterstände im Gefecht, gekrochen. Danach habe die Schüler_innen „eine Roadshow der besonderen Art“ erwartet, indem drei Spürpanzer vom Typ „Fuchs“, Führungs- und Funktionsfahrzeuge wie der „Eagle IV“ sowie Feuerwehrautos auf den Exerzierplatz „brausten“. Die Jugendlichen hätten „sämtliche Spezialfahrzeuge in Beschlag genommen“ und „verwegen verschiedene Knöpfe und Schalter“ ausprobiert, wörtlich: „Aus allen Richtungen hupt und blinkt es.“

Danach sei ihnen eine „Crowd and Riot Control“ demonstriert worden, die „Überwachung von Menschenansammlungen, zum Beispiel bei Demonstrationen, und die damit verbundene Eindämmung von Krawallen“. Dafür sei eine Situation simuliert worden, bei der sich „eine Gruppe angetrunkener und gewaltbereiter ‚Fußballfans‘ (...) auf die Militärpolizisten zu“ bewegt habe, wobei die Feldjäger Reizgas eingesetzt hätten, „um eine weitere Eskalation zu vermeiden“. Die Neuntklässler hätten „fast unisono“ als ihren „persönlichen Höhepunkt“ genannt, dass sie „mit den Bundeswehrfahrzeugen mitfahren durften“. Dabei sei „schnittig“ gefahren worden, wovon die Schüler_innen begeistert gewesen seien. Der Artikel resümiert, der „Tag der Schulen“ sei „ideal, um Vorurteile über die Bundeswehr abzubauen“. Eingeräumt wird allerdings auch, „nicht alle“ Jugendlichen „scheinen Blut geleckt zu haben“.³

<http://www.bundeswehr-monitoring.de/militarisierung/bundeswehr-fuehrt-schuelern-einsatz-gegen-fussballfans-vor-14680.html>



¹ Quelle: mittelbayerische.de: Was die Soldaten nebenan so machen, Version vom 13.12.2013, 18:51 Uhr, abgerufen am 16.12.2013 unter <http://www.mittel-bayerische.de/region/cham/artikel/was-die-soldaten-nebenan-so-machen/995321/was-die-soldaten-nebenan-so-machen.html>.

² Quelle: Deutsche Bahn und Bundeswehr verstärken Kooperation, Pressemitteilung der Deutschen Bahn AG vom 09.07.2014, abgerufen am 10.07.2014 unter http://www.deutschebahn.com/de/presse/presseinformationen/pi_k/7356548/h20140709.html.

³ Quelle: kommando.streitkraeftebasis.de: Wenn die Kaserne zum Abenteuerspielplatz wird, Version vom 01.08.2014, abgerufen am 04.08.2014 unter <http://kommando.streitkraeftebasis.de>, dort unter Archiv/2014/Juli.

880 Schüler beim „Tag der Infanterie“

Einem Bericht der Mainpost vom 17. Juli 2014 zufolge sind 880 Schüler zum „18. Tag der Infanterie“ gekommen. Insgesamt 19 Schulen der Region hätten die Einladung der Bundeswehr in Hammelburg angenommen. Bei den Gymnasiasten, Real-, Mittel- und Berufsschülern sei die Nahkampfausbildung der Einzelkämpfer auf großes Interesse gestoßen, auch habe die „Luftlande- und Lufttransportschule sowie Gebirgs- und Winterkampfschule“ Vorführungen gezeigt. Ein Team am „Karrieretruck“ habe Rede und Antwort gestanden.¹

<http://www.bundeswehr-monitoring.de/militarisierung/880-schueler-beim-tag-der-infanterie-14648.html>

Bundeswehr wirbt auf Schülertickets

Es stoße bei vielen Eltern und manchen Politikern übel auf, dass die Bundeswehr auf den Schülerfahr- ausweisen der Verkehrsgesellschaft Vorpommern- Greifswald für ihr Internet-Jugendportal wirbt, berichtet nord-kurier.de am 3. September 2014. Die Werbung für die Truppe würden Schüler ab der siebten Klasse ab sofort jeden Tag in ihren Händen halten.

Zu einer Stellung-nahme seien weder der Kreis noch die Verkehrsgesellschaft, eine Tochtergesellschaft des Landkreises, in der Lage gewesen. Die Bundeswehr halte der Kritik entgegen, dass die Mündigkeit bei Schülern durchaus gegeben sei und die militärische Nachwuchswerbung bewusst schon bei Schülern beginne.²

<http://www.bundeswehr-monitoring.de/militarisierung/bundeswehr-wirbt-auf-schuelertickets-14766.html>

Bundeswehr weitet Werbekooperationen mit Sportvereinen aus

Eine Ende Mai 2014 erfolgte Antwort der Bundesregierung zum Umfang von Werbemaßnahmen der Bundeswehr im Jahr 2013 hat eine umfangreiche parlamentarische Nachfrage hervorgerufen, deren Antwort durch die Abgeordnete Ulla Jelpke am 20. August veröffentlicht wird. Sie enthält unter anderem Anlagen der 2013 bestandenen und der aktuell bestehenden „Sportkooperationen“ der Bundeswehr mit Vereinen in den Sportarten Fußball, Handball, Basketball, Eishockey und Motorsport. Wie Jelpke unter Auswertung dieser Anlage mitteilt, hat die Bundeswehr „für personalwerbliche Kooperationen im Bereich des Sports im vergangenen Jahr 453.000 Euro

ausgegeben. Dies seien „fast 80 Prozent mehr als noch im Jahr 2012 (253.000 Euro).“ Damit, so Jelpke, dränge die Bundeswehr „massiv in die Sportwelt, um Nachwuchs unter den Fans zu ködern“ und kaufe sich dafür „Bandenwerbung, Inserate in Vereinszei- tungen, Videoclips in Halbzeitpausen usw.“

Vor allem Fußballvereine würden von der „militäri- schen Unterstützung“ profitieren. So hat der Erstli- gists Hannover 96 65.500 Euro und der Zweitligist 1. FC Union Berlin 47.600 Euro erhalten. „Bedacht wur- den aber auch kleinere Vereine, der in der dritten Li- ga spielende KSV Holstein-Kiel mit 34.500 Euro und der Regionalligist FC Carl Zeiss Jena mit 30.000 Euro.“ Der Antwort beigefügt ist auch eine Anlage, die im „Militärischen Meldewesen“ erfasste „Störungen von Veranstaltungen der Personalgewinnungsorganisati- on“ für das Jahr 2013 auflistet. Diese seien laut der am 21. August vom Bundestag als Drucksache veröf- fentlichten Regierungsantwort „sämtlich dem Bereich des Antimilitarismus oder der Friedensbewegung“ zuzuordnen.

Am 2. Oktober 2014 berichtet zeit.de in einem um- fang-reichen Artikel über das Sponsoring der Bun- deswehr in Fußballvereinen auch über den den FV Lörrach-Brombach, den die Bundeswehr nicht nur sponsere, sondern bei dem sie im Fußballstadion ne- ben Bandenwerbung „auch mit Informationsständen“ auf sich aufmerksam mache. Kinder und Jugendliche würden „gezielt über Arbeitsmöglichkeiten bei der Bundeswehr aufgeklärt“.

In dem Beitrag heißt es, die Bundeswehr achte „of- fenbar genau darauf, in welcher Region und in wel- cher Sportart sie Partnerschaften schließt“. Es heiße „aus der Bundeswehr“, dass dabei auch „betriebs- wirtschaftliche Paramater“ von Bedeutung seien. Ein Bundeswehrsprecher habe zum Beispiel Lörrachs er- klärt, „man sei als Arbeitgeber in der Region um Lörrach weitgehend unbekannt“. Weiter wird er zitiert: „Zusammen mit der großen Jugendabteilung haben wir einen hohen Multiplikatoreneffekt.“³

<http://www.bundeswehr-monitoring.de/militarisierung/bundeswehr-weitet-werbekooperationen-mit-sportvereinen-aus-14722.html>

(Julian)

¹ Quelle: mainpost.de: Bundeswehr wirbt um die Jugend, Version vom 17.07.2014, 20:02 Uhr, abgerufen am 18.07.2014 unter <http://www.mainpost.de/regional/bad-kissingen/Bundes-wehr-wirbt-um-die-Jugend;art433648,8237744>

² Quelle: nordkurier.de: Bundeswehr zielt auf unsere Schüler, Version vom 03.09.2014, abgerufen am 03.09.2014 unter <http://www.nordkurier.de/anklam/bundes-wehr-zielt-auf-unsere-schueler-039458409.html>

³ Quelle: zeit.de: Großoffensive der Bundeswehr im Fußballstadion, Ver- sion vom 02.10.2014, 16:06 Uhr, abgerufen am 02.10.2014 unter <http://www.zeit.de/sport/2014-10/fussball-sponsoren-bundes-wehr/komplettansicht>. Bundestag: Umfang von Werbemaßnah- men der Bundeswehr im Jahr 2013 (Nachfrage zur Bundestagsdrucksache 18/1631), Antwort der Bundesregierung vom 07.08.2014 auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten und der Fraktion Die Linke, Druck-sache 18/2325. Bundeswehr sponsert Sportvereine zwecks Nach- wuchswerbung, Pressemitteilung der Bundestagsabgeordneten Ulla Jel- pke vom 20.08.2014, abgerufen am 20.08.2014 unter http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=3042

Wie die Bundeswehr online Kinder und Jugendliche für den Krieg ködert

Wir dokumentieren kommentarlos, was die Bundeswehr derzeit auf ihren „Jugend-Sites“ (<https://treff.bundeswehr.de/portal/a/treff>) propagiert und bewirbt. Wie die deutsche „Armee im Einsatz“ gezielt Kinder und Jugendliche für den Krieg ködert, ihre Köpfe militarisiert, indem Angriffswaffen und Krieg als das Normalste der Welt dargestellt werden und welche Summen an Steuergeldern hierfür drauf gehen, ist für niemanden zu übersehen, der es nicht übersehen will. Der Weg geht direkt von der Schulbank auf die Schlachtbank, wenn wir es nicht verhindern!

„YES4YOU = YOUNG EVENT SPEZIAL

Ob Bw-Olympix, Bw-Beachen oder Bw-Musix für dich ist immer was dabei. Mitmachen lohnt sich. Super Fun- und Infotainment-Programme warten neben den Wettkämpfen und Partytime auf dich.“

„Fair Play beim Jugendmarketing – Bw-Olympix kommen erneut gut an

600 Schüler, 350 Soldaten und zivile Helfer, 4 Sportarten... vom 13. bis 15. Juni fanden an der Sportschule der Bundeswehr in Warendorf die siebten Olympix statt. Das Turnier deckte die Sportarten Beachvolleyball, Minisoccer, Streetball und Beachhandball ab und gab den 16- und 17-jährigen Jugendlichen die Möglichkeit, die Bundeswehr im Rahmen des Jugendmarketings hautnah zu erleben.“

„Bw-Olympix. Siegerlisten und Bildergalerien vom Event

Jede Menge Sport, Spaß und Infos gab es am vergangenen Wochenende bei Bw-Olympix. Neben den sportlichen Wettkämpfen wurde den Mädchen und Jungen ein super Rahmenprogramm geboten [...]. Neben Pokalen und Medaillen gab es für die Gewinner-Teams coole Reisen zu gewinnen, die man nirgendwo kaufen kann.“

„Medien Action non stop: recherchieren und schreiben beim 132. Jugendpressekongress

„Es war alles super. Ich nehme sehr viele Erfahrungen mit und werde den Jugendpressekongress weiterempfehlen“, so Schulsprecher Christian aus Hessen. Der 19-Jährige

war vom 8. bis 10. November 2013 beim Bildungszentrum der Bundeswehr in Mannheim. Dort fand der 132. Jugendpressekongress statt, an dem 122 Jugendliche aus ganz Deutschland teilnahmen.“

„Wer ist der König der Kletterer?

[...] Das Mädchen ist eine der rund 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendevents ‚Bw-Klettern 2013‘ in Mittenwald. In eindrucksvollen Felsspalten und Schluchten können die 15 bis 17-Jährigen Jugendlichen aus dem Umkreis ihre Kletterfähigkeiten an verschiedenen Stationen testen und unter Beweis stellen [...]. Ein spannender Event mit Informationen rund um die Bundeswehr.“



„Bw-Musix 2010 – Musix and More

Auf einen rundum gelungenen Jugendblasorchester-Wettbewerb ‚Bw-Musix 2010‘ kann der Militärmusikdienst der Bundeswehr zurückblicken. In Zusammenarbeit mit dem Jugendmarketing der Bundeswehr und der Stadt Balingen fand kürzlich ein Wochenende mit hochkarätigen Konzerten, einzigartigen und gleichzeitig kostenlosen Workshops, einer Messe und einer mitreißenden Musikerparty statt.“

„Bw-Musix 2014

16.-19.10.2014. Packt Eure Instrumente und startet in die neue Trainingssaison. Ausdauer, Konzentration, Fairness und vor allem Teamgeist stehen erneut im Vordergrund unseres einzigartigen Wettbewerbs. Freude an der Musik, neue Freunde treffen und ein überaus abwechslungsreiches Programm genießen. Schon angemeldet?“

„Discovery Days – Entdecke die Bundeswehr

Möchtest du gerne bei der Bundeswehr studieren? Oder willst du in die Unteroffizierlaufbahn und zum Beispiel Feldwebel werden? Dann komm mit zu den Discovery Days und entdecke die Möglichkeiten bei der Bundeswehr.“

„Das Bundeswehr- Preisausschreiben 2014

„Auf geht's“, das Preisausschreiben 2014 startet durch. Mehrere Zehntausend Jugendliche nehmen jährlich am spannenden Wissensspiel über die Bundeswehr teil. Du bist zwischen 14 und 20 Jahre alt? Dann kannst du auch dieses Jahr einen von 1.000 tollen Preisen gewinnen. Die vom Jugendmarketing des Bundesministerium der Verteidigung bereitgestellten Preise können sich sehen lassen: 2014 sind es vom iPad über die Trekkingausrüstungen bis zur einer Fahrt mit einer Fregatte oder einer Skitour bei den Gebirgsjägern und vieles mehr. Da sollte für jeden was dabei sein.“



„Bundeswehr Adventure Camps – Abenteuer und Infos pur

Liebst du das Abenteuer? Hast du Mut? Willst du dich im sportlichen Wettkampf mit anderen Jugendlichen messen? Möchtest du Informationen über die Bundeswehr und dir ein eigenes Bild von der Truppe machen? Dann bist du bei den Bw Adventure Camps genau richtig.“

„Bw-Adventure Camps 2014: Auf Entdeckungstour bei den Gebirgsjägern

[...] Mit einem Lächeln im Gesicht kriecht Marvin aus seiner Schlafstätte. Die letzte Nacht verbrachten der 17-Jährige und Maxi im Freien. Sie sind zwei von insgesamt 23 Teilnehmern, die beim Bw-Adventure Camp auf der Winkelmoosalm bei den Gebirgsjägern zu Gast sind.“

„Zu Gast bei der Luftwaffe in Italien: so war das Bw-Adventure Camp auf Sardinien

Blauer Himmel, strahlender Sonnenschein und 28 Grad Außentemperatur – als unsere diesjährigen Bw-Adventure-Camp-Teilnehmer mit der Transall auf Sardinien landeten, zeigte sich die italienische Insel von ihrer schönsten Seite. Für 30 Jugendliche aus ganz Deutschland ging es in den Süden – zum Taktischen Ausbildungskommando der Luftwaffe Italien.“

Bundeswehr Trainingscamp

Vom 19.-20.07.2014 nahmen 12 Jugendliche am Trainingscamp 2014 bei strahlendem Sonnen-

schein in Hamburg teil. Was sie zur Bewerbung und Teilnahme bewegt hat und worauf sie sich freuen berichten sie hier.“

„Bw Adventure Games

BAG 2011: Wasser marsch! Was macht die Bundeswehr Adventure Games eigentlich so unvergleichbar? Es ist die gelungene Mixtur aus Teamarbeit, Sport, Mut, Abenteuer und Spaß. In diesem Jahr kam noch ein ordentlicher Schuss Wasser hinzu, denn Veranstaltungsort der BAG 2011 war die Marineschule im schleswig-holsteinischen Plön. Und so mussten sich die 23 Jugendlichen aus ganz Deutschland Ende Juli nicht nur an Land, sondern auch im Plöner See zahlreichen Herausforderungen stellen.“

„Mach dein Leben bunter

Hier findest du alles, was deinen Alltag noch cooler macht: Screensaver, Stundenpläne, Soundfiles und vieles mehr.



„Bring Ordnung in dein Leben

Mit unseren Stundenplänen wird dein Schulalltag ein wenig bunter. Einfach downloaden, entpacken, ausdrucken und schon kannst du deinen Schulalltag aufpimpen. Sammle die Koordinaten und trage sie in die Liste ein. Mit dem neuen Stundenplan im Heeresdesign kannst du die neue Woche anpacken und behälst den Überblick.“

„Pimp my Desk

Wir haben coole Desktopbilder im Bundeswehr-Look für dich. Einfach

downloaden und schon hast du Desktopbilder die nicht jeder hat.“

„Hab deine Zeit im Griff

Mit unseren Kalenderblättern im Bundeswehr-Look geht dir kein Termin mehr durch die Lappen. Einfach ausdrucken und an deine Wand kleben. Oder als Desktop-Hintergrund speichern. Wie es dir gefällt ... Kräfte, Raum, Zeit und Informationen sind die 4 Manöverelemente der taktischen Gleichung. Damit Zeit nicht zur Unbekannten DEINER Gleichung wird...hier unser Kalenderblatt für den Monat Oktober.“

„Sport, Spiele und Spaß

Schalte vom Alltagsstress ab und spiele ein cooles Game:

- Das Bundeswehr-Quiz: Das Frage und Antwortspiel rund um die Bundeswehr. Teste dein Wissen und beantworte 30 Fragen zu den Streitkräften. Mach mit und spiel mal was...
- Schwimm um die Wette: Du liebst das Wasser? Dann tobe dich mal im nassen Element aus. Hier ist ein neues Spiel für dich.
- Das Spiel für Scharfschützen: Treffer! Beachsoccer-Game online! Anlaufen, Zielen, Schuss – und Tor! Trainiere jetzt deine Torjäger-Qualitäten mit dem coolen Beachsoccer-Game! Und los geht's!
- Feel the Beat of the Street: Die Straße ist dein Spielplatz? Dann haben wir jetzt das passende Spiel für dich: Streetball. Zeig, was du drauf hast!“

„Action: zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft

Berichte, News und Interviews. Hier findest du spannende Videos rund um die Bundeswehr: z.B. „Kasernenalltag in 360°“, „Fallschirmjäger, Heeresflieger oder Pioniere: Wir geben dir einen Einblick in die Truppen des Deutschen Heeres.“

Außerdem gibt es: Kostenlose Posterbestellung, ein WM-Tippspiel und vieles mehr, das Krieg und Armee cool erscheinen lassen und im Alltag und den Köpfen junger Menschen verankern soll.

(Julian)

Brot & Spiele

oder wie die Ermächtigungsregierung Gesetze macht, während alle Fußball schauen.

Am 5. Juni 2014, das ganze Land war schon im Fußballfieber, hat der Bundestag ein neues Gesetz zu den gesetzlichen Krankenkassen beschlossen. Verabschiedet wurde dieses Gesetz mit der Mehrheit der Ermächtigungsregierung. Das Gesetz, das angeblich der Weiterentwicklung von „Finanzstruktur und Qualität“ der gesetzlichen Krankenversicherung dienen soll, friert den Arbeitgeberanteil, also den Anteil, den die Kapitalisten zahlen, ein. Dabei heißt „einfrieren“ langfristig allerdings wegen allgemeinem Preisanstieg und Weiterentwicklung der Medizintechnik eine Verkleinerung. Bei gleichbleibendem Kapitalistenanteil wird die Möglichkeit, medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen also verkleinert.

Das war aber noch nicht alles. Was die gesetzliche Krankenkasse von der privaten unterscheidet, ist das Recht der privaten Krankenkasse ihre Beitragssätze beliebig hoch zu gestalten, während die Beiträge der gesetzlichen Krankenkasse allein durch den Gesetzgeber festgelegt werden dürfen. Um aber die „Qualität“ der staatlichen Krankenkassen zu verbessern beschließt die Notstands-Bundesregierung, beziehungsweise ihr Puppentheater im Parlament, die Beiträge um 9% zu senken, anstatt aber das fehlende Geld beim Kapital zu holen, werden prozentuale Zusatzbeiträge eingeführt. Zusatzbeiträge, die eben nicht mehr gesetzlich beschlossen werden, sondern vom Verwaltungsapparat der staatlichen Krankenkassen bei Bedarf festgelegt werden ohne gesetzliche Deckelung nach oben oder eine Bindung an das Einkommen des Versicherten. Im Schatten großer Fußball-Veranstaltungen die größten Gesetze gegen das Volk zu beschließen, hat in Berlin mittlerweile schon Tradition: 2006 wurde die Mehrwertsteuer erhöht, und 2010 wurde die Krankenkassenbeiträge schon einmal erhöht.

Am 27. Juni 2014, das Achtelfinale stand vor der Tür,

im Bundestag wird das Erneuerbare-Energien-Gesetz durchgepeitscht. Ein Gesetz, das weiterhin dafür sorgt, dass das Volk die hohen Strompreise und die Kosten des Energiewende-Desasters trägt, während die Industriemonopole den Strom fast zum Nulltarif bekommen. Die Große Koalition, die sich vor keiner Opposition fürchten muss und das sehr genau weiß, legte den Abgeordneten wenige Stunden vor der Beratung des Gesetzesentwurfs nochmal 204 Seiten Änderungsantrag vor. Mit dem Hinweis, dass man doch wenigstens die 5 Seiten Zusammenfassung lesen könne. Mit der Ermächtigungsregierung wird das Parlament zu einem schlechten Witz gemacht und das wird auch offen gezeigt! Eine Opposition die sich so vorführen lässt, wird nicht ausgeschaltet, sondern ist gar nicht existent.

Während dem Achtelfinale Deutschland – Algerien lädt der Verteidigungsausschuss zur Sachverständigenanhörung zum Thema Drohnen. Die Anhörung von drei Rechtsprofessoren, vier Militaristen (der Wehrbeauftragte des Bundestags, der Befehlshaber des Einsatzführungskommando der Bundeswehr, ein Vertreter der Bundeswehrrahmen Stiftung Wissenschaft & Politik und ein Vertreter des Deutschen Bundeswehrverbands), und einer etwas klein geratenen Gegenfraktion (zwei Einzelpersonen), soll die für das deutsche Militär strategisch wichtige Anschaffung von unbemannten militärischen Drohnen möglich machen.

Man sieht, wenn nur für ein paar Wochen das bisschen Kontrolle von Presse und Öffentlichkeit nachlässt, welche normalerweise noch stattfindet, kommt ein Gesetz nach dem anderen gegen uns. Und durch den schwarz-rot-goldenen Rausch bekommt keiner mehr mit, welche Angriffe die Regierung durchgeführt hat.

(Manel)

Überwachung & Datenschutz

„Geldwäschegesetz“ ermöglicht umfassende Kontoüberwachung

Wie einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage von Andrej Hunko zu entnehmen ist, wird der Tatbestand der „Terrorfinanzierung“ immer häufiger als Grund für eine flächendeckende Überwachung von Kontenbewegungen genutzt: „Legitimiert durch das Geldwäschegesetz und andere Regularien, können in großem Umfang auch Sozialbehörden Kontenabfragen durchführen. Eigentlich müssen sie die Betroffen-

nen darüber informieren. Ob sie das tun, entzieht sich der Kenntnis der Bundesregierung. Nach ihren Angaben ist die Zahl der Kontenabrufe durch sogenannte Bedarfsträger, insbesondere durch Gerichtsvollzieher, rasant angestiegen: Im ersten Halbjahr 2013 waren es noch knapp 24.000 Abfragen, im zweiten schon 49.000, und in den ersten sechs Monaten dieses Jahres fast 66.000. Und das zur Geldwäscheverhinderung

bereitgestellte Personal hat sich zwischen 2011 und 2013 mehr als verdoppelt.“¹

Kriegsministerium und BND wollen soziale Netzwerke ausspionieren

Das Kriegsministerium startete im Mai 2014 ein Softwareentwicklungsprojekt mit dem Titel „Wissenserschließung aus offenen Quellen“ (WeroQ). Nachdem die Bundesregierung monatelang behauptete, Soziale Netzwerke wie Facebook seien nicht Ziel der künftigen Internetüberwachung durch die Armee, musste sie mittlerweile das Gegenteil zugeben.²

Auch das Bundeskriminalamt und der Bundesnachrichtendienst lassen von der Fraunhofer Gesellschaft und der Bundeswehruniversität neue Software zur Onlineüberwachung entwickeln.³ „Welche Firmen oder Institute Einzelaufträge erhalten, welche Kosten entstehen oder wann die Forschungen beendet sein sollen bleibt aber offen. Jedoch heißt es, dass durch die neuen digitalen Spähwerkzeuge ‚Stimmungen in der Bevölkerung‘ aufgespürt werden sollten [...]. Die Forschungen an WeroQ laufen bis Ende Dezember 2016, geplant sind Haushaltsmittel in Höhe von 1,35

Millionen Euro. Nicht ganz klar ist, wo die entwickelten Anwendungen dann eingesetzt werden sollen. In der Antwort heißt es dazu, sie sollten ‚in ein Führungsinformationssystem der Bundeswehr überführt werden.‘⁴ „Die Analysetools Textrapic und Brandwatch werden bereits von dem Zentrum Operative Kommunikation der Bundeswehr eingesetzt, um das sogenannte Informationsumfeld bei Auslandseinsätzen aufzuklären. Beide Programme werten sämtliche verfügbaren öffentlichen Quellen aus und damit auch soziale Netzwerke.“⁵

BND plant Echtzeitüberwachung

„Der Bundesnachrichtendienst will künftig soziale Netzwerke wie Twitter und Facebook ausforschen können, noch während die Nutzer aktiv sind [...]. Das Projekt läuft intern unter dem Titel ‚Echtzeitanalyse von Streaming-Daten‘ und ist Teil einer sogenannten ‚Strategischen Initiative Technik‘ (SIT). Die Kosten des Programms, das vorerst bis 2020 laufen soll, werden vom BND insgesamt auf rund 300 Millionen Euro beziffert.“⁶

(Julian)

¹ Frielinghaus, Jana: Grundrechte geschleift. Kampf gegen „Terrorfinanzierung“. In: Junge Welt vom 16.10.2014, <https://www.jungewelt.de/ansichten/grundrechte-geschleift>.

² Monroy, Matthias: Verteidigungsministerium entwickelt ebenfalls Software zum automatisierten Ausspähen von Twitter und Facebook, <https://netzpolitik.org/2014/verteidigungsministerium-entwickelt-ebenfalls-software-zum-automatisierten-ausspaehen-von-twitter-und-facebook/>.

³ Monroy, Matthias: Big Data auch beim Militär: Verteidigungsministerium forscht mit Fraunhofer und IBM zu „Wissenserschließung aus offenen Quellen“, <https://netzpolitik.org/2014/big-data-auch-beim-militaer-verteidigungsministerium-forscht-mit-fraunhofer-und-ibm-zu-wissenserschliessung-aus-offenen-quellen/>.

⁴ Monroy, Matthias: Verteidigungsministerium entwickelt ebenfalls Software zum automatisierten Ausspähen von Twitter und Facebook, <https://netzpolitik.org/2014/verteidigungsministerium-entwickelt-ebenfalls-software-zum-automatisierten-ausspaehen-von-twitter-und-facebook/>.

⁵ Bundeswehr wertet bei Aufklärung auch soziale Medien aus. <http://www.datenschutz.de/news/detail/?nid=6703>.

⁶ BND will soziale Netzwerke live ausforschen, <http://www.sueddeutsche.de/digital/auslandsgeheimdienst-bnd-will-soziale-netzwerke-live-ausforschen-1.1979677>.



AKTIONEN gegen den Notstand der Republik

**100 Jahre I. Weltkrieg • 75 Jahre II. Weltkrieg • 15 Jahre Angriffskrieg
gegen Jugoslawien – Stoppt den deutschen Kriegskurs!**

Jugendbündnis gegen Krieg und ein Vertreter der SKOJ auf Veranstaltungsrundreise

2014 ist ein Jahr der unrühmlichen und verhängnisvollen Kontinuität deutscher Aggressionen: es jährte sich der Beginn des Ersten Weltkriegs 1914, in den das Deutsche Reich allen geschichtsrevisionistischen Tendenzen zum Trotz eben nicht „hineingeschlittert“ ist. Es jährte sich der offizielle Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939, der nicht nur unermessliches Leid und Zerstörung für einen Großteil der Welt zur Folge hatte, sondern mit der industriellen Vernichtung von Menschen, dem größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte, auch gezeigt hat, wie weit ein krisengeschüttelter Kapitalismus zu gehen bereit ist. Und es jährte sich zum fünfzehnten Mal der Beginn der Bombardierung und des Angriffskriegs gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Jahr 1999.

Diese Jahrestage zum Anlass genommen lud das Jugendbündnis „Stoppt den deutschen Kriegskurs im März 2014 einen Vertreter der Union der Jungkommunisten Jugoslawiens (SKOJ) ein, um gemeinsam an die Verbrechen der deutschen Außenpolitik zu erinnern und gegen die Vorbereitung künftiger deutscher Kriege den Kampf aufzunehmen. Auf einer Rundreise durch Essen, Bremen, Dresden, Ingolstadt, Regensburg und Frankfurt/Main wurden Veranstaltungen abgehalten, in denen der Genosse der SKOJ über die bis heute anhaltenden Konsequenzen des Krieges gegen Jugoslawien berichtete, in dem die lange vorbereitete Zerschlagung Jugoslawiens durch Schürung der innerjugoslawischen Konflikte mit Bomben besiegelt wurde. In einer anschließenden Rede des Jugendbündnisses forderten wir den Zusammenschluss der fortschrittlichen Kräfte gegen kommende und in Vorbereitung befindliche deutsche Kriege.

Die Veranstaltungsrundreise zeigte Folgendes: Wir wissen viel zu wenig über das Land, das mit Soldaten und Partisanen unter großen Opfern nicht nur die eigene sondern auch die Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus erkämpfte, dessen volksdemokratischer und friedlicher Wiederaufbau aus Trümmern den westdeutschen Herren schon sehr bald ein Dorn im Auge war und das das erste Opfer des größer gewordenen Deutschlands wurde. Bei den Schulverteilungen zur Mobilisierung für die Veranstaltungen wurde dies auch deutlich: Die Zerschlagung Jugoslawiens hat scheinbar ihren Einzug in die Ge-

schichtsbücher noch nicht, dafür aber in die Erdkunde-Atlanten gefunden, da kaum jemand mit „Jugoslawien“ etwas anfangen konnte.

In Bremen wurde die Veranstaltung mit der Bilecanika, einem jugoslawischen Partisanenlied, eröffnet, bevor der Genosse der SKOJ von den Kriegsfolgen für sein Land berichtete: Das während des II. Weltkrieges geschriebene Lied schildert das Lagerleben, doch weist es in all dem Elend auf das neue Leben hin, ein Leben ohne Unterdrückung und Krieg. Anlass genug, nach drei deutschen Überfällen auf die östlichen Nachbarn den Wurzeln für Krieg und Unterdrückung den gemeinsamen Kampf endlich aufzunehmen.



In Regensburg waren an die 60 Besucher gekommen. Das Publikum erfuhr, was es heißt, wenn ein kleiner Junge die Bombardierung seines Landes mitbekommt. Nicht aus dem Fernseher, sondern aus dem Luftschutzkeller. Nicht aus Erzählungen, sondern auf der Flucht in den Wald. Als der Vater wieder nach Hause kam, war er nicht mehr derselbe. Der letzte Rest des sowieso schon zerstückelten Jugoslawiens, die noch übriggebliebene Bundesrepublik Jugoslawien, wurde völkerrechtswidrig und federführend durch den deutschen Imperialismus 1999 um 100 Jahre zurück in die Geschichte gebombt.



Am 15. Jahrestag des Beginns der Bombardierung Jugoslawiens (24. März 1999) wurden außerdem in vielen Städten Aktionen zur Mahnung an den Jugoslawien-Krieg durchgeführt. In München, wie andersorts, zeigte eine Demonstration von Kriegsgegnern: Es gibt sie, die Stimmen gegen den Krieg! Hier, wie in vielen anderen Städten wurde symbolisch eine Brücke besetzt, und zwar die Ludwigsbrücke, die 15 Jahren zuvor, während des Krieges besetzt worden war – aus Solidarität mit den jugoslawischen Bürgern, die unter Einsatz ihres Lebens Donaubrücken besetzten, um sie vor dem feigen und militärisch völlig sinnlosen Beschuss durch deutsche Tornados und Nato-Bomber zu schützen.

Während der Aktionen waren folgende Losungen zu sehen:

„100 Jahre I. Weltkrieg • 75 Jahre II. Weltkrieg • 15 Jahre Angriffskrieg gegen Jugoslawien – Heute die Ukraine und morgen wieder gegen Russland, die USA und den Rest der Welt?“ und „Generalplan Ost – 1990 DDR, 1999 Jugoslawien, 2014 Ukraine...

Stoppt den deutschen Kriegskurs!“

In Essen fand eine Kundgebung statt: Das Essener Publikum auf dem Willy-Brandt-Platz musste sich, wenn es die Parolen gegen die Kontinuität deutscher Kriegspolitik lieber übersehen wollte, an zwei 6m-Transparenten vorbei drücken. Einzelne Passanten waren froh, die Kundgebung zu sehen und sich einige der vom Jugendbündnis und den Unterstützern der Veranstaltung, dem Kölner Unterstützerkreis „Das Begräbnis oder die Himmlischen Vier“ und dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, gehaltene Reden anhören zu können. So z.B. ein russischer Staatsbürger, der regelrecht erleichtert war, dass nicht alle in der BRD der Hetze gegen Russland zustimmen und wenigstens ein paar die deutsche Brandstiftung in der Ukraine offenlegen.

Warum machten wir diese Aktionen genau am 24. März?

Am 24. März 1999, vor 15 Jahren, flogen zum dritten Mal innerhalb eines Jahrhunderts deutsche Bomben auf dem Balkan. Es war der erste deutsche Angriffskrieg, nachdem 1945 die Völker der Welt unter größten Anstrengungen und immensen Verlusten den Hit-

lerfaschismus niedergedrungen und den deutschen Drang nach Ost- und Südosteuropa in die Schranken gewiesen hatten. 35.000 Lufteinsätze in 78 Bombennächten, 1800 ermordete Zivilisten, Tausende Verwundete, 1 Million Flüchtlinge und Vertriebene. Zerstört wurden die Raffinerien, das Wasser- und Energiewesen, große Teile des Straßen- und Eisenbahnnetz, ganze Dörfer und Wohnviertel lagen in Schutt und Asche, zerbombte Universitäten. Zerstört wurden TV- und Radio-Stationen, Museen, Friedhöfe, Gedenkstätten, darunter Gedenkstätten an die im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht erschossenen jugoslawischen Bürger. Zerstört oder beschädigt wurden 422 Schulen, Kindergärten und andere Bildungseinrichtungen, 19 Bahnhöfe, 13 Flughäfen, 82 Brücken, 110 Krankenhäuser sowie etwa 50 Klöster und kirchliche Einrichtungen. Fast vollständig zerstört wurden die Industriezentren von Belgrad, Novi Sad, Nis und Kragujevac. Kurz: das Land wurde in die Steinzeit zurück gebombt. Und das alles, wie Bundeskanzler Schröder sagte, um „eine humanitäre Katastrophe zu verhindern“.

Dies alles geschah durch Bruch des Völkerrechts und der UN-Charta, Deutschland hatte die Zerschlagung eines souveränen Staates angeführt, sich endgültig von der Nachkriegsordnung losgerissen und wieder aufgeschwungen zum Tonangeber in der Welt. Und mit diesem Deutschland haben wir es heute zu tun: Jugoslawien ist weder für die Verbrechen der Wehrmacht, noch für die der Bombardierung durch deutsche Bomber 1999 entschädigt worden. Die Kriegsverbrecher hierzulande sind auf freiem Fuß. Mehr noch: auf dem Eroberungsfeldzug wird fröhlich weitermarschiert. Die neue Regierung hat Krieg und Militäreinsätze gänzlich enttabuisiert. Deutschlands Sicherheit und deutsche Interessen werden längst nicht mehr nur am Hindukusch verteidigt, sondern weltweit, skrupellos und nach alter Manier. „Nie wieder Krieg von deutschem Boden aus“ – das ist das Versprechen an die Völker der Welt, das wir bis heute nicht eingelöst haben. **In diesem Sinne: Stoppt den deutschen Kriegskurs!**

(Lisa)



Die internationale Antikriegsaktion Klassenkampf statt Weltkrieg fährt durch die Republik

Einleitung

Organisiert von einer internationalen Aktionseinheit aus tschechischen, polnischen und deutschen Kriegsgegnern fährt ein Zug aus historischen LKWs gegen den Krieg. Mit Unterstützung des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik fuhr er bereits 2011 von Berlin nach Gdansk und 2013 bis nach Prag (Siehe auch: Infobriefe Nr. 9 bis 14).

Im Mai 2015, zum 70. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus, soll der Zug nach Warschau fahren, erinnernd daran, dass der deutsche Krieg von den

Völkern besiegt werden kann und besiegt wurde. „Für unsere und eure Freiheit!“

Bis dahin sind drei LKWs der Aktion unterwegs, um auf die Aktion aufmerksam zu machen. Sie waren bereits in einigen Städten, worüber wir im folgenden berichten, sie werden aber auch noch eine ganze Reihe Städte besuchen (siehe Ankündigung nächste Seite).

*Lösung des polnischen Widerstandes, an die deutschen Arbeiter gerichtet.



Mach mit!

Warum?

Blickt man heute in die Zeitung, liest man über immer mehr Brandherde in der Welt. Die Herrschenden in den imperialistischen Ländern sind weder gewillt noch in der Lage sie zu löschen. Im Gegenteil sie sind die Verursacher. Die Herrschenden der BRD ganz vorne mit dabei. Deswegen müssen wir den Kampf gegen sie führen, hier und in Zusammenarbeit mit den Kriegsgegnern aus anderen Ländern. Denn es wird nicht bei den regionalen Kriegen bleiben, diese markieren nur den Weg zu einem neuen Weltkrieg. Es geht um die Neuaufteilung der Welt. Die BRD drängt weiter nach Osten, die Ukraine ist nur ein Beispiel. Aber auch die anderen Großmächte wollen ein Stück vom Kuchen. Hier endet der „friedliche“ Weg des Raubs und der Ausplünderung.

Ein System, das nur noch Zerstörung und keinen Fortschritt mehr kennt, kann nicht überleben und die Völker können nicht mehr in diesem System überleben. „Die Kapitalisten wollen keinen Krieg – Sie müssen ihn wollen“ hat Bertolt Brecht geschrieben. Heute müssen sie längst wollen, die Erde beginnt zu brennen. Aber wir müssen nicht wollen. Wir wollen keinen Krieg. Das Land, aus dem wir kommen hat zwei Weltkriege angezettelt. Mit uns kein drittes Mal!

Darum!

Unterstütze die internationale Antikriegsaktion Klassenkampf statt Weltkrieg. Sei dabei, wenn die LKWs bei dir in der Nähe sind! Fahr mit, wenn der Zug im Mai 2015 nach Warschau fährt! Helfe die Aktion bekannt zu machen! Spende!

(Julia)

**Nehmt
teil!**

INTERNATIONALE ANTIKRIEGSAKTION zum 75. Jahrestag des Antikriegstag in den Jahren 2014/15

IM JAHR 2014

**Republik Polen + annektierte DDR
+ BRD**

31. August: Zgorzelec, Görlitz, Zgorzelec:
1. September

**Internationale Veranstaltung
zum Antikriegstag,**

5. September - 12. September: Hof, Schweinfurt,
Köln, Leverkusen, Duisburg, Oberhausen, Essen,
Bochum, Bremen

Zweite Staffel:

Antikriegszug

Klassenkampf statt Weltkrieg

Neue Termine

Hessen

- ▶ 8. November: Frankfurt
- ▶ 9. November: Frankfurt
- ▶ 10. November: Frankfurt

Rheinland-Pfalz/

Baden-Württemberg

- ▶ 11. November: Ludwigshafen
- ▶ 11. November: Mannheim
- ▶ 12. November: Germersheim
- ▶ 12. November: Würth
- ▶ 12. November: Karlsruhe
- ▶ 13. November: Rastatt
- ▶ 14. November: Stuttgart

Bayern

- ▶ 20. November: Regensburg
- ▶ 21. November: Regensburg
- ▶ 22. November: Regensburg
- ▶ 23. November: Regensburg

IM JAHR 2015

Dritte Staffel:

Antikriegszug

Klassenkampf statt Weltkrieg

Neue Termine

Bayern

- ▶ 20. Februar: München
- ▶ 21. Februar: München
- ▶ 22. Februar: München
- ▶ 23. Februar: Ingolstadt
- ▶ 24. Februar: Nürnberg
- ▶ 25. Februar: Nürnberg
- ▶ 26. Februar: Nürnberg

Niedersachsen

- ▶ 27. Februar: Göttingen
- ▶ 18. März: Wolfsburg

Hamburg

- ▶ 19. März: Hamburg
- ▶ 20. März: Hamburg
- ▶ 21. März: Hamburg



2015: von BERLIN nach WARSCHAU

Zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus

Die erste Etappe von Zgorzelec bis Bremen

Aus dem Zug-Tagebuch von der Homepage der Aktion (www.himmlischevier.de)

Görlitz und Zgorzelec – Der Antikriegszug in zwei Welten

Anlässlich des Antikriegstags am 1. September 2014 startete der Zug in den deutsch-polnischen Grenzstädten Görlitz und Zgorzelec.

31.8.2014 in Görlitz

Am 31. August in Görlitz durchfuhr der Zug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ eine Stadt, die zeigt, was es hieß und heißt, nach der Annexion unter die deutschen Imperialisten zu fallen. Er fuhr an Reihen von Wohnblocks vorbei, die aufgegeben sind und verfallen. Er fuhr durch eine Stadt, die sich entvölkert, weil sie ihre Arbeit und mit ihrer Arbeit ihre Seele verlor.

Er sprach zu einer Bevölkerung, die abgestumpft schien, und wie sie Brecht gemeint haben musste, als er von Menschen schrieb, die „schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen“. Und doch ist da die Passantin, die ihre Geldbörse in die Spendendose entleert.



Sind da die Jugendlichen, die sich ein Stück dem Zug anschließen. Schließlich ist der Kampf gegen den Krieg der Kampf um ihre Zukunft. Ein paar hundert Meter weiter, über die Görlitzer Neiße, und wir sind in einer anderen Welt. Der Zug fährt durch Wohnviertel der Arbeiter. Fast jeder nimmt die Flugblätter der internationalen Aktionseinheit. Sie werden nicht nur entgegengenommen und in den Taschen verstaut. Sie werden an Ort und Stelle und von A bis Z durchgelesen. Autofahrer scheuen sich nicht, den Verkehr zu blockieren, um ein Flugblatt zu bekommen.

Ein polnischer Motorradklub begrüßt den Zug mit Hupen und Winken. Großeltern schicken ihre Enkel aus den Hochhäusern nach unten, Flugblätter holen. Die Balkone sind voller Menschen, von denen uns viele applaudieren. Die Menschen auf den Gehsteigen umrunden bei jedem Halt den Zug, um sich alle Agitationstafeln anzuschauen und durchzulesen. Es gibt auch andere Meinungen, und sie werden von Gegnern des Aktionszugs deutlich geäußert. Gut so – wo die Menschen sich polarisieren, wo Haltung auf Haltung prallt, da ist das ein guter Boden für den Klassenkampf. Es ist die Gleichgültigkeit, die ihn so unendlich erschwert.

Arbeiter aus Betrieben in der BRD reden vom Agitationswagen der Arbeiter und der Jugend, und ebenso die polnischen Mitkämpfer der Kommunistischen Partei Polens. Die Jugend bekommt Verstärkung. Polnische Jugendliche fahren mit und helfen mit, zwei Aufführungen der szenischen Darstellung gegen den deutschen Krieg in den Wohnvierteln der Werktätigen durchzuführen.

Die Teilnehmer aus der BRD und der annektierten DDR sind sich einig: Wenn wir einen solchen Boden für unsere Agitation bei uns überall hätten...!

1. September, 75. Jahrestag des Antikriegstags

Die Wohnviertel sind leerer an diesem Tag – es ist Arbeitstag in Polen. Die Straßen aber sind voll festlich gekleideter Schüler.

Der 1. September ist der Tag des Schulbeginns in Polen. Früher, so wird uns erzählt, war das auch der Tag, an dem des Kriegsbeginns ebenso gedacht wurde wie der Opfer Polens, der Toten des Widerstands gegen die hitlerdeutsche Aggression, des Widerstands, der nach dem Sieg der Völker des 8. Mai 1945 den Aufbau Volkspolens und des Sozialismus in Polen ermöglicht hat. Man berichtete den Schülern darüber. Was sie wohl heute zu hören bekommen? Auf jeden Fall bekommen sie zu lesen: in großer Zahl gehen unsere Flugschriften in polnische Schülerhände.

Die Stadtverwaltung von Zgorzelec hat eine andere politische Haltung als die Menschen in der Stadt. Im Vorfeld des 1. September schon hatte uns der stellvertretende Bürgermeister erklärt, am liebsten würde er den Aktionszug in seiner Stadt vollständig verbieten. Aber das gehe nun mal leider nicht. Die Polizei zieht nun ihre Schlüsse aus der Reaktion der Werktätigen von Zgorzelec. Sie unterbindet jeden Halt des Zugs außerhalb der angemeldeten Kundgebungsorte. Wo die Polizei aus einer Volkspolizei zu einem Unterdrückungsinstrument gegen die Mehrheit des Volks geworden ist, sieht sie es eben nicht gerne, wenn das Volk den Reden gegen den Krieg der Herrschenden zuhört und Beifall zollt.

Am Postplatz schließlich die Abschlusskundgebung.

Es sprechen ein Vertreter des Aktionsbüros „Klassenkampf statt Weltkrieg“, ein polnischer Mitkämpfer. Dann redet Roman Münzer, Arbeiter bei Mercedes in Wörth, geboren in Polen. Einer von so vielen Polen, die ihr Land verlassen haben und noch verlassen werden, auf der Suche nach Arbeit in anderen Ländern. Er berichtet, wie diese BRD keineswegs ein gelobtes



Land für die Arbeiter ist. Er berichtet von Leih- und Zwangsarbeit, von Arbeitshetze und dem Lohn, der nicht reicht und nach Polen geschickt werden muß, damit die Familie so eben lebt. Er berichtet von polnischen Vätern, die das Aufwachsen ihrer Kinder nur per Internet erleben. Und er berichtet, wie sie in Wörth die gepanzerten Fahrzeuge bauen, die vielleicht bald gegen die Brüder in Polen rollen werden. Er ruft auf, daß die Arbeiter sich über die Grenzen hinweg zum Kampf zusammenschließen und mithelfen, daß der Zug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ im nächsten Jahr von Berlin bis Warschau fährt.

In polnischer, tschechischer und deutscher Sprache rufen Jugendliche auf, dabei zu sein im Mai 2015, gegen den drohenden Krieg, von Berlin nach Warschau. Als die Mitglieder des Sprachchors des Agitationszugs ein polnisches Partisanenlied des Widerstands gegen den Hitlerfaschismus anstimmen, singen so manche von den Zuschauern mit. Adressen werden gesammelt und ausgetauscht. Man wird im Kontakt und zusammenbleiben, wenn es gilt: Gegen den Krieg, für eine Welt der Arbeiter und der Werktätigen.

7. + 8.9.2014

Die Antikriegsaktion in Köln

Die internationale Antikriegsaktion "Klassenkampf statt Weltkrieg" wird in der Stadt Köln massiv durch Polizeischikanen angegriffen. Mit seinen drei historischen Lastwagen, den szenischen Darstellungen auf ihnen wir mit dem den Wagen als Demonstration folgenden "Unbekannt Geschlecht" (Bertolt Brecht) stellt dieser Aktionszug ein politisches Kunstwerk dar, das sich durch die Straßen Kölns bewegt. Die Polizei in NRW behandelt ihn nicht als Kunstwerk. Sie will bestimmen, wann, wo und wie dieser Zug sich bewegt. Das ist nicht nur ein Angriff auf die Freiheit der Kunst, wie er auch in Köln in verschiedenen Verwaltungsgerichtsurteilen (z.B. aus dem Jahr 1981, bestätigt im Jahr 2009) zurückgewiesen wurde. Damit, dass die Polizei sich über diese Rechtsprechung hinwegsetzt, greift sie nicht nur die Freiheit der Kunst an, sondern auch Recht und Freiheit der Demonstration. Das geht alle Demokraten an. Heute diese Antikriegsaktion, morgen jede Demonstration oder Kundgebung, die der Polizei nicht genehm ist. Die Teilnehmer an der Antikriegsaktion gaben deswegen am Samstag Abend die folgende Erklärung ab, die sie am Sonntag und Montag zu ihrer Antikriegsaktion in Köln als Flugblatt vertreiben wird:

WIR WERDEN DIESE STADT NICHT DER POLIZEIWILLKÜR ÜBERLASSEN!

Bürger Kölns,

ihr lebt in einer Stadt, in der die Obrigkeit die Freiheit der Kunst, das Recht, frei seine Meinung auf die Straßen Kölns zu tragen durch gesetzwidriges Handeln einer Polizeibehörde untersagt. Das bestehende Grundgesetz, das bestehende Versammlungsgesetz ist hier ein Fetzen Papier.

Die Polizeiwilkkür bestimmt, was in dieser Stadt gesagt werden darf und vor allem, wie und wo es gesagt werden darf. Wer die Herrschenden brandmarkt, dass sie erneut und zum dritten Mal den Völkermord in Europa vorbereiten und wer dies in Anlehnung von Bertolt Brecht durch einen Antikriegszug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ in Köln aufführen will, wird mit polizeilicher Willkür daran gehindert. Wir lassen uns dies nicht gefallen.



Der Erhalt des Friedens braucht den Widerstand gegen diese Despotie und euren Widerstand dagegen.

Wir fordern Euch auf, mit uns dieser polizeilichen Willkür in Eurer Stadt entgegen zu treten.

Kommt zum Zug „Klassenkampf statt Weltkrieg“

Klassenkampf bei den Ford-Werken

Am Sonntag, durch die Innenstadt, fährt der Zug mit Transparenten „Wir werden diese Stadt nicht der Polizeiwillkür überlassen!“ Trotz des Sonntags ist die Stadt nicht leer, und so haben die Kundgebungen auf dem Neumarkt, vor den Domtreppen am Hauptbahnhof ihre Zuschauer. Der Antikriegszug demonstriert durch die Straßen mit seinen Transparenten „Gegen den deutschen Krieg!“ „Für die Niederlage im dritten Weltkrieg“. Den Arbeitern bei Ford ist der Aktionszug für den Morgen des Montag angekündigt. Da wir gegen die Polizeischikanen vor das Verwaltungsgericht gezogen sind, werden wir am Morgen nicht nach dem Diktat der Polizei losfahren. Auch in dieser Nacht wird also ein Flugblatt erstellt, kopiert und am Montagmorgen vor den Fordwerken verteilt.

Und den Schichtwechsel lassen wir nicht aus. „Klassenkampf statt Weltkrieg“ steht vor den Toren 2 und 3 der Fordwerke in Niehl.

Roman Münzer, Arbeiter bei Mercedes in Wörth, wo schon lange wieder gepanzerte Fahrzeuge gebaut werden, und Gerhard Kupfer, Arbeiter bei Daimler in Bremen sprechen. Sie erklären: Der Krieg findet nicht nur in der Ukraine statt. Er ist längst angekommen in diesem Land. Die massenhafte Leiharbeit, die Werksverträge führen ohne den Kampf der Arbeiter in die Zwangsarbeit. Und die brauchen die Monopolkapitalisten, um Krieg führen zu können. Die bis zum Unerträglichen gesteigerte Arbeitshetze und Schweißauspressung in den Betrieben bereiten ebenso die Kriegswirtschaft, den bis aufs Äußerste angespannten Einsatz der Arbeitskraft vor, damit wieder „Räder für den Sieg“ rollen können. Kämpfen wir gemeinsam dagegen, wie es die Bremer Daimler-Arbeiter in ihren Streiks gegen Leiharbeit und Werksverträge getan haben!

Auf der Kundgebung des Zugs im Arbeiterviertel Kalk erreicht uns die Nachricht: Noch einmal hat das Recht des Volks vor Gericht obsiegt. Das Verwaltungsgericht untersagt der Polizei, die Regeln des Straßenverkehrs über die Freiheit der Demonstration zu stellen. Noch ein Urteil zugunsten des Volks.

Aber: Seid wachsam! Kein demokratisches Recht hält, das vom Volk nicht verteidigt wird.

Nach der Kundgebung in Kalk durch die Keupstraße, vor einigen Jahren Stätte eines blutigen Bombenattentats des staatlich geförderten Rassismus. Die Kölner Unterstützer waren im Vorfeld in den Geschäften und Läden der Straße unterwegs, erklärten, dass der Aktionszug mit der Germania, Mutter der Nation, mit dem General, der V2-Rakete, der Kanzlerin und dem Monopolkapitalisten wie auch mit den roten Fahnen der Arbeiter und der Jugend den Anwohnern aus den nationalen Minderheiten zeigen wird, was wir bekämpfen und wofür wir kämpfen. Entsprechend groß ist die Zustimmung, als der Zug durch die Straße rollt. Im selben Stadtviertel Mülheim findet die Abschlusskundgebung des Tages statt.



13.-16.9.2014:

Und Frau Merkel fährt doch auf einer deutschen V2-Rakete durch Bremen!

„Frau Merkel fährt auf einer deutschen V2-Rakete durch Bremen“. So war es angekündigt von der internationalen Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ für den 11. bis 13. September.

Warum fuhr Frau Merkel an diesen Tagen nicht? Der Kampf gegen die Polizeischikanen in NRW hatte den Aktionszug aufgehalten. Aber auch: Weil die „Ordnungsbehörde“ in Bremen, das Bremer Stadtamt nun in Bremen endgültig die Herrschaft über Kunst und Demonstration übernehmen wollte – und dabei gleich die Regie eines politischen Kunstwerke an sich reißen. Es sollte nach den Vorgaben für „Festumzüge“ behandelt werden: Bewegliche Darsteller auf den historischen LKWs nur bei Schrittgeschwindigkeit. Ob Kunst der Musik bedarf, sollte die Polizei entscheiden. Wie laut Kunst damit sein darf, sollte die Polizei bestimmen. Und über allem sollte thronen – die bundesdeutsche Straßenverkehrsordnung: Die rote Ampel regelt Kunst wie Demonstration.

Darüber wurde von der Antikriegsaktion nicht verhandelt. Dagegen ging sie vor das Verwaltungsgericht. Und war erfolgreich. Eben das Verwaltungsgericht teilte den Organisatoren am 12.9. mit: Die Ordnungsbehörden Bremens haben alle Auflagen gegen die Kunst- und Demonstrationsfreiheit aufgehoben!

Nun fährt die Kanzlerin also doch auf einer deutschen V2-Rakete durch Bremen. Der Zug mit seinen allegorischen LKWs, seinen Darstellungen, seiner Musik und seinem Sprachchor und seinen Reden der Arbeiter und der Jugend wird durch die Hansestadt fahren und zu sehen sein. Man triumphiere nicht zu früh. Jeder Erfolg in solchem juristischen Kampf ist ein zeitweiliger und braucht den beharrlichen Kampf der Demokraten und Kriegsgegner. Denn:

Das Bundesverfassungsgericht hat die im Eilverfahren angestrebte Verfassungsklage von „Klassenkampf statt Weltkrieg“ gegen die behördliche Willkür in NRW nicht zur Entscheidung angenommen. So sieht das Land aus. Der Krieg rückt näher, der Notstand der Republik ist Alltäglichkeit. Da ändern sich auch Verfassungsgerichte. Das BVG hebt seine demokratischen Entscheidungen auf, wonach die Freiheit der Kunst, die Freiheit der Meinungsäußerung und der Demonstration dem behördlichen, dem polizeilichen Eingreifen entzogen ist (Brokdorf Urteil, Urteil zum „Anachronistischen Zug – Freiheit und Democracy“). Wo Land und Volk zum Krieg ausgerichtet werden müssen, sind diese Freiheiten für den Kampf dagegen vom Staatsapparat nicht mehr hinzunehmen. So kämpft die internationale Antikriegsaktion nicht nur für ihre Freiheit. Sie kämpft für die Freiheit aller und braucht die Solidarität und praktische Hilfe durch jeden Freund des Friedens, jeden Kämpfer gegen den Krieg, jeden Antifaschisten und Demokraten.

13.09.14

Wo die roten Fahnen willkommen sind

Gröpelingen ist ein Bremer Stadtteil mit Geschichte. Zu Zeiten der Weimarer Republik war er eine Hochburg der Arbeiterbewegung, das heißt vor allem der KPD. Die Hitler-Faschisten mussten erst ihr Terror-Regime errichten, bevor sie es wagen konnten hier einen Fuß reinzusetzen. Auch nach 1945 wohnten hier vor allem Werftarbeiter. Diese Geschichte ist bis heute spürbar, obgleich der dahinsiechende Kapitalismus auch in Gröpelingen



seine Spuren hinterlassen hat. Erwerbslosigkeit und Leiharbeit, in Folge Armut zeichnen die Menschen hier, aber auf der anderen Seite auch einen große kulturelle Vielfalt. Umso willkommener waren die roten Fahnen. Als am Samstagmorgen die drei LKWs durchs Viertel fuhren, wurden sie überwiegend begeistert begrüßt. Sie kamen nicht überraschend, da die Bremer Unterstützer den Zug mit zahlreichen Publikationen und Aktionen angekündigt hatten. Auf dem Weg zur angekündigten Demonstration schlossen sich bereits die ersten Menschen an. Nach der Demonstration gab es eine kurze Kundgebung und eine weitere Tour durch den Stadtteil. Am Nachmittag erwies der Zug Friedrich Engels die Ehre mit einem Besuch bei dem Kontor, wo er einst gearbeitet hatte.



14.09.14

Bei den Hafenarbeitern auf der Betriebsversammlung

Solch ungewöhnlichen Besuch hatten die Arbeiter des Gesamthafen Betriebsvereins (GHBV) sicher noch nie auf ihrer Betriebsversammlung. Diese fand Sonntagmorgen im Konzerthaus Glocke statt. Als wenige Tage zuvor die LKWs vor dem Hauptbetrieb des GHB, der Bremer Lagerhaus Gesellschaft (BLG) mit Flugblättern angekündigt wurden, hatten einzelne Arbeiter den Verteilern vorgeschlagen mit der Aktion bei der Betriebsversammlung aufzutauchen. Die Idee nahmen wir natürlich gerne auf. Der GHBV ist so etwas, wie die Hauseigene Leiharbeitsfirma der Bremer Hafenbetriebe. Vor Ort sprachen Arbeiter und Jugendlichen zu den Leiharbeitern und mussten schnell lernen, wie diese ticken. Nachdem sich sowohl der Betriebsrat, als auch die Gewerkschaft verdi in den letzten Auseinandersetzungen stets kompromissbereit gezeigt hatten, ist das Misstrauen gegenüber einem Redner, der sich als IGM-Betriebsrat von Daimler vorstellt erst mal groß. Umso größer war die Begeisterung für das Lied, das mit folgenden Worten beginnt: Leiharbeit – So ein Dreck! / Werkvertrag – Der muss weg! / Unser Kampf – Welcher Zweck? / Für die Welt der Arbeitermacht!



Anschließend fuhren die LKWs durch das Hochhausviertel Tenever. Hier wohnen viele Menschen und auch viele Kinder, für die Krieg kein Fremdwort ist. Nicht wenige kommen z.B. aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion und beobachten die Vorgänge in der Ukraine mit kritischem Blick, was zu interessanten Gesprächen führte. Kinder dagegen sind eher Freunde der Tat und so krabbelten sie zahlreich auf den letzten LKW und fuhren ein Stück mit. Die Schalmeien-Spieler hingegen räumten den LKW, um zwischen den Hochhäusern auf die Aktion aufmerksam zu machen. Nicht wenige Bewohner schlossen sich in einer kleinen Spontandemo dem Zug an.



Ein Kontrast dagegen das gut situierte, aber auch traditionsreiche Steintorviertel. Hier war die späte 68iger Bewegung zu Hause und früher auch viele Nationale Minderheiten. Heute sind die Mieten in den schönen Altbremer-Häusern in die Höhe geschossen und die stinkenden LKWs passierten vor allem gut besuchte Cafés. Die Kundgebung auf dem Bremer Marktplatz beglückt mehrheitlich Touristen.



15.09.14

Krieg in der Automobilindustrie – Krieg in der Welt

Heute stand der kleine Aktionszug zwei Mal vor dem Mercedes-Werk in Sebaldsbrück, am Tor 7. Dort traf er auf die Situation, dass der Daimler-Vorstand eine Gewerkestrategie verfolgt, mit der jährlich 5,5 Mrd. € eingespart werden soll. Deswegen wird in allen Werken versucht Einsparungen



durchzusetzen. Dabei geht es meist um Fremdvergabe, Flexibilisierung der Arbeitszeit und höhere Austattung der Kollegen. Auch im Bremer Werk soll so ein Raubpaket abgeschlossen werden, aber die Kollegen werden aus Angst vor Streiks von der Werkleitung im Unklaren gelassen. Dazu durfte und wollte die Antikriegsaktion natürlich nicht schweigen.

Da einige Betriebsräte und Vertrauensleute aus dem Werk zu den Unterstützern von Klassenkampf statt Weltkrieg gehören und teilweise auch selbst mitfahren, wurde neben dem roten Flugblatt auch ein betriebliches-Flugblatt von ihnen verteilt.

Die Aktion schlug hier ein, wie eine Bombe und war auch noch Wochen später Gesprächsthema im Werk. Von Befürwortung und Respekt, bis hin zu „das bringt doch alles nichts“ war alles dabei. Auch die Herren der Werkleitung fühlten sich bemüßigt aus ihren schicken Büros herauszukommen, um mit juristischer Unterstützung die LKWs selbst in Augenschein zu nehmen.

16.09.14 Auf dem Parkhaus

Am Dienstag tauchten die LKWs erneut vor dem Mercedes Werk auf, diesmal allerdings vor dem Tor 9. Das kleine Flugblatt (siehe oben) wurde hier durch ein riesiges Transparent ergänzt, das gut sichtbar vom Parkhaus des Werkes herunter gelassen wurde. Das Transparent war aber nicht nur unübersehbar, es war auch unüberhörbar, denn es klangen auch die Schallmeien vom Parkhaus. Unten sprach ein Unterstützer der Aktion und zugleich IG-Metaller und Betriebsrat bei Mercedes über den Krieg in der Automobilindustrie und in der Welt.

Kurz darauf tauchte der Aktionszug vor dem Technischen Berufsschulzentrum Mitte auf, das auch viele Auszubildende von Mercedes besuchen. Hier redete ein Auszubildender aus Regensburg von der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken zu ihnen.

Die letzte Station in Bremen und damit der ersten Etappe des kleinen Aktionszuges war das Logistikzentrum BLG. Hier bot sich den Teilnehmern der Aktion ein schreckliches Bild. Die Kollegen müssen hier durch Stacheldraht und Gänge ins Werk laufen. Wer Leiharbeiter ist muss sich durchsuchen lassen oder durchsichtige Taschen tragen. Die Reden vom LKW wurden mit umso größerer Aufmerksamkeit aufgenommen.



MATERIAL zum Notstand der Republik

Lieber Infobrief-Leser,

du hältst den Infobrief Nr. 15 in Händen. Falls dies dein erster ist, hast du 14 Nummern, seit der erste im Februar 2009 erschienen ist, verpasst. Wir werden demnächst eine Broschüre mit den wichtigsten Artikeln aus diesen Infobriefen herausgeben. Falls du Interesse daran hast melde dich bei dem angegebenen Kontakt.

Vom JAA herausgegebene Broschüren

Broschüre vom Jugendkongress – Notstand der Republik in Berlin am 12. und 13. Mai 2007

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Der Staat
- Besonderheiten deutscher Demokratie und die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus
- Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Gewaltenapparate
- Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- Die fließenden Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit
- Die Hartz-Gesetze und deren Auswirkung auf die Jugend

Broschüre vom Aktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik in Nürnberg am 2. und 3. Februar 2008

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Zu den Ursachen des Notstands
- Mit den Gewerkschaften gegen den Notstand
- Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde
- Aktiv gegen den Heimatschutz!
- Die Demonstrationen vom 3.11.07

Preis je Broschüre: 2,00€.

Broschüre „Was ist der Bruch des Hausfriedens gegen den Bruch des Weltfriedens?“

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Zur Geschichte von Blohm & Voss
- Zur Kriegsgefahr heute – Warum solche Aktionen notwendig sind
- Die Aktion
- Der Prozess
- Solierklärungen
- Reaktionen der Presse
- Der Kampf geht weiter

Preis: 2,50€



Bestellung unter Angaben von Liefer- und Rechnungsanschrift bitte an: Info@Jugendkongress-NdR.org. Weitere Materialien vom Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik sowie alle bisher erschienenen Infobriefe befinden sich auf der Homepage (www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.org) und können von dort aus auch bestellt werden.

ANHANG

- Flugblatt des Jugendbündnis gegen Krieg „Stoppt den deutschen Kriegskurs“
- Flugblatt der FDJ zur zweiten Etappe des Aktionszug Klassenkampf statt Weltkrieg
- Flugblatt der SJD – Die Falken; Bezirk Niederbayern/Oberpfalz „Brot und Spiele“

100 JAHRE 1. WELTKRIEG · 75 JAHRE 2. WELTKRIEG · 15 JAHRE ANGRIFFSKRIEG GEGEN JUGOSLAWIEN



STOPPT DEN DEUTSCHEN KRIEGSKURS!

VERANSTALTUNGSRUNDREISE

Es spricht ein Vertreter der kommunistischen Jugend Jugoslawiens (SKOJ)
zu 15 Jahren Angriffskrieg und Besetzung Jugoslawiens und den Widerstand dagegen.

Es spricht ein Vertreter des Jugendbündnisses über die Kontinuität der deutschen Kriegspolitik.

Essen	Bremen	Dresden	Ingolstadt	Regensburg	Frankfurt/M.
Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
24.3.14	25.3.14	26.3.14	27.3.14	28.3.14	29.3.14
19:00 Uhr	19:00 Uhr	19:30 Uhr	19:00 Uhr	19:00 Uhr	10:00 Uhr
DBG Jugendkeller	Konsul-Hackfeld-	Cafe Zeitgeist	Gewerkschafts-	L.E.D.E.R.E.R.	DGB-Jugendclub
Teichstr. 4a	Haus	Großenhainer-	haus	Lederergasse 25	Wilhelm-Leuschner-
	Birkenstr. 34	str. 93	Paradeplatz 9		Straße 69-77

24. MÄRZ 2014 18:00 UHR - AKTION - JAHRESTAG DER BOMBARDIERUNG JUGOSLAWIENS

Willy-Brandt-Platz	Haltestelle Theater am Leibnizplatz	Prager Straße	Stadtamhof
--------------------	--	---------------	------------

Veranstalter

Bertolt Brecht Jugendprojekt und Agitproptruppe Roter Pfeffer, Freie Deutsche Jugend, Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik, Jugendsekretariat des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, La Resistance Ingolstadt, SDS Regensburg, Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, linksjugend [solid] Ingolstadt, DGB-Jugendrat Ffm, Kriegkstraße 12 – Ffm

Unterstützer

Revolutionärer Freundschaftsbund Dresden, KPD, 35 IG Metall Vertrauensleute und Betriebsräte des Mercedes Werkes Bremen, Unterstützerkreis Köln Klassenkampf statt Weltkrieg

STOPPT DEN DEUTSCHEN KRIEGSKURS!

Vor 100 Jahren: Der 1. Weltkrieg beginnt. Ein Krieg, der Millionen Menschen das Leben kostete und weite Teile Europas verwüstete.

Was haben uns unsere Lehrer erzählt, warum es zu diesem Krieg gekommen ist? Etwa, dass das große Schlachten 1914 begann, weil irgendein dahergelaufener Thronfolger in Sarajevo ermordet wurde? Etwa, dass die deutsche Schuld doch gar nicht so groß gewesen sein soll, wie die klugen Historiker von heute uns weis machen wollen? Woher kamen Kanonen, Granaten und Munition, wenn keiner den Krieg vorbereitet hatte und wollte? Wer profitierte davon?

Vor 75 Jahren: Der 2. Weltkrieg beginnt. Ein Krieg, der nicht nur zigfachen Millionen Menschen den Tod brachte, sondern auch die industrielle Vernichtung und Sklavenarbeit durch den deutschen Faschismus. Und was wird uns erzählt, warum es zu diesem Krieg gekommen ist? Einfach deswegen, weil es diesen Hitler gab? Woher kamen die Panzer und Flugzeuge, wer baute die Konzentrationslager, wer profitierte von der Ausplünderung der überfallenen Länder? Gewollt hat es niemand, aber passiert ist es trotzdem?

Vor 15 Jahren: Deutschland überfällt zum dritten Mal innerhalb des letzten Jahrhunderts ein Land, das Jugoslawien hieß. Warum griff die Bundeswehr mit ihren Tornados dieses Land an? Weil Albaner und Serben sich die Köpfe einschlugen? Weil die Bundeswehr sich plötzlich zum Beschützer von Flüchtlingen aufschwang? Warum begannen dann erst nach dem 24. März 1999, also nach dem Beginn des Angriffs durch NATO-Bomber, hunderttausende tatsächlich aus dem Kosovo zu fliehen? Warum starben mehr Menschen durch den Schutz der NATO-Bomben, als angeblich durch die "bösen" Serben zuvor ermordet wurden? Warum sagt ein jugoslawischer Jugendlicher: Sie sprachen von humanitärer Hilfe, warfen aber Bomben auf unsere Krankenhäuser, Schulen und Häuser. Muss es uns nicht aufhorchen lassen, wenn ein Jugendlicher das über eine „Hilfsaktion“ aus Deutschland sagt? Wer hat dieses Mal davon profitiert? Oder wollte es wieder niemand?

Und heute?

In der aktuellen Weltwirtschaftskrise zwingt die BRD anderen Ländern ihren Willen, ihre Kredite, ihr Militär und ihre Polizei auf. Zum Kampf um Einflussphären und Absatzmärkte, zur Sicherung der Profite der deutschen Großbanken und Konzerne. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung heißt das dann z. B. "*Rohstoffsicherung*" und "*Wir wollen die globale Ordnung aktiv mitgestalten*". An der Spitze marschieren Gauck, Merkel, van der Leyen und Co. Manchmal sprechen sie noch vom Frieden, der Krieg ist aber zum Programm erklärt.

Damit in diesem Land auch alles schön ruhig bleibt und sich niemand zur Wehr setzt, wurden die Bundeswehr und zivile Hilfsorganisationen in Stellung gebracht: Gegen sogenannte Unglücksfälle und Katastrophen. Die Unglücksfälle, die sie meinen, das sind – und das geben sie offen zu – streikende Arbeiter, Aufstände und Demonstrationen. Das richtet sich gegen alle, die sich gegen ihre Kriegspläne wehren könnten.

Bereits im Kindergarten ist die Bundeswehr aktiv, damit alle gleich von klein auf lernen: Die Bundeswehr, Bomben und Krieg sind notwendig für dieses Land, für dessen Sicherheit, für dessen Reichtum. Schulen, Universitäten und Ausbildungsstätten sind ein alltägliches Umfeld für die Rekrutierung der Bundeswehr, das weiß inzwischen jeder Schüler.

Die Ursachen, die Kriege bedingen, sind nicht beseitigt. Die Weltwirtschaftskrise, die seit 7 Jahren anhält, zeigt dies deutlich. Dieselben Interessen, die zu den angeblich nicht gewollten und nicht vorbereiteten Kriegen des 20. Jahrhunderts führten, gibt es auch heute noch. Vielleicht haben sich die Namen geändert, doch nach wie vor sind die an der Macht, denen der Krieg nützlich sein kann, um sich selbst und ihren Reichtum zu erhalten. Daran hat sich seit Beginn des 1. Weltkrieges nichts geändert.

Die „Union der Kommunistischen Jugend Jugoslawiens“ (SKOJ) wurde 1992 als Nachfolgeorganisation einer bereits 1919 gegründeten revolutionären Jugendorganisation wieder gegründet. Nach der Besetzung Jugoslawiens 1941 organisierte sie den Kampf gegen Krieg und Faschismus und wurde 1942 Teil der „Vereinigten Union der Antifaschistischen Jugend Jugoslawiens“. Heute wendet sich die SKOJ gegen imperialistische Einflussnahme in den Ländern Ex-Jugoslawiens sowie gegen die zunehmende Verelendung der Bevölkerung und kämpft für einen sozialistischen Staatenbund Jugoslawien – nicht um der Nostalgie, sondern um der Zukunft willen, weil die Völker Jugoslawiens in einem gemeinsamen sozialistischen Staat anders als heute in Frieden, Sicherheit und relativem sozialen und kulturellen Wohlstand leben konnten. Die SKOJ versteht sich als Organisation der Jungarbeiter und der erwerbslosen und studierenden Jugend.

Aber eine weitere Sache hat sich auch nicht geändert: Kriege sind nur notwendig für die einen – nicht für uns! Nicht wir hier profitieren von Tod und Zerstörung und ebenso wenig die Jugendlichen in zerstörten Ländern wie Jugoslawien. Mit dieser BRD wird es keinen Frieden geben. Dieses Land führt Krieg und es werden größere Kriege vorbereitet. Schauen wir nicht weiter zu, sondern nehmen wir die Sache in die Hand!

**SCHLIESST EUCH DEM KAMPF GEGEN
DIE DEUTSCHE KRIEGSVORBEREITUNG AN!**
Jugend-gegen-Krieg.de



Der gemeinsame Kampf gegen den Krieg muss weder langweilig noch fad sein – mach mit! Bring Freunde, Klassenkameraden, Kollegen, Geschwister, ... mit.

Gemeinsam sind wir eine **Macht**, die uns das **Kapital vom Halse schafft!**

Mach mit beim Anti-Kriegs-Kampf!

- Willst du auf Stahlfässern trommeln oder Schalmei spielen?
- Willst du mir Sprechchören und Liedern von einem besseren Leben berichten?
- Willst du Merkel und andere Figuren darstellen und damit entlarven?
- Willst du auf dem Jugendwagen, einem W50, mitfahren?
- Willst du dich bei der Gestaltung der Lastwagen beteiligen?
- Du bist technikbegeistert und willst an den LKWs schrauben?
- Willst du Fahrer oder Beifahrer eines LKW sein?
- Willst du Flugblätter verteilen?

Dann melde dich bei uns:
www.FDJ.de
ffm@FDJ.de
www.himmlischevier.de

Wenn ihr wissen wollt, wo wir uns in Frankfurt aktuell befinden, ruft an oder per SMS:

017624257023

Warum fährt Angela Merkel auf einer deutschen V2-Rakete vom 08.-10. November durch Frankfurt?

Ganz einfach, sie ist Teil einer Darstellung auf drei historischen LKWs, die in diesen Wochen durch viele Städte der BRD fahren, um vor dem drohenden deutschen Krieg zu warnen. Die Kommunistische Partei Deutschland ging 1932 mit folgender euch bekannter Losung auf die Straße:

„Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“

Viele belächelten diese! Die SPD unterstützte Hindenburg sogar. Am Ende, hieß es, habe keiner von was gewusst! Wir und ihr wisst es aber, was der deutsche Imperialismus auf der Jagd nach Profiten riskiert und vernichtet. Seit fünf Jahren wütet nunmehr die dritte Weltwirtschaftskrise. Es wird *zu viel* produziert. Klingt komisch, ist aber so! Das nennt man: Kapitalismus!

„Wenn Sie einmal sehen wollen, welcher Anstrengungen es tatsächlich bedarf, um die Wirtschaft aus einer Schuldenfalle zu befreien, dann betrachten Sie das massive, öffentliche Beschäftigungsprogramm, das die Große Depression beendete, besser bekannt unter dem Begriff ‚2. Weltkrieg‘“. (Paul Krugman, Ökonomenobelpreisträger 2009). Das sagt so einer heute. Was sagt unsereiner? Nicht viel, obwohl deutsche Soldaten nur noch 300 km westlich vor Stalingrad stehen. Ihre LKWs haben sie noch extra weiß angemalt, damit nicht alte Erinnerungen bei den Ukrainern hochkochen.

Der Ostlandritt der deutschen Armee wird zunächst durch Polen und Tschechien gehen müssen. Die Kriege und Krisen verschärfen sich und verschärfen tun sich auch die Widersprüche zwischen den stärksten Staaten, den Imperialisten. Deswegen haben sich Kriegsgegner aus der BRD, der annektierten DDR, aus der Tschechischen Republik und aus der Republik Polen gegen den drohenden deutschen Krieg in der Internationalen Anti-Kriegs-Aktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ zusammengeschlossen.

Im Jahr 2013 zog der Internationale Aktionszug mit seinen historischen LKWs nach Prag, erinnernd daran, wie 1938 mit dem Münchner Abkommen (sprich: der Auslieferung der Tschechoslowakei an Hitler) der 2. Weltkrieg begann.

Im Jahr 2015 wird der Internationale Aktionszug mit seinen historischen LKWs nach Warschau fahren - als Zug der Befreiung. Erinnernd daran, dass der 08. Mai 1945 vor allem dank der Sowjetunion und ihrer Roten Armee möglich gewesen ist. Schließ dich schon heute uns an, bevor es wieder zu spät ist.

Komm diesen Samstag am 08.11.2014 um 11:00 Uhr zur Uni-Bibliothek an der Bockenheimer Warte. Kämpf mit!

Eure und unsere Generation wird Eines von Beiden sicher erleben in diesem Land, in dem wir wohnen und das es zu verändern gilt. Also:

Lieber sozialistische Experimente als großdeutsche Katastrophen!

HER MIT DEM KLASSENKAMPF: FÜR EINE SOZIALISTISCHE WELT

Wir sind Jugendliche und sagen: Her mit Klassenkampf statt Weltkrieg! Warum? Weil wir tagtäglich feststellen, wie uns Leben und Zukunft schon heute kaputtgehauen wird. Ausbildung? Sicherer Arbeitsplatz? Genug zu essen für alle? Das ist Geschichte und wird Geschichte bleiben, wenn wir nichts tun. Ein Leben in Frieden – das kann es nicht mehr geben, weil sich weltweit der Kampf um Profit zwischen denjenigen immer mehr zuspitzt, die das Eigentum und den Reichtum in den Händen haben.

Und das merken wir hier, indem wir keinen Job mehr bekommen oder uns als Leiharbeiter verdingen müssen. Das wird sich nicht ändern: Guck Dir doch an, was gerade in der Ukraine los ist. Das ist ein Staat, in dem einst die Arbeiter herrschten. Ein Staat, der versuchte, die Ursache des Kriegs ein für allemal auszurotten, in dem nicht mehr große Herren auf Kosten der Arbeiter lebten. Diese Länder sollen nun unter den Herren verschachert

werden, ausgeplündert und zunichte gemacht werden. Die BRD hier wird alles tun, um dabei nicht als Verlierer dazustehen. Geübt ist sie darin bereits: Die DDR, auch ein Staat, der einmal versuchte, ein friedliches Land aufzubauen, hat sie bereits geschluckt. Das Werkzeug für diese Raubzüge sind wir: Laufen wir mit ihnen oder gegen sie? Eins ist sicher: Ohne uns kann es keinen Krieg geben! So wie das ukrainische Volk sich die Frage stellt, ob sie weiter Spielball der Profitgier sein sollen, müssen wir es erkennen, dass wir es sind, es erkennen, dass wir es sind, die Krieg oder Frieden, die es in der Hand haben. Also her mit dem Klassenkampf! Ihre Interessen sind nicht unsere Interessen! Ihr Krieg nicht der unsere! Und wenn unsere Großeltern in der DDR den Staat der Arbeiter schon mal aufbauen konnten, dann können wir das auch! Dann ist Schluss mit dem Krieg!

Stellungnahme der Freien Deutschen Jugend

**Krieg und Leichen –
die letzte Hoffnung der Reichen**
(John Heartfield)



Wer oder was ist die Freie Deutsche Jugend?

1933 kamen die Nazis an die Macht, auch weil die Antifa-Jugend in zig Organisationen zersplittert war. Statt der Gemeinsamkeiten, sah man in erster Linie die Differenzen. Um nicht im KZ zu landen, um zu überleben, flohen viele Antifaschisten ins Ausland. Ihre Erkenntnis gemeinsam kämpfen zu müssen gegen den deutschen Faschismus, gegen den deutschen Krieg, brachte die Gründung der Freien Deutschen Jugend im Exil herbei. Sie beendete zeitweilig die Spaltung der Antifa-Jugend. Heutzutage ist diese Lehre (fast) vergessen. Die Herrschenden in der BRD taten dafür das Ihrige: die entnazten Nazis nach '45 verboten die FDJ im Westen. In der DDR war die FDJ maßgeblich am antifaschistisch – demokratischen Aufbau in der DDR beteiligt und wurde dort letztlich zur parteitreuen Staatsjugend, die nicht mehr für den Sozialismus kämpfte. 1990 überlebte sie die Annexion der DDR durch die BRD und ist den Herrschenden schon wieder ein Dorn im Auge, weil sie gegen Kapitalismus, Krieg und Faschismus und für die Vereinigung der revolutionären Jugend kämpft.

Informier dich! Diskutier mit uns! Schließ Dich Uns an!



Panem et circenses Brot und Spiele

Es war einmal des
Bürgers Traum,
stolz zu sein nicht nur
auf einen Flaum.

Fahnen, Trompeten,
Gesichtsbemalung und
Gegröle gar -

doch für was, das war
nicht allen klar.

Im Grunde, dass etwas
nicht stimmte,
war in aller Munde - aber
ins Korn warfen sie
beileibe nicht die Flinte.

Herrschte mit der Lüge,
wie Caesar damals
einst,

Panem et circenses,
Brot und Spiele -

damit all die Gemüter
eingeheimst.

Es waren Spiele - und die
für viele,
ob dann immer alles
stimmen muss,
macht doch nur kaputt
des Bürgers Genuss.

Gebt zurück uns den Stolz
aufs Vaterland
sinnierten sie: 'ein Spiel
ist doch nur ein Spiel',
hörte dann der Störer
vis a vis.

Brot zum Fressen gab es
für die meisten reichlich,
nachzufragen galt schnell
als verweichlicht.



Schulwand in Sao Paulo
(Bild: Deutsche Wirtschafts Nachrichten)

Übertünchen jeder
Zwietracht die da ist,
Deutschland, Deutschland,
alte Idee,
mit und ohne Fassade
nicht nur ein Klischee.

Gut 20ig Jahr sind's nun mit
Erlaubnis,
stolz zu sein auf das was war
und ist,
ganz ohne Gedächtnis.

Marschiert jedoch,
das wisst ihr alle,
mit Stahlhelm auf dem Kopf,
sind nicht die Bürger mit
ihren Spielen, es sind die
mit wenig Fett im Topf.

Doch hört ihr stolzen Spiele -

Wünscher,
gleiches bleibt nicht immer
gleich,
das - was war - kam nur
einmal heim ins Reich!

Ohne Grund,
das ist kein neuer Fund,
geht ihr allezeit gleich zugrund!

Was zu tun ist damals wie heute,
denn die Geschichte kennt
wenig Moral,
ist zu kämpfen gegen die Meute.
Denen, die den Grund zum Stolz
sein nehmen,
werden wir nicht noch mal
all zu leichte Beute.

Wer wir sind
und was wir wollen?
Informiere dich auf unserer
Homepage:

www.falken-in-no.de

Facts: **Zeltlager**

Kids: 6 – 14 Jahre
Adult: ab 15 Jahren
vom

2.8. – 16.8.2014

Siehe HP!

Rotes Kino

Am

8. Juli

18:00 Uhr

L.E.D.E.R.E.R

(Regensburg)

Wer ist die Meute? Und warum gibt es eher wenig Grund, stolz zu sein?

Wessen Staat ist der Staat?

Ist es unser Staat, wenn er, der deutsche, wie beispielsweise während der EM 2012, das als „57-Sekunden-Gesetz“ bekannt gewordene „Meldegesetz“ durchpeitscht und damit Informationen zentralisiert, die nur gegen uns verwendet werden können (statt einzuwilligen, hätte man nun von selbst widersprechen müssen)? Weniger als 30 (!!) von 620 Abgeordneten stimmten darüber ab. Gleichzeitig fand das Halbfinalspiel Deutschland - Italien statt.

Ist es unser Staat, wenn die große Koalition einen „Mindestlohn“ beschließen wird (am 4. Juli - Viertelfinale), der zum Sterben zu viel, aber zum Leben zu wenig ist? Im Westen sind es 8,50€, im Osten gar nur 7,86€ - wovon ohne Unterstützung durch die Sozialkassen schon heute keiner leben kann. Für viele wird selbst aber das nicht gelten, denn:

Alle Neu-geschlossenen Tarifverträge bis 2017 können abweichen (und dann kommt eh wieder die nächste Regierung, mit sicherlich ganz neuen Versprechen), Minderjährige sind generell ausgenommen, Langzeitarbeitslose sowieso (da heißt es eher „Maximallohn“: 1 Euro!); Rentner, Praktikanten und studentische Hilfskräfte kriegen erst recht weiterhin deutlich weniger. Das ist Lug und Betrug, aber nicht unser Staat.

Ist es unser Staat, der während dieser WM zwei seiner Kriegseinsätze wieder verlängert (Mali und Libanesischen Küste), mal ganz nebenbei die Hartz IV-Regelungen weiter verschärft - schon beim ersten „Verstoß“ werden die bißchen Brosamen begonnen, gestrichen zu werden?

Ist es unser Staat, in dem Groß- und Waffenkonzerne a´ la Heckler & Koch, die - wie die „Deutschen-Wirtschafts-Nachrichten“ schreiben - im „Kampf gegen die Feinde der Fußball-WM und der Olympischen Spiele (...) höchste Priorität“ sehen? Als größter Waffenexporteur nach dem Austrägerland der WM, sind „deutsche Kleinwaffen (...) heute in Brasiliens Straßen allgegenwärtig, vor allem in den Favelas, wo die Ärmsten der Armen ihr Dasein fristen.“

Wessen Staat ist der Staat?

Es kann nicht unser Staat sein, wenn kürzlich einmal mehr das Auschwitz-Komitee verkünden muss: *„Dieses jahrzehntelange juristische Versagen Deutschlands bleibt ein fortwährender Skandal“*. Anfang 2014 wurden 30 Verfahren gegen SS´ler, die in Auschwitz wüteten, Verfahren eingeleitet, knapp die Hälfte ist nun zu Mitte des Jahres vom deutschen Staat bereits wieder eingestellt worden.

Das ist die Meute, die Besitzenden in diesem Land und ihr Staat, die Siemens, die Daimler, die Quandts (BMW) und wie sie alle heißen, die lieber heute als morgen uns alle auf die Straße schmeißen, uns spalten wollen und mit Kriegshetze, Rassismus und ´nem Tritt in den Arsch für jeden, der das Maul aufmacht, doch nur eins bezwecken möchten: Alles muss so bleiben wie es ist - friss, sei stolz und ändere nichts.

Unser aller Staat ist dieser nicht! Auf was also stolz sein?

Das müssen wir ändern! Dafür sollten und müssen wir auf die Straße und darauf können wir dann stolz sein!



Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken;
Bezirk Niederbayern/Oberpfalz
Obermünsterstraße 11
93047 Regensburg

www.falken-in.de [Facebook.com/SJD.NO](https://www.facebook.com/SJD.NO)